



18. August 2015

BARCLAYS BANK PLC
(errichtet mit beschränkter Haftung in England und Wales)

NACHTRAG

GEMÄß § 16 ABS. 1 WERTPAPIERPROSPEKTGESETZ ("**WPPG**")

ZU DEN FOLGENDEN BASISPROSPEKTEN:

(DIE "**BASISPROSPEKTE**):

PROSPER BASISPROSPEKT A VOM 27. OKTOBER 2014 IN DER DURCH VORHERGEHENDE NACHTRÄGE
VOM 17. NOVEMBER 2014, 28. NOVEMBER 2014, 27. APRIL 2015, 15. JUNI 2015 UND 23. JULI 2015
GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**PROSPER BASISPROSPEKT A**")

FÜR

WERTPAPIERE, DIE AN EIN FIKTIVES PORTFOLIO GEKOPPELT SIND (DIE "**PROSPER A WERTPAPIERE**")

(SECHSTER NACHTRAG)

RSSP BASISPROSPEKT A VOM 15. JUNI 2015 IN DER DURCH VORHERGEHENDEN NACHTRAG VOM
23. JULI 2015 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT A**")

FÜR

AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE AUTOCALL WERTPAPIERE (DIE "**RSSP A WERTPAPIERE**")

(ZWEITER NACHTRAG)

RSSP BASISPROSPEKT B VOM 10. JULI 2015 IN DER DURCH VORHERGEHENDEN NACHTRAG VOM
23. JULI 2015 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT B**")

FÜR

AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE NON-LINEARE WERTPAPIERE (DIE "**RSSP B WERTPAPIERE**")

(ZWEITER NACHTRAG)

RSSP BASISPROSPEKT D VOM 10. JULI 2015 IN DER DURCH VORHERGEHENDEN NACHTRAG VOM
23. JULI 2015 GEÄNDERTEN FASSUNG

(DER "**RSSP BASISPROSPEKT D**")

FÜR

AKTIEN- UND INDEXBEZOGENE WERTPAPIERE (DIE "**RSSP D WERTPAPIERE**")

(ZWEITER NACHTRAG)

(DIE PROSPER A WERTPAPIERE, DIE RSSP A WERTPAPIERE, DIE RSSP B WERTPAPIERE, DIE RSSP
D WERTPAPIERE, DIE "**WERTPAPIERE**")

Anleger, die vor der Veröffentlichung dieses Nachtrags eine auf den Erwerb oder die Zeichnung von Wertpapieren, die unter Endgültigen Bedingungen zu den Basisprospekten begeben wurden, gerichtete Willenserklärung abgegeben haben, haben das Recht, diese gemäß § 16 Abs. 3 WpPG innerhalb einer Frist von zwei Werktagen nach Veröffentlichung des Nachtrags zu widerrufen, sofern der neue Umstand oder die Unrichtigkeit gemäß § 16 Abs. 1 WpPG vor dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots und vor der Lieferung der Wertpapiere eingetreten ist.

Der Widerruf (der nicht begründet werden muss) ist in Textform gegenüber derjenigen Stelle zu erklären, gegenüber der der jeweilige Anleger seine auf den Erwerb oder die Zeichnung der Wertpapiere gerichtete Willenserklärung abgegeben hat. Falls Barclays Bank PLC die Gegenpartei des Erwerbsgeschäft war, ist der Widerruf an Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich, zu richten. Für die Wahrung der Widerrufsfrist ist die rechtzeitige Abgabe der Erklärung ausreichend.

Während der Gültigkeitsdauer der Basisprospekte sowie solange im Zusammenhang mit den Basisprospekten begebene Wertpapiere an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, werden Kopien dieses Nachtrags und der Basisprospekte in der Fassung eventueller Nachträge, auf Anfrage zur kostenlosen Ausgabe bei Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich und auf der Internetseite der Emittentin www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors (oder einer Nachfolgersite) bereitgehalten.

Der nachtragsbegründende Umstand ist die Aktualisierung der Informationen über die Barclays Bank PLC (die "**Emittentin**") um die Bekanntmachung der Halbjahresergebnisse 2015 wiederzugeben, die am 3. August 2015 bekanntgemacht wurden (Nachtragspunkte 1. – 9.).

Inhaltsverzeichnis

<u>Basisprospekt</u>	<u>Abschnitt im Basisprospekt</u>	<u>Nachtragspunkte</u>	<u>Seite</u>
Prosper Basisprospekt A	Zusammenfassung/Summary	1. und 2.	6 ff.
	Risikofaktoren	3.	10
	Wichtige Informationen	5.	13
	Per Verweis einbezogene Dokumente	7.	15
	Allgemeine Informationen	8.	16
	Informationen über die Emittentin	9.	17 ff.
RSSP Basisprospekt A, RSSP Basisprospekt B und RSSP Basisprospekt D	Zusammenfassung/Summary	1. und 2.	6 ff.
	Risikofaktoren	4.	11 f.
	Wichtige Informationen	6.	14
	Per Verweis einbezogene Dokumente	7.	15
	Allgemeine Informationen	8.	16
	Informationen über die Emittentin	9.	17 ff.

1. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "ZUSAMMENFASSUNG" Element B.12 wie folgt ersetzt:

B.12 Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen Keine wesentliche Verschlechterung der Aussichten der Emittentin Keine wesentlichen Veränderungen bei der Finanzlage oder Handelsposition der Gruppe	Ausgewählte Finanzinformationen der Emittentin für die zum 31. Dezember 2014 und 31. Dezember 2013 endenden Jahre		
	Die folgenden Finanzinformationen sind dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Emittentin für das zum 31. Dezember 2014 bzw. zum 31. Dezember 2013 endende Jahr entnommen:		
		Zum 31.12.2014 GBP Mio.	Zum 31.12.2013 GBP Mio.
	Gesamte Aktiva:	1.358.693	1.344.201
	Forderungen an Banken und Kunden	470.242	474.059
	Einlagen von Banken und Kunden	486.258	487.647
	Gesamtes Eigenkapital	66.045	63.220
	Minderheitsbeteiligungen	2.251	2.211
		Zum 31.12.2014	Zum 31.12.2013
		endendes Jahr	endendes Jahr
	Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2.309	2.885
	Wertminderungsaufwand	(2.168)	(3.071)
	Ausgewählte Finanzinformationen der Emittentin für die zum 30. Juni 2015 und 30. Juni 2014 endenden Halbjahre		
	Die folgenden Finanzinformationen sind den ungeprüften Halbjahreszahlen der Emittentin für das zum 30. Juni 2015 bzw. zum 30. Juni 2014 endende Halbjahr entnommen:		
		Zum 30.06.2015 GBP Mio. (ungeprüft)	Zum 30.06.2014 GBP Mio. (ungeprüft)
	Gesamte Aktiva	1.197.555	1.315.492
	Forderungen an Banken und Kunden	475.826	486.385
	Einlagen von Banken und	494.423	505.873

		Kunden		
		Gesamtes Eigenkapital	65.710	65.119
		Minderheitsbeteiligungen	2.153	2.130
			Zum 30.06.2015 endendes Halbjahr	Zum 30.06.2014 endendes Halbjahr
		Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	3.147	2.504
		Wertminderungsaufwand	(973)	(1.086)
		<p>Die Aussichten der Emittentin haben sich seit dem 31. Dezember 2014, dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses, nicht wesentlich verschlechtert.</p> <p>Es gab keine wesentliche Veränderung in der Finanz- oder Handelslage der Gruppe seit dem 30. Juni 2015.</p>		

2. In den Basisprospekten wird in dem Abschnitt "SUMMARY" Element B.12 wie folgt ersetzt:

<p>B.12</p> <p>Selected historical key financial information;</p> <p>No material adverse change in the prospects of the Issuer</p> <p>No significant change in the financial or trading position of the Group</p>	<p>Selected financial information of the Issuer for the years ended 31 December 2014 and 31 December 2013</p>			
	<p>The following financial information is extracted from the audited consolidated financial statements of the Issuer for the year ended 31 December 2014 and 31 December 2013, respectively:</p>			
		As at 31.12.2014 GBP Mio.	As at 31.12.2013 GBP Mio.	
	Total Assets	1,358,693	1,344,201	
	Loans and advances to banks and customers	470,424	474,059	
	Deposits from banks and customer accounts	486,258	487,647	
	Total Shareholders' equity	66,045	63,220	
	Non-controlling interests	2,251	2,211	
		Year ended 31.12.2014	Year ended 31.12.2013	
	Profit before tax from continuing operations	2,309	2,885	
	Credit impairment charges	(2,168)	(3,071)	
	<p>Selected financial information of the Issuer for the half years ended 30 June 2015 and 30 June 2014</p>			
	<p>The following financial information is extracted from the unaudited interim financial statements of the Issuer for the half years ended 30 June 2015 and 30 June 2014, respectively:</p>			
		As at 30.06.2015 GBP Mio. (unaudited)	As at 30.06.2014 GBP Mio. (unaudited)	
	Total Assets	1,197,555	1,315,492	
	Total net loans and advances	475,826	486,385	
	Total deposits	494,423	505,873	
	Total Shareholders' equity	65,710	65,119	
	Non-controlling interests	2,153	2,130	

		Half year ended 30.06.2015	Half year ended 30.06.2014
	Profit before tax from continuing operations	3,147	2,504
	Credit impairment charges	(973)	(1,086)
<p>There has been no material adverse change in the prospects of the Issuer since 31 December 2014, the date of its last published audited financial statements.</p> <p>There has been no significant change in the financial or trading position of the Group since 30 June 2015.</p>			

3. Im Prosper Basisprospekt A wird im Abschnitt "**RISIKOFAKTOREN**" im Unterabschnitt "**6.3.2 Risiken nach Hauptrisiko**" im Punkt "**iv) Betriebsrisiko**" der Unterabschnitt "**Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Verfahren**" wie folgt ersetzt:

Rechtsstreitigkeiten, aufsichtsrechtliche Ermittlungen, Geldstrafen und andere Sanktionen im Zusammenhang mit Geschäftsgebaren und Finanzkriminalität können sich nachteilig auf das Ergebnis, die Reputation und die Fähigkeit zur Geschäftstätigkeit der Bankengruppe auswirken.

Die Bankengruppe agiert in vielfältiger Weise in einem stark regulierten globalen Markt und ist daher dem Risiko von Geldstrafen und anderen Sanktionen im Zusammenhang mit ihrer Geschäftstätigkeit ausgesetzt. In den letzten Jahren waren die Behörden verstärkt darauf bedacht, bisherige Praktiken zu untersuchen, mutmaßlichen Verstößen konsequent nachzugehen und hohe Geldstrafen für Finanzdienstleister zu verhängen; dieser Trend dürfte auch künftig andauern. Was Finanzkriminalität angeht, so kann ein Verstoß gegen geltende Gesetze und/oder Vorschriften dazu führen, dass die Bankengruppe oder ihre Mitarbeiter in den Rechtsordnungen, in denen die Bankengruppe tätig ist – insbesondere im Vereinigten Königreich und in den USA – strafrechtlich verfolgt werden oder mit aufsichtsrechtlichen oder sonstigen Sanktionen belegt werden. Auch Fälle, in denen Kunden, Auftraggeber oder sonstige Dritte durch das Geschäftsgebaren der Bankengruppe geschädigt werden, können zu Gerichtsverfahren, einschließlich Sammelklagen, führen – insbesondere in den USA. Zudem kann es zwischen der Bankengruppe und Dritten zu Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf Angelegenheiten wie etwa Verstöße oder die Durchsetzung von Rechten oder Pflichten, die gemäß Verträgen, Gesetzen oder dem Common Law bestehen, kommen. Ungünstige Entscheidungen in solchen Angelegenheiten können dazu führen, dass die Bankengruppe gegenüber Dritten schadenersatzpflichtig ist oder ihre Rechte nicht wie beabsichtigt durchsetzen kann.

Einzelheiten zu wesentlichen Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren, denen die Bankengruppe derzeit ausgesetzt ist, finden sich unter Ziffer 17 (*Legal, competition and regulatory matters*) des Anhangs zum Halbjahresabschluss der Barclays PLC ("**BPLC**") in der Bekanntmachung der Halbjahresergebnisse 2015. Abgesehen von diesen wesentlichen laufenden Angelegenheiten ist die Bankengruppe in zahlreiche andere Gerichtsverfahren in verschiedenen Rechtsordnungen involviert, die sich aus dem gewöhnlichen Geschäftsbetrieb ergeben. Zudem ist die Bankengruppe Gegenstand von Auskunftsverlangen, Ermittlungen und anderen Untersuchungen durch Aufsichts- und andere Behörden im Zusammenhang mit Geschäftsaktivitäten, denen die Bankengruppe nachgeht oder nachgegangen ist. In Anbetracht der im Zusammenhang mit Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren bestehenden Unsicherheiten kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich der Ausgang einer bestimmten bzw. bestimmter Verfahren in einem bestimmten Zeitraum wesentlich auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit oder den Cashflow der Bankengruppe auswirkt, was u. a. von der Höhe des aus dem Verfahren bzw. den Verfahren resultierenden Verlusts und der Höhe des andernfalls für den jeweiligen Zeitraum ausgewiesenen Ertrags abhängt.

Der Ausgang wesentlicher Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlicher Verfahren – sowohl jener, denen die Bankengruppe derzeit ausgesetzt ist, als auch aller möglichen künftigen Verfahren – ist schwer vorauszusagen. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass der Bankengruppe in Zusammenhang mit solchen Verfahren – unabhängig vom tatsächlichen Ausgang – erhebliche Ausgaben entstehen und dass mit einem oder mehreren dieser Verfahren folgende Risiken für die Bankengruppe verbunden sind: erhebliche(r) monetärer Schadenersatz und/oder Geldstrafen; Entschädigungen betroffener Kunden und Auftraggeber; andere Strafen und Unterlassungsverfügungen; zusätzliche Verfahren; unter bestimmten Umständen strafrechtliche Verfolgung; Verlust eines vereinbarten Schutzes vor Strafverfolgung; aufsichtsrechtliche Auflagen für das Geschäft der Bankengruppe, einschließlich Zulassungsentzug; Erhöhung aufsichtsrechtlicher Anforderungen; Einstellung einzelner Geschäftsfelder; öffentliche Verweise; Verlust beträchtlicher Vermögenswerte oder beträchtlicher Geschäftsverlust; nachteilige Auswirkungen auf die Reputation der Bankengruppe; Verlust von Anlegervertrauen; und/oder Entlassung oder Kündigung von Schlüsselpersonen.

Zudem besteht das Risiko, dass aus dem Ausgang von Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren, in die die Bankengruppe involviert ist, im Rahmen einer umfassenden Reaktion der zuständigen Gesetzgeber und Aufsichtsbehörden Änderungen von Gesetzen oder Vorschriften hervorgehen. Eine nachteilige Entscheidung in einem oder mehreren dieser Verfahren, entweder gegen die Bankengruppe oder gegen ein anderes Finanzinstitut, das mit vergleichbaren Klagen konfrontiert ist, könnte zu weiteren Klagen gegen die Bankengruppe führen.

4. In den Basisprospekten mit Ausnahme des Prosper Basisprospekt A wird im Abschnitt "**RISIKOFAKTOREN**" im Unterabschnitt "**FAKTOREN, DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE FÄHIGKEIT DER EMITTENTIN ZUR ERFÜLLUNG IHRER VERPFLICHTUNGEN UNTER DEN WERTPAPIEREN HABEN KÖNNEN**" im Unterabschnitt "**1.2.2 Risiken nach Hauptrisiko**" im Punkt "**(4) Betriebsrisiko**" der Unterabschnitt "*Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtliche Verfahren*" wie folgt ersetzt:

Rechtsstreitigkeiten, aufsichtsrechtliche Ermittlungen, Geldstrafen und andere Sanktionen im Zusammenhang mit Geschäftsgebaren und Finanzkriminalität können sich nachteilig auf das Ergebnis, die Reputation und die Fähigkeit zur Geschäftstätigkeit der Bankengruppe auswirken.

Die Bankengruppe agiert in vielfältiger Weise in einem stark regulierten globalen Markt und ist daher dem Risiko von Geldstrafen und anderen Sanktionen im Zusammenhang mit ihrer Geschäftstätigkeit ausgesetzt. In den letzten Jahren waren die Behörden verstärkt darauf bedacht, bisherige Praktiken zu untersuchen, mutmaßlichen Verstößen konsequent nachzugehen und hohe Geldstrafen für Finanzdienstleister zu verhängen; dieser Trend dürfte auch künftig andauern. Was Finanzkriminalität angeht, so kann ein Verstoß gegen geltende Gesetze und/oder Vorschriften dazu führen, dass die Bankengruppe oder ihre Mitarbeiter in den Rechtsordnungen, in denen die Bankengruppe tätig ist – insbesondere im Vereinigten Königreich und in den USA – strafrechtlich verfolgt werden oder mit aufsichtsrechtlichen oder sonstigen Sanktionen belegt werden. Auch Fälle, in denen Kunden, Auftraggeber oder sonstige Dritte durch das Geschäftsgebaren der Bankengruppe geschädigt werden, können zu Gerichtsverfahren, einschließlich Sammelklagen, führen – insbesondere in den USA. Zudem kann es zwischen der Bankengruppe und Dritten zu Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf Angelegenheiten wie etwa Verstöße oder die Durchsetzung von Rechten oder Pflichten, die gemäß Verträgen, Gesetzen oder dem Common Law bestehen, kommen. Ungünstige Entscheidungen in solchen Angelegenheiten können dazu führen, dass die Bankengruppe gegenüber Dritten schadenersatzpflichtig ist oder ihre Rechte nicht wie beabsichtigt durchsetzen kann.

Einzelheiten zu wesentlichen Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren, denen die Bankengruppe derzeit ausgesetzt ist, finden sich unter Ziffer 17 (*Legal, competition and regulatory matters*) des Anhangs zum Halbjahresabschluss der Barclays PLC ("**BPLC**") in der Bekanntmachung der Halbjahresergebnisse 2015. Abgesehen von diesen wesentlichen laufenden Angelegenheiten ist die Bankengruppe in zahlreiche andere Gerichtsverfahren in verschiedenen Rechtsordnungen involviert, die sich aus dem gewöhnlichen Geschäftsbetrieb ergeben. Zudem ist die Bankengruppe Gegenstand von Auskunftsverlangen, Ermittlungen und anderen Untersuchungen durch Aufsichts- und andere Behörden im Zusammenhang mit Geschäftsaktivitäten, denen die Bankengruppe nachgeht oder nachgegangen ist. In Anbetracht der im Zusammenhang mit Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren bestehenden Unsicherheiten kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich der Ausgang einer bestimmten bzw. bestimmter Verfahren in einem bestimmten Zeitraum wesentlich auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit oder den Cashflow der Bankengruppe auswirkt, was u. a. von der Höhe des aus dem Verfahren bzw. den Verfahren resultierenden Verlusts und der Höhe des andernfalls für den jeweiligen Zeitraum ausgewiesenen Ertrags abhängt.

Der Ausgang wesentlicher Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlicher Verfahren – sowohl jener, denen die Bankengruppe derzeit ausgesetzt ist, als auch aller möglichen künftigen Verfahren – ist schwer vorauszusagen. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass der Bankengruppe in Zusammenhang mit solchen Verfahren – unabhängig vom tatsächlichen Ausgang – erhebliche Ausgaben entstehen und dass mit einem oder mehreren dieser Verfahren folgende Risiken für die Bankengruppe verbunden sind: erhebliche(r) monetärer Schadenersatz und/oder Geldstrafen; Entschädigungen betroffener Kunden und Auftraggeber; andere Strafen und Unterlassungsverfügungen; zusätzliche Verfahren; unter bestimmten Umständen strafrechtliche Verfolgung; Verlust eines vereinbarten Schutzes vor Strafverfolgung; aufsichtsrechtliche Auflagen für das Geschäft der Bankengruppe, einschließlich Zulassungsentzug; Erhöhung aufsichtsrechtlicher Anforderungen; Einstellung einzelner Geschäftsfelder; öffentliche Verweise; Verlust beträchtlicher Vermögenswerte oder beträchtlicher Geschäftsverlust; nachteilige Auswirkungen auf die Reputation der Bankengruppe; Verlust von Anlegervertrauen; und/oder Entlassung oder Kündigung von Schlüsselpersonen.

Zudem besteht das Risiko, dass aus dem Ausgang von Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren, in die die Bankengruppe involviert ist, im Rahmen einer umfassenden Reaktion der zuständigen Gesetzgeber und Aufsichtsbehörden Änderungen von Gesetzen oder Vorschriften hervorgehen. Eine nachteilige Entscheidung in einem oder mehreren dieser Verfahren, entweder gegen die Bankengruppe oder gegen ein anderes Finanzinstitut, das mit vergleichbaren Klagen konfrontiert ist, könnte zu weiteren Klagen gegen die Bankengruppe führen.

5. In dem Prosper Basisprospekt A wird im Abschnitt "**WICHTIGE INFORMATIONEN**" im Abschnitt "**Verantwortlichkeit und Zustimmung**" der fünfte Absatz wie folgt ersetzt:

Die Emittentin kann in Bezug auf ein Öffentliches Angebot nach dem Tag der Übermittlung der Endgültigen Bedingungen weiteren Zugelassenen Anbietern eine Zustimmung erteilen, die Angebotsfrist aussetzen oder ändern und/oder Bedingungen der Zustimmung streichen oder hinzufügen. Tut sie dies, werden die vorstehend genannten Informationen auf www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors und/oder <https://barxis.barcap.com/privateinvestorgermany> veröffentlicht. Neue Informationen bezüglich Zugelassener Anbieter, die zum Zeitpunkt der Billigung dieses Basisprospektes oder der Übermittlung der Endgültigen Bedingungen noch nicht bekannt waren, werden auf www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors und/oder <https://barxis.barcap.com/privateinvestorgermany> veröffentlicht.

6. In den Basisprospekten mit Ausnahme des Prosper Basisprospekt A wird im Abschnitt "**WICHTIGE INFORMATIONEN**" im Abschnitt "**Verantwortlichkeit und Zustimmung**" der vierte Absatz direkt unterhalb der Aufzählung wie folgt ersetzt:

Die Emittentin kann in Bezug auf ein Öffentliches Angebot nach dem Tag der Übermittlung der Endgültigen Bedingungen weiteren Zugelassenen Anbietern eine Zustimmung erteilen, die Angebotsfrist aussetzen oder ändern und/oder Bedingungen der Zustimmung streichen oder hinzufügen. Tut sie dies, werden die vorstehend genannten Informationen auf www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors und/oder <https://barxis.barcap.com/privateinvestorgermany> veröffentlicht. Neue Informationen bezüglich Zugelassener Anbieter, die zum Zeitpunkt der Billigung dieses Basisprospektes oder der Übermittlung der Endgültigen Bedingungen noch nicht bekannt waren, werden auf www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors und/oder <https://barxis.barcap.com/privateinvestorgermany> veröffentlicht.

7. In den Basisprospekten wird im Abschnitt "**PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE**" der erste Absatz sowie die dem ersten Absatz nachfolgenden Spiegelpunkte wie folgt ersetzt:

PER VERWEIS EINBEZOGENE DOKUMENTE

Die folgenden Informationen sind bei der *Financial Conduct Authority* ("**FCA**") hinterlegt und gelten als ein in diesen Basisprospekt gemäß § 11 Absatz 1 Satz 2 des WpPG einbezogener Teil:

- der gemeinsame Geschäftsbericht (*Joint Annual Report*), der Barclays PLC und der Barclays Bank PLC ("**Emittentin**"), wie am 31. März 2015 bei der *U.S. Securities and Exchange Commission* ("**SEC**") mittels *Form 20-F* für die am 31. Dezember 2013 bzw. 31. Dezember 2014 zu Ende gegangenen Geschäftsjahre, eingereicht (der "**Gemeinsame Geschäftsbericht**"); hiervon ausgenommen sind diejenigen per Verweis in den Gemeinsamen Geschäftsbericht einbezogenen Dokumente, auf die im Anlagenindex (*Exhibit Index*) des Gemeinsamen Geschäftsberichts Bezug genommen wird: Sie gelten nicht als in diesen Basisprospekt einbezogen;
- die Geschäftsberichte (*Annual Reports*) der Emittentin mit den geprüften konsolidierten Jahresabschlüssen der Bank für die am 31. Dezember 2013 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2013**") bzw. 31. Dezember 2014 (der "**Geschäftsbericht der Emittentin 2014**") zu Ende gegangenen Geschäftsjahre; und
- die Bekanntmachung der gemeinsamen Halbjahresergebnisse (*Interim Results*) der Barclays PLC und der Bank wie am 29. Juli 2015 bei der *U.S. Securities and Exchange Commission* ("**SEC**") mittels *Form 6-K* für die am 30. Juni 2015 zu Ende gegangenen sechs Monate eingereicht (die "**Bekanntmachung der Halbjahresergebnisse 2015**").

8. In den Basisprospekten werden im Abschnitt "**ALLGEMEINE INFORMATIONEN**" der Abschnitt "**Verfügbarkeit von Unterlagen**" sowie die letzten drei Absätze "**Keine wesentliche Änderung**", "**Keine wesentliche nachteilige Änderung**" und "**Gerichtsverfahren**" wie folgt ersetzt:

Verfügbarkeit von Unterlagen

Solange dieser Basisprospekt gültig ist oder Wertpapiere ausstehen, sind Kopien der folgenden Dokumente während der gewöhnlichen Geschäftszeiten werktags (ausgenommen Samstage, Sonntage und gesetzliche Feiertage) zur Einsicht sowie die Dokumente unter (b), (c), (e) und (f) zur Mitnahme (kostenfrei) am eingetragenen Sitz der Emittentin und in der angegebenen Geschäftsstelle der Zahlstelle sowie die Dokumente unter (a) bis (d) und (f) auf <http://www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors> sowie die Dokumente (e) auf <http://www.bmarkets.de> oder <https://barxis.barcap.com/privateinvestorgermany> oder <http://www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors> verfügbar:

- (a) die Gründungsdokumente der Emittentin;
- (b) die Geschäftsberichte der Emittentin, mit den geprüften Jahresabschlüssen der Emittentin, für die am 31. Dezember 2013 bzw. 31. Dezember 2014 zu Ende gegangenen Geschäftsjahre sowie die weiteren unter "**Per Verweis Einbezogene Dokumente**" in diesem Prospekt angegebenen Dokumente;
- (c) alle zukünftigen Jahres- und Halbjahresabschlüsse der Bank;
- (d) der aktuelle Basisprospekt für das Programm und zukünftige Nachträge;
- (e) die jeweiligen Endgültigen Bedingungen, die für ein öffentliches Angebot, für die Notierung, die Einbeziehung in den Handel und/oder Kursangabe einer Kotierungsbehörde, Börse, und/oder Kursangabesystems seit dem der letzte Basisprospekt veröffentlicht wurde, erstellt wurden; und
- (f) weitere zukünftige Dokumente und/oder Bekanntmachungen der Emittentin.

Keine wesentliche Änderung

Es gab keine wesentliche negative Veränderung in der Finanz- oder Handelslage der Gruppe seit dem 30. Juni 2015.

Keine wesentliche nachteilige Änderung

Es gab keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin seit dem 31. Dezember 2014.

Gerichtsverfahren

Mit Ausnahme der in "**Die Bank und die Bankengruppe —Rechtsstreitigkeiten**" (außer unter der Überschrift "**Allgemeines**"), gibt es keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Emittentin noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten) an denen ein Mitglied der Bankengruppe beteiligt ist oder war, die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Bank und/oder der Bankengruppe auswirken bzw. im Zeitraum der letzten 12 Monate vor dem Datum dieses Basisprospektes ausgewirkt haben.

9. In den Basisprospekten wird der Abschnitt "**INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN**" insgesamt wie folgt ersetzt:

INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN

Die Bank und die Gruppe

Die Bank (zusammen mit ihren Tochtergesellschaften (die "**Bankengruppe**")) ist eine nach dem Recht von England und Wales gegründete und in England und Wales unter der Nummer 1026167 im *Companies House* von England und Wales in Cardiff eingetragene Aktiengesellschaft (*public limited company*). Die Haftung der Gesellschafter der Bank ist beschränkt. Eingetragener Sitz und Hauptniederlassung der Bank ist 1 Churchill Place, London, E14 5HP, Vereinigtes Königreich (Telefonnummer: +44 (0)20 7116 1000). Die Bank wurde am 7. August 1925 nach dem *Colonial Bank Act 1925* gegründet und am 4. Oktober 1971 als *company limited by shares* nach dem *Companies Act 1948 to 1967* eingetragen. Gemäß dem *Barclays Bank Act 1984* erfolgte am 1. Januar 1985 eine Umregistrierung der Bank als *public limited company* und ihre Umfirmierung von "Barclays Bank International Limited" in "Barclays Bank PLC". Der kommerzielle Name der Emittentin lautet Barclays. Alle ausgegebenen Stammaktien am Kapital der Bank befinden sich im wirtschaftlichen Eigentum der Barclays PLC. Barclays PLC ("**BPLC**") (zusammen mit ihren Tochtergesellschaften (die "**Gruppe**")) ist die Endholdinggesellschaft der Gruppe und gehört nach Marktkapitalisierung zu den größten Finanzdienstleistern der Welt. Die Finanzlage der Bank ist abhängig von der Finanzlage ihrer Tochtergesellschaften. Im Übrigen ist die Bank nicht von anderen Unternehmen innerhalb der Gruppe abhängig.

Die Gruppe ist im Privatkundengeschäft, Kreditkartengeschäft, Geschäftskundengeschäft und Investmentbanking, Vermögens- und Investmentmanagement tätig und hat eine weitreichende internationale Präsenz in Europa, den USA, Afrika und Asien. Die Bankengruppe ist in vier Kerngeschäftsbereiche gegliedert: Privat- und Geschäftskundengeschäft, Barclaycard, Afrika Banking und Investmentbanking. Geschäftsbereiche und Vermögenswerte, die nicht mehr zu den strategischen Zielen der Bankengruppe passen, die voraussichtlich nicht bestimmte Ertragskriterien erfüllen und/oder die der Gruppe nur limitierte Wachstumschancen bieten, wurden im Barclays Nicht-Kerngeschäft (*Barclays Non-Core*) reorganisiert. Zusammen mit ihren Vorgängerunternehmen kann die Bankengruppe auf eine über 300-jährige Geschichte im Bankenbereich zurückblicken und verfügt daher über eine entsprechende Expertise. Heute ist die Bankengruppe in über 50 Ländern tätig. Für ihre Kunden agiert die Bankengruppe international als Darlehensgeberin, wickelt Geldverkehr ab, tätigt Investitionen und schützt Gelder.

Die kurzfristigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Bank sind wie folgt geratet: A-1 von Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited, P-1 von Moody's Investors Service Ltd. und F1 von Fitch Ratings Limited; die langfristigen unbesicherten nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Bank sind wie folgt geratet: A von Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited, A2 von Moody's Investors Service Ltd. und A von Fitch Ratings Limited.

Die folgenden Finanzinformationen sind dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Emittentin für das zum 31. Dezember 2014 bzw. zum 31. Dezember 2013 endende Jahr entnommen:

	Zum 31.12.2014 GBP Mio.	Zum 31.12.2013 GBP Mio.
Gesamte Aktiva:	1.358.693	1.344.201
Forderungen an Banken und Kunden	470.242	474.059
Einlagen von Banken und Kunden	486.258	487.647
Gesamtes Eigenkapital	66.045	63.220
Minderheitsbeteiligungen	2.251	2.211

	Zum 31.12.2014 endendes Jahr	Zum 31.12.2013 endendes Jahr
Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	2.309	2.885
Wertminderungsaufwand	(2.168)	(3.071)

Nach den geprüften Finanzinformationen der Bankengruppe für das zum 31. Dezember 2014 endende Jahr¹ betragen die gesamten Aktiva der Bankengruppe GBP 1.358.693 Mio. (2013: GBP 1.344.201 Mio.); die Forderungen an Banken und Kunden² GBP 470.424 Mio. (2013: GBP 474.059 Mio.); die Einlagen von Banken und Kunden³ GBP 486.258 Mio. (2013: GBP 487.647 Mio.) und das gesamte Eigenkapital GBP 66.045 Mio. (2013: GBP 63.220 Mio.) (einschließlich Minderheitsbeteiligungen von GBP 2.251 Mio. (2013: GBP 2.211 Mio.)). Der Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen der Bankengruppe für das zum 31. Dezember 2014 endende Jahr lag bei GBP 2.309 Mio. (2013: GBP 2.885 Mio.), nach einem Wertminderungsaufwand und anderen Rückstellungen von GBP 2.168 Mio. (2013: GBP 3.071 Mio.). Die Finanzinformationen in diesem Abschnitt wurden dem geprüften konsolidierten Konzernabschluss der Bank für das zum 31. Dezember 2014 endende Jahr entnommen.

Die folgenden Finanzinformationen sind dem Halbjahresabschluss der Emittentin für das zum 30. Juni 2015 bzw. zum 30. Juni 2014 endende Halbjahr entnommen:

	Zum 30.06.2015 GBP Mio. (ungeprüft)	Zum 30.06.2014 GBP Mio. (ungeprüft)
Gesamte Aktiva	1.197.555	1.315.492
Forderungen an Banken und Kunden	475.826	486.385
Einlagen von Banken und Kunden	494.423	505.873
Gesamtes Eigenkapital	65.710	65.119
Minderheitsbeteiligungen	2.153	2.130

	Zum 30.06.2015 endendes Halbjahr	Zum 30.06.2014 endendes Halbjahr
Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	3.147	2.504
Wertminderungsaufwand	(973)	(1.086)

Nach den ungeprüften Finanzinformationen der Bankengruppe für die am 30. Juni 2015 endenden sechs Monate betragen die gesamten Aktiva der Bankengruppe GBP 1.197.555 Mio. (30. Juni 2014: GBP 1.315.492 Mio.);

¹ Wie in dem Jahresabschluss der Bank für das zum 31. Dezember 2014 endenden Jahr vermerkt, wurde das vorige Jahr (2013) berichtet, um den IAS 32 (überarbeitet) Standard zu reflektieren.

² Der Nettogesamtbetrag an Forderungen schließt sowohl Forderungen in Bezug auf Bankkonten als auch Forderungen an Kundenkonten ein.

³ Die Gesamteinlagen beinhalten Einlagen von Bankkonten und Kundenkonten.

die Forderungen an Banken und Kunden⁴ insgesamt GBP 475.826 Mio. (30. Juni 2014: GBP 486.385 Mio.), die Einlagen von Banken und Kunden⁵ insgesamt GBP 494.423 Mio. (30. Juni 2014: GBP 505.873 Mio.) und das gesamte Eigenkapital GBP 65.710 Mio. (30. Juni 2014: GBP 65.119 Mio.) (einschließlich Minderheitsbeteiligungen von GBP 2.153 Mio. (30. Juni 2014: GBP 2.130 Mio.)). Der Gewinn vor Steuern aus fortzuführenden Geschäftsbereichen der Bankengruppe für die am 30. Juni 2015 endenden sechs Monate lag bei GBP 3.147 Mio. (30. Juni 2014: GBP 2.504 Mio.) nach einem Wertminderungsaufwand und anderen Rückstellungen von GBP 973 Mio. (30. Juni 2014: GBP 1.086 Mio.). Die Finanzinformationen in diesem Abschnitt wurden dem ungeprüften konsolidierten Konzernabschluss der Bank für die am 30. Juni 2015 endenden sechs Monate entnommen.

Übernahmen, Veräußerungen und jüngste Entwicklungen

Verkauf der Spanischen Geschäftsbereiche an die CaixaBank

Am 2. Januar 2015 schloss die Bank den Verkauf ihrer spanischen Geschäftsbereiche Privatkundengeschäft, Wealth and Investment Management und Geschäftskundengeschäft an die CaixaBank S.A. ab.

Die Höhe der veräußerten gesamten Aktiva und Verbindlichkeiten betrug GBP 13.446 Mio. bzw. GBP 12.840 Mio. zum 31. Dezember 2014. Wie die Bank mitteilte, verbuchte sie einen Verlust in Höhe von GBP 446 Mio. zum 31. Dezember 2014.

Rechtsstreitigkeiten

BPLC, die Bank und die Gruppe stehen vor wettbewerbsrechtlichen und aufsichtsrechtlichen sowie sonstigen rechtlichen Herausforderungen, von denen viele nicht von der Gruppe beeinflusst werden können. Das Ausmaß der Auswirkungen dieser Verfahren ist nicht immer vorhersehbar, kann jedoch die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Finanzlage und -ergebnisse und die Geschäftsaussichten der Gruppe in wesentlichem Maße beeinträchtigen. Angelegenheiten, die sich aus einer Reihe von Umständen ergeben können, können wiederum zum Auftreten von Eventualverbindlichkeiten und/oder (je nach Faktenlage und Umstand) Rückstellungen führen. Wo nicht praktikabel hat die Gruppe keine Schätzung der potentiellen finanziellen Auswirkungen von Eventualverbindlichkeiten auf die Gruppe veröffentlicht.

Ermittlungen in Bezug auf bestimmte Verträge

Die britische Finanzdienstleistungsaufsicht (*Financial Conduct Authority* ("FCA")) hat geltend gemacht, BPLC und die Bank hätten ihre Offenlegungspflichten im Zusammenhang mit zwei von der Bank geschlossenen Beratungsverträgen verletzt. Die FCA hat ein Bußgeld in Höhe von GBP 50 Mio. verhängt. BPLC und die Bank bestreiten die Feststellungen. Die für schwere Betrugsdelikte zuständige britische Behörde (*Serious Fraud Office* (SFO)) untersucht auch diese Verträge. Das US-Justizministerium (*Department of Justice* (DOJ)) und die SEC ermitteln zudem im Zusammenhang mit der Frage, ob im Rahmen der Beziehungen der Gruppe zu Dritten, die ihr beim Aufbau neuer bzw. der Aufrechterhaltung bestehender Geschäftsverbindungen behilflich sind, die Vorschriften des *U.S. Foreign Corrupt Practices Act* eingehalten werden.

Hintergrundinformationen

Die FCA hat Ermittlungen hinsichtlich bestimmter Verträge durchgeführt, darunter zwei zwischen der Bank und der Qatar Holding LLC (Qatar Holding) im Juni beziehungsweise Oktober 2008 geschlossene Beratungsverträge, sowie hinsichtlich der Frage, ob diese in Zusammenhang mit den Kapitalbeschaffungen von BPLC im Juni und im November 2008 gestanden haben könnten.

Die FCA hat im September 2013 Warnhinweise (Warnhinweise) gegen BPLC und die Bank erteilt.

Das Bestehen des im Juni 2008 geschlossenen Beratungsvertrags wurde in den Bekanntmachungen oder öffentlichen Dokumenten im Zusammenhang mit den Kapitalbeschaffungen im Juni und November 2008 offengelegt, der Abschluss des Beratungsvertrags im Oktober 2008 und die unter beiden Verträgen zu zahlenden Honorare, die sich insgesamt auf GBP 322 Mio., zahlbar über einen Zeitraum von fünf Jahren, belaufen, jedoch nicht. In den Warnhinweisen ist zwar berücksichtigt, dass BPLC und die Bank damals davon ausgingen, dass

⁴ Der Nettogesamtbetrag an Forderungen schließt sowohl Forderungen in Bezug auf Bankkonten als auch Forderungen an Kundenkonten ein.

⁵ Die Gesamteinlagen beinhalten Einlagen von Bankkonten und Kundenkonten

zumindest ein nicht spezifizierter und unbestimmter Wert aus den Verträgen bezogen werden sollte, es wird jedoch darauf hingewiesen, dass es in erster Linie nicht Zweck der Verträge war, Beratungsleistungen zu beziehen, sondern zusätzliche, Zahlungen für die katarische Beteiligung an den Kapitalbeschaffungen zu leisten, die nicht offengelegt wurden.

In den Warnhinweisen wird festgestellt, dass BPLC und die Bank gegen bestimmte Notierungsregeln in Bezug auf Offenlegungspflichten verstießen und die Bank auch gegen das *Listing Principle 3* (die Pflicht, sich gegenüber Inhabern und potentiellen Inhabern von Aktien des Unternehmens integer zu verhalten). In dieser Hinsicht ist die FCA der Ansicht, dass BPLC und die Bank leichtfertig (*recklessly*) handelten. Das in den Warnhinweisen gegen die Gruppe verhängte Bußgeld beträgt GBP 50 Mio. BPLC und die Bank bestreiten die Feststellungen weiterhin.

Andere Ermittlungen und Rechtstreitigkeiten

Die FCA war damit einverstanden, dass das Vollzugsverfahren der FCA vorübergehend ruht, bis sich Fortschritte einstellen bei den Ermittlungen der SFO bezüglich der oben genannten Verträge (darunter die Beratungsverträge), hinsichtlich derer die Gruppe Auskunftersuchen erhalten hat, die sie weiterhin beantwortet. Auch das DOJ und die SEC führen Ermittlungen im Zusammenhang mit diesen Verträgen durch und ermitteln zudem in der Frage, ob im Rahmen der Beziehungen der Gruppe zu Dritten, die BPLC beim Aufbau neuer bzw. der Aufrechterhaltung bestehender Geschäftsverbindungen behilflich sind, die Vorschriften des *U.S. Foreign Corrupt Practices Act* eingehalten werden. Bestimmte Aufsichtsbehörden in anderen Staaten wurden auch über die Ermittlungen hinsichtlich der Geschäftsbeziehungen der Gruppe zu Dritten unterrichtet. Es ist möglich, dass zukünftig Zivilprozesse gegen BPLC und/oder ihre verbundenen Unternehmen geführt werden, die mit bestimmten dieser Fragen in Verbindung stehen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Maßnahmen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Alternative Handelssysteme und Hochfrequenzhandel

Die SEC, die Generalstaatsanwaltschaft New York (*New York State Attorney General* (die "NYAG")), die FCA und die Aufsichtsbehörden einiger anderer Jurisdiktionen haben eine Reihe von Angelegenheiten in Verbindung mit alternativen Handelssystemen (AHS), einschließlich *Dark Pools*, und den Aktivitäten von Hochfrequenzhändlern untersucht. Barclays Capital Inc. ("BCI") hat den jeweiligen Aufsichtsbehörden in Beantwortung ihrer Fragen Informationen zur Verfügung gestellt. Einige Parteien, darunter die NYAG, haben Klagen gegen BPLC und BCI sowie gewisse gegenwärtige und ehemalige Direktoren der Gruppe in Bezug auf AHS-Aktivitäten eingereicht. BPLC und BCI verteidigen sich weiterhin gegen diese Klagen.

Hintergrundinformationen

Beim Bundesgerichtshof in New York (*New York Federal Court*) ist eine Sammelklage im Namen einer Gruppe mutmaßlicher Kläger gegen BPLC und BCI und andere eingegangen. Gegenstand der Klagen ist die Behauptung, die Beklagten hätten durch die Mitwirkung an einem System, durch das Hochfrequenzhandelsfirmen Informationsvorschübe und andere Begünstigungen erhalten hätten und somit in der Lage gewesen sein sollen, die US-Wertpapiermärkte zum Nachteil der Kläger zu manipulieren, gegen Bundesvorschriften zum Wertpapiergesetz verstoßen. Diese Klagen wurden zusammengefasst, und BPLC hat die Abweisung dieser Klage beantragt.

Im Juni 2014 reichte die NYAG beim Obersten Gerichtshof des Bundesstaates New York (*Supreme Court of the State of New York* (*NY Supreme Court*)) eine Klage (die "**NYAG Klage**") gegen BPLC und BCI ein, in deren Rahmen sie unter anderem den Vorwurf erhob, dass BPLC und BCI an Betrugsfällen und irreführenden Praktiken im Zusammenhang mit *LX Liquidity Cross*, dem SEC-registrierten AHS der Gruppe, beteiligt waren. Im Juli 2014 haben BPLC und BCI einen Antrag auf Klageabweisung eingereicht.

BPLC und BCI wurden ebenfalls in einer Sammelklage eines institutionellen Investors und Klienten erwähnt. Die kalifornische Klage beinhaltet ähnliche Beschuldigungen wie die ursprünglichen Klagen, und wurde daher mit der am Bundesgerichtshof in New York (*New York Federal Court*) eingereichten Klage zusammengefasst.

Im Anschluss an die Einreichung der NYAG Klage wurden BPLC und BCI, wie auch deren gegenwärtige und einige ehemalige CEOs und CFOs sowie ein im elektronischen Aktienhandel beschäftigter Mitarbeiter, in einer Aktionärs-Sammelklage erwähnt. Hintergrund dieser Klage ist der Verlust, den Investoren aufgrund der Wertminderung ihres Investments in *Barclays American Depository Receipts* infolge der Anschuldigungen der NYAG Klage erlitten haben. BPLC und BCI haben einen Antrag auf Klageabweisung eingereicht, dem das Gericht zu einem Teil stattgegeben, den es zum anderen Teil jedoch zurückgewiesen hat.

Es ist möglich, dass in Zukunft weitere Klagen im Zusammenhang mit diesen oder vergleichbaren Verfahren gegen BPLC und/oder verbundene Unternehmen von BPLC angestrengt werden.

Jüngste Entwicklungen

Im Februar 2015 hat der NYAG eine abgeänderte Klage eingereicht; in der Folge hat der *NY Supreme Court* den Antrag von BPLC und BCI auf Abweisung der NYAG-Klage teilweise stattgegeben und ihn teilweise zurückgewiesen. Das Verfahren in dieser Angelegenheit dauert an.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

In den Klagen werden ein nicht näher spezifizierter monetärer Schadensersatz und eine Unterlassungsverfügung gefordert. Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der in diesem Abschnitt skizzierten Verfahren abzugeben oder einzuschätzen, wie sich diese Verfahren gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

FERC

Die US-Energiemarktaufsicht *Federal Energy Regulatory Commission* (die "**FERC**") hat im Zusammenhang mit Anschuldigungen, die Bank habe die Strommärkte in Kalifornien und Umgebung manipuliert, zur Beitreibung einer zivilrechtlichen Strafe in Höhe von USD 435 Mio. und eines herauszugebenden Gewinns in Höhe von USD 34,9 Mio., zuzüglich Zinsen, entsprechend einer Anordnung eine Zivilklage gegen die Bank und einige ihrer ehemaligen Händler beim Bezirksgericht (*District Court*) von Kalifornien eingereicht. Das *Attorney's Office* des SDNY hat die Bank darüber informiert, dass es den in den FERC-Ermittlungen gegenständlichen Sachverhalt ebenfalls prüfe und beim *US District Court* für den SDNY wurde eine zivilrechtliche Sammelklage gegen die Bank erhoben, in der kartellrechtliche Verstöße behauptet werden, die den von der FERC in ihrer Zivilklage erhobenen Anschuldigungen entsprechen.

Hintergrundinformationen

Im Oktober 2012 erließ die FERC eine Anordnung zur Abgabe einer Stellungnahme nebst Bescheid über Strafvorschläge (eine sog. *Order to Show Cause and Notice of Proposed Penalties* (die "**Order and Notice**")) gegen die Bank und vier ihrer ehemaligen Händler im Zusammenhang mit deren Stromhandel im Westen der USA. In der *Order and Notice* machte die FERC geltend, die Bank und ihre ehemaligen Händler hätten gegen die Anti-Manipulationsbestimmungen der FERC, die sog. *Anti-Manipulation Rule*, verstoßen, indem sie in der Zeit von November 2006 bis Dezember 2008 die Strommärkte in Kalifornien und Umgebung manipulierten, und schlug die Zahlung zivilrechtlicher Strafen sowie die Herausgabe entstandener Gewinne durch die Bank vor.

Im Juli 2013 erließ die FERC einen Bescheid über die Festsetzung zivilrechtlicher Strafen (*Order Assessing Civil Penalties*), in dem sie eine zivilrechtliche Strafe in Höhe von USD 435 Mio. gegen die Bank festsetzte und an sie die Anordnung erließ, zusätzlich ihr entstandene Gewinne in Höhe von USD 34,9 Mio., zuzüglich Zinsen, herauszugeben (wobei die beiden Beträge jeweils mit den in der *Order and Notice* angegebenen Beträgen übereinstimmen).

Im Oktober 2013 reichte die FERC zur Beitreibung der Strafe und des herauszugebenden Gewinns eine Zivilklage gegen die Bank und ihre ehemaligen Händler beim Bezirksgericht von Kalifornien ein. In der im Rahmen der Zivilklage eingereichten Klageschrift wiederholt die FERC ihre zuvor in der *Order and Notice* vom Oktober 2012 und der *Order Assessing Civil Penalties* vom Juli 2013 erhobenen Anschuldigungen.

Im September 2013 wandte sich die für Strafsachen zuständige Abteilung des *Attorney's Office* im SDNY an die Bank und teilte mit, dass sie den in den FERC-Ermittlungen gegenständlichen Sachverhalt ebenfalls prüfe.

Im Dezember 2013 haben die Bank und ihre ehemaligen Händler Antrag auf Abweisung der Klage wegen fehlender örtlicher Zuständigkeit oder – hilfsweise – Verweisung der Klage an das SDNY sowie Antrag auf Abweisung der Klage aufgrund ungenügender Klageerhebung gestellt.

Jüngste Entwicklungen

Im Mai 2015 hat der *US District Court* in Kalifornien den Antrag der Bank und ihrer ehemaligen Händler auf Abweisung der Klage wegen fehlender örtlicher Zuständigkeit, hilfsweise auf Verweisung der Klage an den SDNY, sowie den Antrag auf Klageabweisung wegen mangelnder Substantiierung des Klageanspruchs zurückgewiesen.

Im Juni 2015 hat die *Merced Irrigation District*, ein kalifornischer Energiedienstleister, vor dem *US District Court* für den SDNY eine zivilrechtliche Sammelklage gegen die Bank eingereicht, in der kartellrechtliche Anschuldigungen in Verbindung mit den mutmaßlichen Manipulationen der Bank auf den Energiemärkten in und in der Umgebung von Kaliforniern behauptet werden. Die Anschuldigungen entsprechen denen aus dem Zivilprozess der FERC gegen die Bank, der derzeit vor dem *US District Court* in Kalifornien anhängig ist.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Die FERC hat hinsichtlich der Zahlung zivilrechtlicher Strafen und der Herausgabe entstandener Gewinne Ansprüche in Höhe von insgesamt USD 469,9 Mio., zuzüglich Zinsen, gegen die Bank und bestimmte ihrer ehemaligen Händler geltend gemacht. Dieser Betrag entspricht nicht zwangsläufig dem potenziellen finanziellen Risiko, dem die Bank im Falle einer Entscheidung zu ihren Ungunsten ausgesetzt wäre. Der Klageantrag der zivilrechtlichen Sammelklage bezieht sich auf Schadensersatz in Höhe von USD 139,3 Mio.

Ermittlungen in Bezug auf LIBOR, andere Bezugswerte, ISDAfix, Wechselkurse und Edelmetalle

Die Aufsichts- und Vollzugsbehörden verschiedener Regierungen haben Ermittlungen im Zusammenhang mit der Beteiligung der Bank an der Manipulation von Wechselkursen und finanziellen Bezugswerten durchgeführt. Während die Bank, BPLC und BCI hinsichtlich eines Teils der Ermittlungen Vergleiche mit den zuständigen Vollzugs- bzw. Aufsichtsbehörden geschlossen hat, sind andere, darunter die im Folgenden ausführlicher geschilderten, weiterhin im Gange.

Hintergrundinformationen

Zu den verschiedenen Behörden, die Ermittlungen zu den Einreichungen der Bank und anderer Finanzinstitute an die für die Festlegung und Zusammenstellung verschiedener finanzieller Bezugswerte (z. B. den *London Interbank Offered Rate* (LIBOR) und den *Euro Interbank Offered Rate* (EURIBOR)) zuständigen Gremien sowie im Zusammenhang mit Versuchen, bestimmte Wechselkurse zu manipulieren, eröffnen, gehören unter anderen die FCA, die US-Aufsichtsbehörde für den Warenterminhandel (*U.S. Commodity Futures Trading Commission* (CFTC)), die SEC, die Abteilung für Betrugsbekämpfung des US-Justizministeriums (*U.S. Department of Justice Fraud Section* (DOJ-FS)), dessen *Antitrust Division* (DOJ-AD), die *Europäische Kommission* (Kommission), die SFO, die Zentralbank und Finanzaufsichtsbehörde von Singapur (*Monetary Authority of Singapore*), die japanische Finanzdienstleistungsbehörde (*Japan Financial Services Agency*), der Verwaltungsrat zur Verteidigung der Wirtschaft in Brasilien (*Administrative Council for Economic Defence*), die Wettbewerbskommission von Südafrika (*South African Competition Commission*), die Staatsanwaltschaft in Trani, Italien, sowie die Generalanwaltschaften verschiedener US-Bundesstaaten.

Im Juni 2012 gab die Bank bekannt, dass sie mit der *Financial Services Authority* (FSA) (als der Vorgängerbehörde der FCA), der CFTC und der DOJ-FS jeweils einen Vergleich bezüglich deren Ermittlungen zu bestimmten Abgaben von Referenzzinssätzen geschlossen hat; dabei hat sich die Bank zur Zahlung einer Strafe in Höhe von insgesamt GBP 290 Mio. verpflichtet, die als Betriebsaufwand für 2012 verbucht wurde. Der Vergleichsschluss erfolgte jeweils auf Grundlage eines sog. *Settlement Agreement* mit der FSA, einer sog. *Settlement Order* (Anordnung der CFTC hinsichtlich des Vergleichs (*CFTC LIBOR Order*)) und eines *Non-Prosecution Agreement* (Vereinbarung über den Verzicht auf Strafverfolgung (NPA)) mit der DOJ-FS. Ferner wurde der Bank von der DOJ-AD ein bedingter Strafnachlass im Rahmen von Kronzeugenregelungen (*conditional leniency*) im Zusammenhang mit möglichen Verstößen gegen US-Kartellrecht bei Finanzinstrumenten mit EURIBOR als Referenzzinssatz zugestanden. Die NPA und die *CFTC LIBOR Order* werden im Folgenden kurz zusammengefasst. Der vollständige Text der *CFTC LIBOR Order* und der NPA kann auf den jeweiligen Websites von CFTC und DOJ abgerufen werden. Die Bedingungen des *Settlement Agreements* mit der FSA sind vertraulich, die diesbezügliche *Final Notice* der FSA in Bezug auf LIBOR wurde allerdings auf deren Homepage veröffentlicht.

CFTC LIBOR Order

Neben einer zivilen Geldstrafe in Höhe von USD 200 Mio. sieht die *CFTC LIBOR Order* vor, dass die Bank weitere Verletzungen bestimmter Bestimmungen des *U.S. Commodity Exchange Act* (CEA) zu unterlassen und bestimmte Schritte zur Sicherstellung der Integrität und Zuverlässigkeit ihrer Einreichungen zu Referenzzinssätzen (darunter LIBOR und EURIBOR) und zur Verbesserung damit verbundener interner Kontrollen zu unternehmen hat.

Ermittlungen der US-Generalanwaltschaften

Nach den am 31. Juni 2012 bekanntgegebenen Vergleichsabschlüssen nahmen 31 Generalanwaltschaften verschiedener US-Bundesstaaten eigene Ermittlungen in Sachen LIBOR, EURIBOR und Tokyo Interbank Offered Rate auf. Die NYAG schickte im Juli 2012 im Auftrag der anderen Generalanwaltschaften eine Vorladung mit der Aufforderung zur Übermittlung weitreichender Informationen an die Bank (und weitere Vorladungen an eine Reihe anderer Banken) und hat seitdem weitere Auskunftsverlangen im Hinblick auf Dokumente und Transaktionsdaten an die Bank gerichtet. Die Bank beantwortet diese Auskunftsverlangen fortlaufend.

Ermittlung der SFO

Außerdem gab die SFO im Anschluss an die im Juni 2012 bekanntgegebenen Vergleichsabschlüsse im Juli 2012 bekannt, sie habe Ermittlungen hinsichtlich des LIBOR-Sachverhalts beschlossen. In diesem Zusammenhang hat die Bank Auskunftersuchen erhalten, die sie weiterhin beantwortet.

Ermittlungen der Europäischen Kommission

Die Kommission führt ebenfalls seit einiger Zeit Ermittlungen hinsichtlich der Manipulation u. a. des EURIBOR durch. Am 4. Dezember 2013 gab die Kommission eine Einigung mit der Gruppe sowie einer Reihe anderer Banken hinsichtlich wettbewerbswidrigen Verhaltens im Zusammenhang mit dem EURIBOR bekannt. Die Gruppe hatte der Kommission ihr Verhalten im Zusammenhang mit dem EURIBOR freiwillig gemeldet und bei der Ermittlung der Kommission vollumfänglich kooperiert. Aufgrund dieser Kooperation wurde der Gruppe ein vollständiger Erlass der Geldstrafen, die ansonsten verhängt worden wären, gewährt.

Vereinbarung über den Verzicht auf Strafverfolgung mit dem DOJ

Im Rahmen der NPA hat sich die Bank zu einer Strafzahlung in Höhe von USD 160 Mio. verpflichtet. Außerdem hat sich das DOJ - vorbehaltlich der Erfüllung der im NPA festgelegten Verpflichtungen durch die Bank - bereit erklärt, von einer strafrechtlichen Verfolgung strafbarer Handlungen der Bank im Zusammenhang mit deren Einreichungen zur Festlegung von Referenzzinssätzen, darunter LIBOR und EURIBOR, abzusehen (hiervon ausgenommen ist die Verfolgung steuerstrafrechtlicher Verstöße, hinsichtlich derer das DOJ keine Vereinbarungen schließt und dies auch nicht darf).

Im Juni 2014 schlossen die Bank und das DOJ-FS eine schriftliche Vereinbarung, wonach das DOJ-FS bis zum 27. Juni 2015 Zeit hatte, gemäß dem NPA ausschließlich darüber zu entscheiden, ob irgendeine Handelsaktivität der Bank auf dem Devisenmarkt während des zweijährigen Zeitraums ab dem 26. Juni 2012 die Begehung „einer in den USA strafbaren Handlung“ darstellt.

Jüngste Entwicklungen

Die nachfolgend unter „Ermittlungen in Bezug auf den Devisenhandel“ beschriebenen Vergleiche hinsichtlich des Devisenhandels beinhalten eine Geldbuße in Höhe von USD 60 Mio., die von dem DOJ infolge bestimmter, nach dem Abschluss der NPA andauernder Praktiken verhängt wurde; allerdings hat das DOJ sein Ermessen dahingehend ausgeübt, auf eine Erklärung der Verletzung der NPA zu verzichten. Die NPA und die schriftliche Vereinbarung sind nunmehr abgelaufen.

Ermittlungen in Bezug auf den Devisenhandel

Diverse Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, unter ihnen die FCA, die Kommission, die CFTC, das DOJ-FS und DOJ-AD, die SEC und die Finanzdienstleistungsaufsicht im Staat New York (*New York State Department of Financial Services* (NYDFS)) haben Ermittlungen zu einigen Fragen im Zusammenhang mit dem Verkauf und Handel von Devisen, einschließlich des elektronischen Handels, durchgeführt. Einige dieser Ermittlungen betreffen Marktteilnehmer, die auf zahlreichen Märkten in verschiedenen Ländern aktiv sind.

Jüngste Entwicklungen

Am 20. Mai 2015 gab die Gruppe bekannt, sie habe hinsichtlich der Ermittlungen wegen bestimmter Verkaufs- und Handelspraktiken auf dem Devisenmarkt Vereinbarungen mit der CFTC, dem NYDFS, dem DOJ, dem Direktorium des US-Zentralbankensystems (*Board of Governors of the Federal Reserve System* (Federal Reserve)) und der FCA (gemeinsam die Streitbeilegungsbehörden) abgeschlossen und sich zur Zahlung von Geldbußen in Höhe von insgesamt ca. USD 2,38 Mrd. -einschließlich einer Geldbuße in Höhe von USD 60 Mio., die von dem DOJ infolge bestimmter, nach dem Abschluss der NPA andauernder Praktiken verhängt wurde; verpflichtet; weiterhin habe sich BPLC verpflichtet, sich hinsichtlich eines Verstoßes gegen US-Kartellrecht für schuldig zu bekennen.

Auf Grund des Vergleichs mit dem DOJ verpflichtete sich BPLC (i) zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von USD 650 Mio. und (ii) zu einer Bewährungszeit von drei Jahren ab dem Datum des rechtskräftigen Urteils hinsichtlich des Vergleichs. Während der Bewährungszeit ist BPLC unter anderem verpflichtet:

- keinerlei Straftaten in Verletzung der Bundesgesetze der Vereinigten Staaten zu begehen;
- den vom Gericht bestimmten Bewährungshelfer zu benachrichtigen, sobald sie Kenntnis vom Beginn eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens auf Bundesebene erhält, in dem sie zu den Zielpersonen gehört;
- ein Compliance-Programm zur Verhinderung und Aufdeckung des Verhaltens einzuführen und fortzuführen, die diesen Vergleich zur Folge hatte;
- ihre Compliance und internen Kontrollen in der Weise zu verstärken, wie dies von der CFTC, der FCA und den übrigen Aufsichts- oder Strafverfolgungsbehörden, die sich mit dem in diesem Vergleich dargestellten Verhalten befasst haben, gefordert wird; und
- das DOJ aufmerksam zu machen auf (i) alle glaubhaften Informationen über Verletzungen strafrechtlicher Vorschriften durch BPLC oder ihre Mitarbeiter, die sich auf das Kartellrecht oder die Betrugsvorschriften der USA, einschließlich von Betrugsdelikten an der Wertpapier- oder Warenbörse, beziehen, soweit der Aufsichtsrat, die Geschäftsführung oder die im Bereich Recht und Compliance tätigen Mitarbeiter von BPLC Kenntnis von diesen Verletzungen haben; (ii) alle strafrechtlichen oder aufsichtsbehördlichen Ermittlungen, Verwaltungsverfahren oder Zivilklagen einer staatlichen Behörde in den USA gegen BPLC oder ihre Mitarbeiter, in denen Verstöße gegen das Kartellrecht oder die Betrugsvorschriften der USA, einschließlich von Betrugsdelikten an der Wertpapier- oder Warenbörse, behauptet werden.

Gemäß der mit der CFTC getroffenen Vereinbarung hat die Bank dem Beitritt einer Verfügung zugestimmt, durch die sie verpflichtet wird, (i) Verletzungen der Bestimmungen des *US Commodity Exchange Act* zu beenden und zu unterlassen, (ii) eine Geldbuße in Höhe von USD 400 Mio. zu zahlen und (iii) sofern noch nicht geschehen, bestimmte Abhilfemaßnahmen zu unternehmen, die das Folgende umfassen müssen:

- die Realisierung und Verbesserung ihrer internen Kontrollen und Verfahrensabläufe dergestalt, dass die Integrität ihrer Teilnahme bei der Festsetzung von Bezugswerten für Devisen in angemessener Weise sichergestellt wird; dazu gehören auch Maßnahmen zur Identifizierung und Klärung interner oder externer Interessenkonflikte; sowie
- die Umsetzung zusätzlicher, verbesserter Abhilfemaßnahmen, die interne Kontrollen und Verfahrensabläufe u. a. im Hinblick auf Folgendes umfassen: (i) Aufdeckung und Abschreckung unangemessener Kommunikation hinsichtlich der Devisen-Bezugswerte und des Devisenhandels sowie sonstiges Verhalten, mit dem potentiell eine Manipulation der Devisen-Bezugswerte beabsichtigt wird; (ii) regelmäßige und fortlaufende Schulung aller Händler, Aufseher und sonstiger, an der Festsetzung von Devisen-Bezugswerten beteiligter Personen und (iii) ein System zur Meldung, Behandlung und Untersuchung verdächtigen Fehlverhaltens oder fragwürdiger, unüblicher oder rechtswidriger Aktivitäten in Verbindung mit der Festsetzung von Devisen-Bezugswerten.

Gemäß dem mit der Federal Reserve geschlossenen Vergleich haben die Bank und ihre New Yorker Niederlassung einer Verfügung zugestimmt, in der ihnen eine Geldbuße in Höhe von USD 342 Mio. auferlegt wird und in der die Bank und ihre New Yorker Niederlassung angewiesen werden, der *Federal Reserve Bank of New York* schriftlich die folgenden Unterlagen zur Genehmigung vorzulegen: (i) ein verbessertes internes

Kontroll- und Compliance-Programm zur Befolgung der in den USA im Hinblick auf bestimmte Devisenaktivitäten sowie einige Aktivitäten an bestimmten anderen Massenhandelsplätzen für Rohstoffe und Zinsprodukte geltenden Gesetze und Vorschriften; (ii) einen Plan zur Verbesserung ihres Compliance-Risikomanagement-Programms bezüglich der Befolgung der in den USA im Hinblick auf bestimmte Devisenaktivitäten sowie einige Aktivitäten an bestimmten anderen Massenhandelsplätzen für Rohstoffe und Zinsprodukte geltenden Gesetze und Vorschriften durch die Bank und ihre New Yorker Niederlassung sowie (iii) ein verbessertes internes Revisionsprogramm bezüglich der Befolgung der in den USA im Hinblick auf bestimmte Devisenaktivitäten sowie einige Aktivitäten an bestimmten anderen Massenhandelsplätzen für Rohstoffe und Zinsprodukte geltenden Gesetze und Vorschriften durch die Bank und ihre New Yorker Niederlassung. Aufgrund der Verfügung der Federal Reserve ist es der Bank und den ihrer Institution angegliederten Dritten zukünftig untersagt, Personen unmittelbar oder mittelbar als Führungskräfte, Mitarbeiter, Agenten, Berater oder Lieferanten der Bank oder ihrer Konzerngesellschaften zu behalten, auf die nach dem Stand der von den US-Behörden zusammengestellten Ermittlungsunterlagen alle folgenden Punkte zutreffen: (i) die Teilnahme an dem der Verfügung zu Grunde liegenden Fehlverhalten; (ii) die Durchführung eines formalen Disziplinarverfahrens gegen die betreffende Person als Konsequenz einer internen disziplinarischen Überprüfung oder Leistungskontrolle durch die Bank oder deren New Yorker Niederlassung im Zusammenhang mit dem in der Verfügung dargestellten Verhalten und (iii) das Ausscheiden der Person aus der Bank oder einer ihrer Konzerngesellschaften oder die Kündigung ihres Beschäftigungsverhältnisses im Zusammenhang mit dem in der Verfügung dargestellten Verhalten.

Gemäß dem mit der NYDFS geschlossenen Vergleich haben die Bank und ihre New Yorker Niederlassung einer Verfügung zugestimmt, in der ihnen eine Geldbuße in Höhe von USD 485 Mio. auferlegt wird und in der die Bank und ihre New Yorker Niederlassung angewiesen werden, sämtliche erforderlichen Schritte zur Kündigung der Beschäftigungsverhältnisse von vier namentlich bezeichneten Mitarbeitern zu unternehmen. Außerdem müssen die Bank und ihre New Yorker Niederlassung den zuvor von der NYDFS ausgewählten, unabhängigen Prüfer weiterhin beschäftigen, um eine dem geltenden Recht entsprechende, umfassende Überprüfung der bei der Bank im Hinblick auf die in der Verfügung behandelten Geschäftsaktivitäten vorhandenen Programme, Grundsätze und Verfahren zur Compliance mit Bezug zu oder Auswirkung auf die von der oder durch die New Yorker Niederlassung der Bank durchgeführten Aktivitäten zu gewährleisten. Der Prüfer wird der NYDFS und dem Aufsichtsrat der Bank einen vorläufigen schriftlichen Bericht seiner Ergebnisse nebst Vorschlägen für Korrekturmaßnahmen vorlegen; danach müssen die Bank und ihre New Yorker Niederlassung der NYDFS folgende Unterlagen übersenden (i) einen schriftlichen Plan zur Verbesserung und Erweiterung der derzeitigen Compliance-Programme mit Bezug zu oder Auswirkung auf die von der oder durch die New Yorker Niederlassung der Bank durchgeführten Aktivitäten, wobei die im Bericht des Prüfers aufgeführten, relevanten Korrekturmaßnahmen in den Plan aufzunehmen sind sowie (ii) einen schriftlichen Plan zur Verbesserung und Erweiterung der Kontrolle der Geschäftsführung über die bei der Bank vorhandenen Programme, Grundsätze und Verfahren zur Compliance mit Bezug zu oder Auswirkung auf die von der oder durch die New Yorker Niederlassung der Bank durchgeführten Aktivitäten.

Die FCA erließ eine Abschließende Mitteilung und erlegte der Bank wegen mangelnder Kontrolle der bei ihrem Devisengeschäft in London (einschließlich von Devisenkassageschäften, Devisenoptionen und Devisenverkäufen mit G 10-Staaten und Schwellenländern) angewandten Geschäftspraktiken eine Geldstrafe in Höhe von GBP 284 Mio. auf. Wie im November 2014 angekündigt, hat die FCA ein branchenweites Abhilfeprogramm gefordert, dessen Umsetzung sich Barclays weiterhin verpflichtet fühlt.

Der vollständige Text des Vergleichs mit dem DOJ, der Verfügungen der CFTC, NYDFS und der Federal Reserve sowie die Abschließende Mitteilung der FDA sind auf den jeweiligen Websites der Streitbeilegungsbehörden öffentlich zugänglich.

Die am 20. Mai 2015 erzielten Vereinbarungen umfassen nicht die andauernden Ermittlungen zum elektronischen Handel am Devisenmarkt. Außerdem untersuchen einige Behörden in verschiedenen Ländern weiterhin die Verkaufs- und Handelspraktiken bestimmter, im Verkauf und Handel, einschließlich des Devisenhandels, beschäftigter Mitarbeiter bei Marktteilnehmern, die auf zahlreichen Märkten tätig sind -u. a. bei der Bank. Die Gruppe fährt mit der Überprüfung dieser und einiger weiterer Handelspraktiken im Devisengeschäft fort und kooperiert weiterhin mit den zuständigen Behörden.

Ermittlungen in Bezug auf ISDAfix

Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, u. a. auch die CFTC, haben separate Ermittlungen zu den in der Vergangenheit im Hinblick auf den ISDAfix, neben anderen Bezugswerten, angewandten Geschäftspraktiken durchgeführt.

Am 20. Mai 2015 hat die CFTC mit der BPLC, der Bank und BCI eine Vereinbarung geschlossen, in der sich BPLC, die Bank und BCI einverstanden erklärten, eine Geldbuße in Höhe von USD 115 Mio. im Zusammenhang mit der branchenweiten Ermittlung der CFTC bezüglich der Festlegung des US Dollar-Bezugswerts ISDAfix zu zahlen. Zusätzlich verpflichtet die Vereinbarung mit der CFTC die BPLC, die Bank und BCI, weitere Verstöße gegen die Bestimmungen des *US Commodity Exchange Act* zu beenden und zu unterlassen, in den zugehörigen Ermittlungs- und Gerichtsverfahren vollständig mit der CFTC zu kooperieren und, sofern noch nicht geschehen, bestimmte Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, die u. a. folgendes umfassen müssen:

- die fortlaufende Umsetzung und Verbesserung ihrer internen Kontrollen und Verfahrensabläufe dergestalt, dass die Integrität der Festsetzung von Bezugswerten für Zinstauschgeschäfte in angemessener Weise sichergestellt wird; sowie
- die Umsetzung zusätzlicher, verbesserter Abhilfemaßnahmen, die interne Kontrollen und Verfahrensabläufe u. a. im Hinblick auf Folgendes umfassen: (i) Aufdeckung und Abschreckung von Handelspraktiken oder sonstigem Verhalten, mit denen potentiell eine unmittelbare oder mittelbare Manipulation von Swap-Sätzen, einschließlich der auf Zinstauschgeschäften basierenden Bezugswerte, beabsichtigt wird; (ii) regelmäßige und fortlaufende Schulung aller Mitarbeiter im Bereich Swaps und Optionen in Bezug auf den Handel mit Produkten, bei denen ein auf Zinstauschgeschäften basierender Bezugswert zur Anwendung kommt und (iii) ein System zur Meldung, Behandlung und Untersuchung verdächtigen Fehlverhaltens oder fragwürdiger, unüblicher oder rechtswidriger Aktivitäten in Verbindung mit der Festsetzung eines auf Zinstauschgeschäften basierenden Bezugswerts.

Der vollständige Text der CFTC-Vereinbarung in Bezug auf den ISDAfix ist auf der CFTC-Website öffentlich zugänglich.

Einige andere Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden haben Informationen hinsichtlich der Festsetzung des US-Dollar ISDAfix-Bezugswerts und der Handelspraktiken, die ihn beeinflussen sollten, angefordert.

Ermittlungen in Bezug auf Edelmetalle

Die Bank hat der DOJ und anderen Aufsichtsbehörden Informationen bezüglich Ermittlungen in Verbindung mit Edelmetallen und edelmetall-bezogenen Finanzinstrumenten zukommen lassen.

Nähere Einzelheiten zu den Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit diesen Ermittlungen sind den nachstehenden Abschnitten "**Zivilklagen im Zusammenhang mit der Festlegung des LIBOR und anderer Bezugswerte**" und "**Zivilklagen in Bezug auf ISDAfix**", "**Zivilklagen in Bezug auf den Devisenhandel**" und "**Zivilklagen in Bezug auf das Gold-Fixing**" zu entnehmen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Die Geldstrafen im Zusammenhang mit den im Mai 2015 mit den Streitbeilegungsbehörden abgeschlossenen Vergleichen sind durch die bestehenden Rückstellungen der Gruppe in Höhe von GBP 2,05 Mrd. abgedeckt. Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Einschätzung der finanziellen Auswirkungen bestimmter anderer Angelegenheiten in diesem Abschnitt oder die Auswirkungen, wie sich diese Angelegenheiten gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten, einzuschätzen.

Zivilklagen im Zusammenhang mit dem LIBOR und anderen Bezugswerten

Im Anschluss an die Vergleiche bezüglich der zuvor im Abschnitt „Ermittlungen in Bezug auf LIBOR, andere Bezugswerte, ISDAfix, Wechselkurse und Edelmetalle“ erwähnten Ermittlungen haben eine Reihe von Privat- und Geschäftskunden in verschiedenen Ländern Zivilklagen gegen die Gruppe im Zusammenhang mit LIBOR und/oder anderen Bezugswerten angedroht oder eingereicht.

Hintergrundinformationen

Eine Reihe von Privat- und Geschäftskunden in verschiedenen Ländern haben Zivilklagen gegen die Gruppe und andere Banken im Zusammenhang mit Manipulationen des LIBOR und/oder anderer Bezugswerte angedroht oder anhängig gemacht. Diese Klagen wurden zwar in mehreren Fällen abgewiesen und in einem Fall wurde vorbehaltlich der endgültigen Stellungnahme des Gerichts ein Vergleich erzielt, in anderen wiederum sind sie weiterhin anhängig, wobei ihre letztendlichen Auswirkungen noch nicht absehbar sind.

USD-LIBOR-Klagen vor dem MDL-Gericht

Die Mehrzahl der in verschiedenen US-Jurisdiktionen angestregten USD-LIBOR-Klagen werden für vorprozessuale Zwecke vor einem Einzelrichter (*single judge*) des SDNY (*multi district litigation court (MDL-Gericht)*) gemeinsam verhandelt.

In den im Wesentlichen vergleichbaren Klageschriften wurde u. a. der Vorwurf erhoben, die Bank und die anderen Banken hätten, sowohl einzeln als auch kollektiv, gegen Bestimmungen des *U.S. Sherman Antitrust Act*, des *CEA*, des *U.S. Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO)* sowie verschiedene einzelstaatliche Rechtsvorschriften verstoßen, indem sie USD-LIBOR-Sätze manipulierten.

In den Klagen wird Schadensersatz in unbestimmter Höhe gefordert, ausgenommen in fünf Klagen, in denen die Kläger von allen Beklagten, einschließlich der Bank, Schadensersatz in Höhe von zusammen mehr als USD 1,25 Mrd., zuzüglich Strafschadensersatz, fordern. In einigen der Klagen wird zudem Schadensersatz in dreifacher Höhe (*trebling of damages*) nach Maßgabe der Bestimmungen des *U.S. Sherman Antitrust Act* und des *RICO* gefordert.

Die vorgelegten Sammelklagen sollen (u. a.) im Namen von Klägern anhängig gemacht werden, die (i) USD-LIBOR-bezogene OTC-Geschäfte getätigt (OTC-Gruppe), (ii) USD-LIBOR-bezogene Finanzinstrumente an einer Börse erworben (Börsengeschäft-Gruppe), (iii) USD-LIBOR-bezogene Schuldtitel erworben (Schuldtitel-Gruppe), (iv) auf USD-LIBOR-bezogene variabel verzinsliche Hypotheken (Hauseigentümer-Gruppe) erworben oder (v) auf USD-LIBOR-bezogene Darlehen (Darlehensgeber-Gruppe) vergeben haben.

Im August 2012 hat das MDL-Gericht alle neu vorgelegten Sammelklagen und Einzelklagen ausgesetzt (Ausgesetzte Klagen), sodass das MDL-Gericht die anhängigen Anträge in drei Hauptsammelklagen (Hauptsammelklagen) und drei Haupteinzelklagen (Haupteinzelklagen) einteilen konnte.

Im März 2013 erging eine Entscheidung des MDL-Gerichts, in der die Mehrzahl der gegen die Bank sowie gegen die anderen beklagten Panel-Banken gerichteten Hauptsammelklagen und drei Haupteinzelklagen anhängig gemacht werden sollen, abgewiesen wurde.

Nach der Entscheidung ersuchten die Kläger der Hauptsammelklagen das Bezirksgericht, entweder die Einreichung einer geänderten Klage oder die Berufung gegen einen Aspekt der Entscheidung vom März 2013 zuzulassen. Im August 2013 und im Juni 2014 wies das Bezirksgericht die Mehrzahl der im Rahmen der Hauptsammelklagen gestellten Anträge ab. Infolgedessen:

- wurden die Ansprüche der Schuldtitel-Gruppe vollumfänglich abgewiesen;
- sind die Ansprüche der Börsengeschäft-Gruppe auf Ansprüche nach dem *CEA* beschränkt; und
- sind die Ansprüche der OTC-Gruppe auf Bereicherungsansprüche und Ansprüche aufgrund einer Verletzung des Grundsatzes von Treu und Glauben und des Fairnessgebots beschränkt.

Im Anschluss an die Entscheidung des Bezirksgerichts vom März 2013 strengten die Kläger der Haupteinzelklagen erneut beim zuständigen Gericht (*State Court*) in Kalifornien ein Verfahren an (das inzwischen dem Bezirksgericht übertragen wurde), in dessen Rahmen sie ihr ursprüngliches Vorbringen aus den vorstehend beschriebenen Verfahren, die als Sammelklagen anhängig gemacht werden sollten, wiederholen. Die Schuldtitel-Gruppe versuchte, beim US-Bundesberufungsgericht für den zweiten Gerichtsbezirk (*United States Court of Appeals for the Second Circuit (Second Circuit)*) Berufung gegen die Abweisung ihrer Klage einzulegen; das *Second Circuit* wies die Berufung jedoch mit der Begründung, das Bezirksgericht habe noch keine Entscheidung hinsichtlich der Gesamtheit der Ansprüche der zusammengefassten Klagen getroffen, als verfrüht ab. Im Januar 2015 hob der Oberste US-Gerichtshof (*U.S. Supreme Court*) die Entscheidung des *Second Circuit* auf, sodass der *Second Circuit* die von der Schuldtitel-Gruppe eingelegten Berufung anhören muss. Die OTC-Gruppe und die Börsengeschäft-Gruppe haben die Genehmigung erhalten, dieser Berufung beizutreten. Bestimmte andere vorgelegte Sammelklagen, die vom MDL-Gericht zuvor ausgesetzt wurden, haben ebenfalls die Genehmigung erhalten, der Berufung in Bezug auf die Ablehnung ihrer wettbewerbsrechtlichen Klagen beizutreten.

Im Dezember 2014 hat das MDL-Gericht eine vorläufige Genehmigung für die Vergleiche der verbliebenen Ansprüche der Börsengeschäft-Gruppe über USD 19,98 Mio. erteilt und verlangt, dass die Kläger einen Verteilungsplan der Vergleichserlöse vorlegen. Im Januar 2015 haben die Kläger einen Gerichtsbeschluss zur Genehmigung ihres beabsichtigten Verteilungsverfahrens sowie der Gruppenmitteilung über den Vergleich beantragt. Dieser Antrag ist noch vor dem MDL-Gericht anhängig.

Zudem hat das MDL-Gericht begonnen, die Ansprüche der Ausgesetzten Klagen zu bearbeiten, von denen viele (einschließlich Klagen hinsichtlich staatsrechtlicher Betrugsdelikte und unerlaubter Beeinträchtigung) nicht in den Hauptsammelklagen geltend gemacht wurden. Infolgedessen haben im Oktober 2014 die Kläger der unmittelbaren Klagen (die aus den Sammelklagen ausgestiegen sind) ihre abgeänderten Klagen eingereicht und im November 2014 haben die Beklagten beantragt, die Klagen abzuweisen. Im November 2014 haben die Kläger der Verfahren der Darlehensgeber-Gruppe und Hauseigentümer-Gruppe ihre abgeänderten Klagen eingereicht. Im Januar 2015 haben die Beklagten beantragt, die Klagen abzuweisen.

Solange die Verfahren nicht weiter verhandelt werden, ist die letztendliche Auswirkung der Entscheidungen des Bezirksgerichts unklar, wobei die Entscheidung jedoch möglicherweise im Rahmen der Auslegung durch Gerichte Auswirkungen auf andere Prozesse haben wird, darunter die nachfolgend beschriebenen Verfahren, von denen einige verschiedene Referenzzinssätze zum Gegenstand haben.

Weitere USD-LIBOR-Klage vor dem SDNY

Im Februar 2013 wurde beim SDNY eine weitere Einzelklage gegen die Bank und andere beklagte Panel-Banken eingeleitet. Der Kläger brachte vor, die beklagten Panel-Banken hätten zusammengewirkt, um den USD-LIBOR ansteigen zu lassen, was dazu geführt habe, dass der Wert der für einen Kredit als Sicherheit hinterlegten Anleihen gesunken sei, was letztlich zum Verkauf der Anleihen zu einem Tiefststand ihres Marktwerts geführt habe. Diese Klage ist nicht dem Bezirksgericht übertragen; für sie ist ein anderer Richter am SDNY zuständig und ein anderer Zeitplan vorgesehen. Die beklagten Panel-Banken haben Antrag auf Klageabweisung gestellt, dem im April 2015 stattgegeben wurde. Im Juni 2015 suchte der Kläger um Erlaubnis zur Einreichung einer weiteren, abgeänderten Klageschrift nach; über diesen Antrag ist noch nicht entschieden.

Sterling-LIBOR-Klage im SDNY

Im Mai 2015 wurde eine weitere Sammelklage im SDNY gegen die Bank und andere Sterling-LIBOR-Panel-Banken durch einen Kläger begonnen, der sich in börslich gehandelten und OTC-Derivaten, die an den Sterling-LIBOR gekoppelt waren, engagiert hatte. In der Klageschrift wird u. a. behauptet, die Bank und die übrigen Panel-Banken hätten den Sterling-LIBOR-Satz zwischen 2005 und 2010 manipuliert und durch dieses Verhalten gegen Bestimmungen des CEA, des Kartellrechts sowie des RICO verstoßen.

Verfahren wegen Wertpapierbetrugs vor dem SDNY

Darüber hinaus sind BPLC, die Bank, BCI sowie vier ehemalige Führungskräfte und Direktoren der Bank Beklagte einer vor dem SDNY anhängigen Wertpapier-Sammelklage im Zusammenhang mit der Rolle der Bank als an der LIBOR-Festlegung beteiligte Panel-Bank. In der Klageschrift wurden Ansprüche nach Maßgabe des *U.S. Securities Exchange Act of 1934* geltend gemacht; hauptsächlich wird darin der Vorwurf erhoben, die Geschäftsberichte der Bank für die Jahre 2006 bis 2011 hätten Unrichtigkeiten und Auslassungen hinsichtlich (unter anderem) der Einhaltung ihrer Verfahren für das Betriebsrisikomanagement und bestimmter Gesetze und Rechtsvorschriften aufgewiesen. Weiterhin wurde in der Klageschrift der Vorwurf erhoben, dass die täglichen Einreichungen der Bank zur Festlegung des USD-LIBOR Falschaussagen unter Verletzung des US-Wertpapierrechts darstellten. Der Kreis der Sammelkläger, in deren Auftrag die Klage eingereicht wird, setzt sich aus allen natürlichen und juristischen Personen zusammen, die im Zeitraum vom 10. Juli 2007 bis zum 27. Juni 2012 an einer US-Wertpapierbörse von BPLC geförderte *American Depositary Receipts* erworben haben. Im Mai 2013 gab das Gericht dem Antrag der Bank auf vollumfängliche Klageabweisung statt. Die Kläger legten Berufung ein, woraufhin das *Second Circuit* im April 2014 zwar die Abweisung bestimmter Klagebegehren der Kläger anordnete, dabei jedoch die Entscheidung zur Abweisung des Klagebegehrens der Kläger, dass die täglichen Einreichungen der Bank zur Festlegung des USD-LIBOR Falschaussagen unter Verletzung des US-Wertpapierrechts darstellten, aufhob. Das Verfahren wurde an die erste Instanz zurückverwiesen und das Beweisverfahren wird bis Ende 2015 weitgehend abgeschlossen sein. Im April 2015 stellten die Kläger einen Antrag auf Bestätigung der Klägergruppe, der noch anhängig ist.

Klage vor dem US-Bezirksgericht von Kalifornien

Im Juli 2012 wurde eine vor dem US-Bezirksgericht von Kalifornien (*District Court for the Central District of California*) anhängige Sammelklage um behauptete Vorwürfe im Zusammenhang mit dem USD-LIBOR und die Benennung der Bank als Beklagte erweitert. Die erweiterte Klageschrift wurde im Namen einer Ansprüche erhebenden Klägergruppe eingereicht, die sich u. a. aus Inhabern von auf USD-LIBOR-bezogenen variabel verzinslichen Hypotheken zusammensetzt. Im Januar 2015 stimmte das Gericht dem Antrag der Bank auf ein Schnellverfahren zu und wies alle verbliebenen Klagen gegen die Bank ab. Der Kläger hat gegen die Entscheidung des Gerichts beim US-Bundesberufungsgericht für den neunten Gerichtsbezirk (*U.S. Court of Appeals for the Ninth Circuit (Ninth Circuit)*) Berufung eingelegt.

Japanischer Yen-LIBOR-Klage vor dem SDNY

Im April 2012 reichte ein Kläger, der an Transaktionen mit börsengehandelten Derivaten beteiligt war, eine weitere Sammelklage gegen die Bank und andere Panel-Banken für den Japanischer Yen-LIBOR vor dem SDNY ein. In der Klageschrift werden auch die Mitglieder des Panels der *Japanese Bankers Association Euroyen Tokyo Interbank Offered Rate* (Euroyen-TIBOR), dem die Bank nicht angehört, benannt. In der Klageschrift wird u.a. der Vorwurf der Manipulation der Euroyen-TIBOR- sowie der Yen-LIBOR-Sätze und des Verstoßes gegen Bestimmungen des CEA sowie des *U.S. Sherman Antitrust Act* im Zeitraum von 2006 bis 2010 erhoben. Die Beklagten haben Antrag auf Klageabweisung gestellt; im März 2014 entschied das Gericht, dass diesem Antrag teilweise stattzugeben und dass er teilweise abzuweisen sei. Namentlich wies das Gericht die kartellrechtlichen Ansprüche des Klägers vollumfänglich ab, gab jedoch den Ansprüchen des Klägers gemäß den Bestimmungen des CEA statt. Der Antrag der Beklagten auf nochmalige Prüfung der Entscheidung über die Ansprüche gemäß den Bestimmungen des CEA wurde vom Gericht im Oktober 2014 abgelehnt. Der Kläger hat seinerseits Antrag auf Zulassung einer dritten, um zusätzliche Ansprüche (u. a. gemäß den Bestimmungen des RICO) erweiterten Klageschrift gestellt, dieser wurde im März 2015 zurückgewiesen. Der Kläger hat gegen diese Entscheidung die sofortige Beschwerde eingelegt; der Antrag ist noch anhängig. Die Beweisaufnahme hat im Mai 2015 begonnen.

EURIBOR-Klagen

Im Februar 2013 wurde eine Sammelklage mit Bezug auf EURIBOR gegen BPLC, die Bank, BCI sowie andere EURIBOR-Panel-Banken angestrengt. Die Kläger machen kartellrechtliche Ansprüche, Ansprüche gemäß den Bestimmungen des CEA und des RICO sowie Bereicherungsansprüche geltend. Insbesondere wird der Bank vorgeworfen mit anderen EURIBOR-Panel-Banken zusammengewirkt zu haben, um den EURIBOR zu manipulieren. Die Klage wird im Namen von Klägern eingereicht, die im Zeitraum vom 1. Juni 2005 bis 31. März 2011 *NYSE LIFFE EURIBOR*-Terminkontrakte gekauft oder verkauft, Terminkontrakte mit Bezug auf die Währung Euro gekauft bzw. andere Derivatekontrakte gekauft hatten (beispielsweise Zinsswaps und außerbörsliche Zinstermingeschäfte (*forward rate agreements*) mit Bezug auf EURIBOR). Das Verfahren wurde bis Mai 2015 ausgesetzt, dann änderte das Gericht die Aussetzung ab, um die Fortsetzung der Erhebung von Dokumentenbeweisen zu gestatten.

Ferner wurde die Bank von der DOJ-AD ein bedingter Nachlass im Zusammenhang mit möglichen Verstößen gegen US-Kartellrecht bei Finanzinstrumenten mit Bezug auf EURIBOR zugestanden. Infolge der Gewährung dieses bedingten Nachlasses hat die Bank Anspruch auf (i) eine Haftungsobergrenze in Höhe des tatsächlichen anstatt des dreifachen Schadensersatzes, wenn in einem zivilrechtlichen Kartellverfahren nach US-amerikanischem Kartellrecht auf Grundlage eines Verhaltens, das durch den bedingten Nachlass abgedeckt ist, dem Kläger Schadensersatz zugesprochen wurde, und (ii) eine Befreiung im Hinblick auf eine mögliche gesamtschuldnerische Haftung in Verbindung mit einem derartigen zivilrechtlichen Kartellverfahren, vorbehaltlich der Bedingung, dass die Bank das DOJ-AD sowie das über die entsprechende zivilrechtliche Klage befindende Gericht davon überzeugt, dass sie ihre Mitwirkungspflichten erfüllt hat.

Verfahren in Bezug auf Bezugswerte außerhalb der USA

Neben den Klagen in den USA sind gegen die Gruppe in zahlreichen Ländern Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit den angeblichen LIBOR- und EURIBOR-Manipulationen angestrengt oder angedroht worden. Die Zahl dieser Verfahren, der Referenzindizes, auf die sie sich beziehen, und der Länder, in denen sie angestrengt werden können, hat sich im Laufe der Zeit erhöht.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der

Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Zivilklagen in Bezug auf ISDAfix

Seit September 2014 wurde beim SDNY eine Reihe Zivilklagen in Verbindung mit ISDAfix im Namen von Klägern, die in Klägergruppen (*proposed classes of plaintiffs*) zusammengefasst werden sollen, eingereicht, im Rahmen derer behauptet wird, dass die Bank, eine Zahl anderer Banken und ein Broker gegen den *U.S. Sherman Antitrust Act* und mehrere Bundesgesetze verstoßen haben sollen im Rahmen derer eine Manipulation von Devisenmärkten und somit ein Verstoß nach dem *U.S. Sherman Antitrust Act* sowie nach dem Recht des Bundesstaates New York behauptet und mehrere internationale Banken, darunter die Bank, als Beklagte genannt werden. Mitte Februar 2015 wurde eine überarbeitete Sammelklage erhoben.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Zivilklagen in Bezug auf den Devisenhandel

Seit November 2013 wurde beim SDNY eine Reihe Zivilklagen im Namen von Klägern, die in Klägergruppen (*proposed classes of plaintiffs*) zusammengefasst werden sollen, eingereicht, im Rahmen derer eine Manipulation von Devisenmärkten und somit ein Verstoß nach dem *U.S. Sherman Antitrust Act* sowie nach dem Recht des Bundesstaates New York behauptet und mehrere internationale Banken, darunter die Bank, als Beklagte genannt werden.

Im Februar 2014 hat das SDNY sämtliche zu diesem Zeitpunkt rechtshängigen, im Namen von US-Personen eingereichten Klagen zu einer einzigen Klage zusammengefasst.

Jüngste Entwicklungen

Im Januar 2015 hat das SDNY den Antrag auf Klageabweisung hinsichtlich der Sammelklage zurückgewiesen; dagegen wurden zwei Klagen, in denen die Klägergruppen angeblich aus nicht in den USA ansässigen Personen bestanden, abgewiesen.

Seit Februar 2015 wurden einige weitere Zivilklagen im SDNY sowie eine Zivilklage im *Northern District of California* im Namen von vorgeschlagenen Klägergruppen erhoben, in denen Schäden in Verbindung mit Barclays mutmaßlicher Manipulation von Wechselkursen behauptet und diverse internationale Banken, darunter BPLC, die Bank und BCI als Beklagte benannt werden. Eine der neu erhobenen Klagen macht Ansprüche aus dem Gesetz US-Pensionsfürsorge-Gesetz (*US Employee Retirement Income Security Act (ERISA)*) geltend; die in der Klage enthaltenen Behauptungen umfassen sowohl Wiederholungen der in anderen Fällen vorgebrachten Anschuldigungen, als auch zusätzliche Behauptungen über Verkaufspraktiken im Devisengeschäft und ERISA-Pläne. Sämtliche übrigen neu eingereichten Klagen machen Ansprüche aus dem *US Sherman Antitrust Act* und/oder dem *US Commodity Exchange Act* geltend.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Die finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe, und wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten, ist derzeit nicht einzuschätzen.

Zivilklagen in Bezug auf das Gold-Fixing

Seit März 2014 wurden vor US-Bundesgerichten verschiedene Zivilklagen eingeleitet, die jeweils im Namen einer Gruppe von Sammelklägern anhängig gemacht werden sollen; der Bank und anderen Mitgliedern der London Gold Market Fixing Ltd. wird vorgeworfen, unter Verletzung der Bestimmungen des CEA, des *U.S. Sherman Antitrust Act* sowie des einzelstaatlichen Kartell- und Verbraucherschutzrechts die Preise von Gold und Derivatekontrakten in Gold manipuliert zu haben. Jede dieser Klagen wurde dem SDNY übertragen und im Hinblick auf Vor- und sonstige Verfahren zu einer einzigen Klage zusammengefasst.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Aktivitäten und Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit US-Hypotheken

Die Aktivitäten der Gruppe im US-Hypothekensektor in den Jahren 2005 bis einschließlich 2008 umfassten:

- das Sponsoring und Underwriting in Bezug auf Private-Label-Verbriefungen im Volumen von ca. USD 39 Mrd.,
- die Übernahme des wirtschaftlichen Underwriting-Risikos in Bezug auf sonstige Private-Label-Verbriefungen im Volumen von ca. USD 34 Mrd.,
- den Verkauf von Krediten im Volumen von ca. USD 0,2 Mrd. an staatlich geförderte Unternehmen (*government sponsored enterprises* (GSE));
- den Verkauf von Krediten im Volumen von ca. USD 3 Mrd. an andere Käufer, und
- den Verkauf von Krediten im Volumen von ca. USD 19,4 Mrd. (davon ausgenommen im entsprechenden Zeitraum verkaufte und anschließend wieder zurückgekaufte Kredite im Volumen von ca. USD 500 Mio.), welche durch als Grundpfandrechtsbesteller (*mortgage originator*) fungierende verbundene Unternehmen einer Gesellschaft, welche die Gruppe im Jahr 2007 erworben hatte ("**Erworbene Tochtergesellschaft**"), ausgegeben und an Dritte verkauft wurden.

Während diesem Zeitraum betrieben verbundene Unternehmen der Gruppe Handel im Sekundärmarkt für *U.S. residential mortgage-backed securities* (RMBS) sowie *U.S. commercial-backed securities* (CMBS), und diese Handelsaktivitäten werden auch heute fortgeführt.

Im Zusammenhang mit dem Verkauf von Krediten und bestimmten Private-Label-Verbriefungen hat die Gruppe am 30. Juni 2015 zum Zeitpunkt des Verkaufs einen ausstehenden Kapitalsaldo in Höhe von ca. USD 2,6 Mrd.; ferner wurden von verschiedenen Parteien Zivilklagen angestrengt, in denen die Verpflichtung der Gruppe zum Rückkauf eines wesentlichen Teils dieser Kredite geltend gemacht wird. Darüber hinaus ist die Gruppe an einer Reihe von Verfahren beteiligt, die von Käufern von RMBS angestrengt wurden. Der zurzeit ausstehende RMBS-Nennbetrag in Bezug auf diese anhängigen Klagen gegen die Gruppe beläuft sich zum 30. Juni 2015 auf ungefähr USD 0,8 Mrd.

Aufsichts- und sonstige Behörden darunter u. a. das DOJ, die SEC, der *Special Inspector General for the US Troubled Asset Relief Program*, das *US Attorney's Office for the District of Connecticut* und das *US Attorney's Office for the Eastern District of New York*, haben weitreichende Ermittlungen in Bezug auf Marktpraktiken in Verbindung mit *mortgage-backed securities* begonnen; die Gruppe kooperiert im Rahmen einiger dieser Ermittlungen mit den zuständigen Behörden.

Forderungen auf RMBS-Rückkauf

Hintergrundinformationen

Die Gruppe hat in Bezug auf Folgendes entsprechende Kreditzusagen und –garantien (Z&G) alleine abgegeben:

- von ihr gesponserte Verbriefungen im Volumen von ca. USD 5 Mrd.;
- von ihr an GSE verkaufte Kredite im Volumen von ca. USD 0,2 Mrd.; und
- an andere Käufer verkaufte Kredite im Volumen von ca. USD 3 Mrd.

Daneben hat die Erworbene Tochtergesellschaft in Bezug auf alle von ihr an Dritte verkauften Kredite im Volumen von ca. USD 19,4 Mrd. entsprechende Z&G abgegeben.

Die Z&G in Bezug auf die übrigen von der Gruppe gesponserten Verbriefungen wurden hauptsächlich von Drittbestellern, als Deponent der Treuhandgesellschaft, direkt an die Verbriefungstreuhandgesellschaften einer Tochtergesellschaft der Gruppe abgegeben, und sind im Umfang begrenzt. Für die meisten Z&G wurden keine zeitlichen Begrenzung von Seiten der Gruppe, der Erworbenen Tochtergesellschaft oder dieser Drittbesteller angegeben.

Unter bestimmten Umständen kann die Gruppe und/oder die Erworbene Tochtergesellschaft verpflichtet sein, die entsprechenden Kredite zurückzukaufen oder Zahlungen in Bezug auf diese Kredite zu leisten, wenn die Z&G nicht eingehalten werden.

Hinsichtlich der spätestens am 30. Juni 2015 eingegangenen, noch nicht entschiedenen Forderungen auf Rückkauf in Verbindung mit allen Z&G, die die Gruppe oder die Erworbene Tochtergesellschaft in Bezug auf an GSE und andere Käufer verkaufte Kredite und in Bezug auf Private-Label-Aktivitäten abgegeben haben, bestand zum Zeitpunkt des Verkaufs ein ursprünglicher ausstehender Kapitalsaldo in Höhe von ca. USD 2,6 Mrd.

Eine wesentliche Anzahl (ca. USD 2,2 Mrd.) aller vorstehend beschriebenen noch nicht entschiedenen Forderungen auf Rückkauf beziehen sich auf Zivilklagen, die von den Treuhändern für bestimmte Verbriefungen in Form von RMBS eingeleitet wurden und im Rahmen derer die Treuhänder behaupten, die Gruppe und/oder die Erworbene Tochtergesellschaft müsse Kredite zurückkaufen, bei denen ein Verstoß gegen die operativen Z&G vorliegt. Dieser Treuhänder sowie alle anderen Parteien, die einen Rückkauf fordern, haben im Rahmen dieser Klagen ferner geltend gemacht, dass möglicherweise ein Verstoß gegen die operativen Z&G bezüglich eines höheren (jedoch nicht bezifferten) Betrages der Kredite vorliegt, als des zuvor von den Treuhändern in ihren konkreten Forderungen auf Rückkauf angegebenen Betrages. Sämtliche Rechtsstreitigkeiten bezüglich Forderungen auf Rückkauf befinden sich noch in einer frühen Phase.

Die Erworbene Tochtergesellschaft ist darüber hinaus Beklagte einer Zivilklage, mit der u. a. eine Freistellung von Schäden angestrebt wird, die ein Darlehenskäufer angeblich als Konsequenz behaupteter Verletzungen der von der Erworbenen Tochtergesellschaft in Verbindung mit Darlehensverkäufen an den Käufer im Zeitraum von 1997-2007 abgegebenen Z&G erlitten hat. Dieser Prozess befindet sich in der Anfangsphase.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Wertpapierklagen im Zusammenhang mit RMBS

Hintergrundinformationen

Infolge einiger der vorstehend beschriebenen RMBS-Aktivitäten ist die Gruppe an verschiedenen von Käufern von RMBS, hinsichtlich derer die Gruppe als Sponsor und/oder Underwriter fungiert hatte, im Zeitraum von 2005 bis 2008 angestregten Verfahren beteiligt. Grundsätzlich wird in diesen Verfahren u. a. geltend gemacht, die Angebotsmaterialien zu den RMBS, auf die sich diese Käufer angeblich verlassen haben, hätten sachlich falsche oder irreführende Darstellungen und/oder Auslassungen enthalten, und generell wird die Rückabwicklung und Herausgabe der für die RMBS gezahlten Gegenleistung sowie eine Ersatzleistung für die infolge des Eigentums an den RMBS entstandenen finanziellen Verluste verlangt.

Der ursprüngliche, mit den anhängigen Zivilklagen gegen die Gruppe verbundene RMBS-Nennbetrag belief sich auf insgesamt ungefähr USD 2,3 Mrd.; hiervon stand zum 30. Juni 2015 ein Betrag in Höhe von ungefähr USD 0,8 Mrd. noch aus.

Die für diese RMBS zum 30. Juni 2015 ausgewiesenen kumulierten realisierten Verluste beliefen sich auf ungefähr USD 0,2 Mrd.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Die Gruppe ist der Ansicht, dass ihr im Falle des Unterliegens in den anhängigen Prozessen ein Verlust in Höhe von maximal dem zum Zeitpunkt des Urteils noch ausstehenden RMBS-Betrag (unter Berücksichtigung weiterer Kapitalzahlungen nach dem 30. Juni 2015) droht, zuzüglich kumulierter Verluste auf die RMBS zu dem betreffenden Zeitpunkt, sowie Zinsen, Gebühren und Kosten, abzüglich des Marktwertes der RMBS zu jenem Zeitpunkt und abzüglich bislang in Anspruch genommener Rücklagen.

Obwohl die Käufer keinen konkreten Schadensbetrag geltend gemacht haben, schätzt die Gruppe den Marktwert dieser RMBS zum 30. Juni 2015 auf insgesamt ungefähr USD 0,4 Mrd. Der Gruppe steht möglicherweise ein Anspruch auf Entschädigung für einen Teil dieser Verluste zu.

Weitere Ermittlungen in Bezug auf Hypotheken

Zusätzlich zu den Forderungen auf RMBS-Rückkauf sowie den Wertpapierklagen in Zusammenhang mit RMBS ermitteln mehrere Aufsichts- und sonstige Behörden, darunter die DOJ, die SEC, der Generalinspekteur des *U.S. Troubled Asset Relief Program*, die Bezirksanwaltschaft Connecticut (*U.S. Attorney's Office for the District of Connecticut*) und die Bezirksstaatsanwaltschaft New York (*US Attorney's Office for the Eastern District of New York*) in Bezug auf verschiedene Aspekte des Hypotheken-Business, einschließlich Emissions- und Underwriting-Praktiken bei Erstangeboten von RMBS sowie Handelspraktiken in den Sekundärmärkten für RMBS und CMBS. Die Gruppe beantwortet fortlaufend die Anfragen der „Arbeitsgruppe RMBS“ der *Financial Fraud Enforcement Task Force* (Arbeitsgruppe RMBS), die zur Untersuchung des vor der Finanzkrise aufgetretenen Fehlverhaltens im Zusammenhang mit Hypothekengeschäften gegründet wurde. In Verbindung mit einigen Ermittlungen durch Mitglieder der Arbeitsgruppe RMBS kam es zum Abschluss von Vergleichsvereinbarungen mit einer Anzahl von Finanzinstituten, die mit erheblichen Geldzahlungen einhergingen..

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Lehman Brothers

Seit September 2009 waren BCI und die Bank an Prozessen mit verschiedenen Unternehmen beteiligt, die bestimmte Aspekte der Transaktion, in deren Rahmen BCI, die Bank und andere Gesellschaften der Gruppe im September 2008 den größten Teil der Vermögenswerte von Lehman Brothers Inc. (LBI) übernahm, sowie die gerichtliche Verfügung (Verfügung) zur Genehmigung des Verkaufs (Verkauf) angefochten haben. Im Mai 2015 erzielten BCI und die Bank einen Vergleich mit dem SIPA-Insolvenzverwalter für die Lehman Brothers Inc. (SIPA-Insolvenzverwalter) zur Beendigung des zwischen ihnen hinsichtlich des Verkaufs ausstehenden Prozesses. Am 29. Juni 2015 wurde der Vergleich vom US-Insolvenzgericht für den Bezirk SDNY (*United States Bankruptcy Court* (Insolvenzgericht)) genehmigt, wodurch der Prozess zur Anfechtung des Verkaufs beendet wurde.

Hintergrundinformationen

Im September 2009 reichten die Lehman Brothers Holdings Inc. (LBHI), der SIPA-Insolvenzverwalter sowie das *Official Committee of Unsecured Creditors* (offizieller Ausschuss der unbesicherten Gläubiger) der Lehman Brothers Inc. (Ausschuss) Anträge beim Insolvenzgericht zur Anfechtung bestimmter Aspekte des Verkaufs und des genehmigenden Gerichtsbeschlusses ein. Die Kläger wollten eine Verfügung erwirken, mit der die Übertragung bestimmter Vermögenswerte an BCI für nichtig erklärt und BCI zur Herausgabe eines mutmaßlich erhaltenen Mehrwertes an die Insolvenzmasse von LBI gezwungen wird; weiterhin strebten sie die Feststellung an, dass der von BCI gemäß den Verkaufsdokumenten und dem Gerichtsbeschluss geltend gemachte Anspruch auf bestimmte Vermögenswerte (Rule 60-Ansprüche), nicht besteht.

Im Januar 2010 legte BCI eine Antwort auf diese Anträge vor und reichte dabei ebenfalls einen auf die Lieferung bestimmter Vermögenswerte, die von LBHI und LBI nicht gemäß den Verkaufsunterlagen und der Verfügung geliefert wurden, gerichteten Antrag ein (zusammen mit den konkurrierenden Ansprüchen des SIPA-Insolvenzverwalters in Bezug auf diese Vermögenswerte, Vertragsansprüche).

2011 wies das Insolvenzgericht die *Rule 60-Ansprüche* zurück; bei manchen Vertragsansprüchen entschied es zugunsten des SIPA-Insolvenzverwalters, bei anderen zugunsten von BCI. BCI und der SIPA-Insolvenzverwalter legten jeweils beim SDNY Berufung gegen die für sie nachteiligen Entscheidungen des Insolvenzgerichts über die Vertragsansprüche ein. LBHI und der Ausschuss legten keine Berufung gegen die Entscheidung des Insolvenzgerichts über die *Rule 60-Ansprüche* ein.

Im Juli 2012 stellte das SDNY in einem Urteil zu den Vertragsansprüchen fest, dass BCI und der Bank folgende Ansprüche zu:

- Herausgabe von USD 1,1 Mrd. (GBP 0,7 Mio.) von dem SIPA-Insolvenzverwalter in Bezug auf das „Clearance Box-Vermögen“ (Clearance Box-Vermögen) sowie

- Herausgabe des Vermögens, das bei verschiedenen Instituten für die im Wege des Verkaufs an BCI übertragenen börsengehandelte Derivate-Depots gehalten wird (*ETD Margin*).

Der SIPA-Insolvenzverwalter legte beim Second Circuit Berufung ein. Im August 2014 bestätigte das Second Circuit die Entscheidungen des SDNY, nach denen der Gruppe ein Anspruch auf das Clearance-Box-Vermögen und die ETD Margin zusteht.

Im Oktober 2014 hat der SIPA-Insolvenzverwalter einen Antrag beim SDNY eingereicht, der darauf abzielt, den Umfang des Urteils des SDNY bezüglich der ETD Margin, welche BCI und der Bank zusteht, zu bestätigen, und der BCI und der Bank ihren Anspruch auf etwa USD 1,1 Mrd. der noch nicht von BCI und der Bank erhaltenen Vermögenswerte streitig macht, in dem er behauptete, dass diese Vermögenswerte nicht die ETD Margin darstellen. Im April 2015 entschied das SDNY zu Gunsten von BCI und der Bank und bestätigte deren Anspruch auf die gesamte ETD-Marge.

Im Oktober 2014 leistete der SIPA-Insolvenzverwalter eine Zahlung in Höhe von USD 1,1 Mrd. (GBP 0.7 Mio.) an die Bank und entledigte sich damit vollumfänglich seiner Verpflichtungen hinsichtlich des Clearance Box-Vermögens.

Jüngste Entwicklungen

Im Dezember 2014 hat der SIPA-Insolvenzverwalter einen Antrag auf Überprüfung der Urteile des SDNY und des *Second Circuit* durch das *U.S. Supreme Court* eingereicht. Im Mai 2015 veröffentlichte der *US Supreme Court* die Abweisung dieses Antrags.

Im Mai 2015 schlossen die Parteien einen Vergleich zur Beilegung des zwischen ihnen wegen des Verkaufs ausstehenden Rechtsstreites (Vergleich), der am 29. Juni 2015 vom Insolvenzgericht genehmigt wurde. Aufgrund dieses Vergleichs hat die Bank sämtliches Vermögen erhalten, von dem der SIPA-Insolvenzverwalter behauptet hatte, es stelle keine ETD-Marge dar, mit Ausnahme von USD 80 Mio. (GBP 51 Mio.) an Vermögenswerten, die der SIPA-Insolvenzverwalter behalten darf sowie ca. USD 0,3 Mrd. an ETD-Marge, die der Bank noch geschuldet werden, bei denen aber erwartet wird, dass die Bank sie von Dritten erhalten werde.

Finanzielle Auswirkungen

Mit Stand zum 30. Juni 2015 hat die Bank ca. USD 1,6 Mrd. (GBP 1,0 Mrd.) im Hinblick auf Vermögen, das ihr als Teil des Verkaufs und des Vergleichs zusteht, das sie jedoch bis zu diesem Stichtag noch nicht erhalten hatte, als einen finanziellen Vermögenswert in ihrer Bilanz erfasst. Der finanzielle Vermögenswert spiegelt für dem am 30. Juni 2015 endenden, sechsmonatigen Zeitraum als Resultat des Vergleichs einen Anstieg um ca. USD 0,8 Mrd. (GBP 0,5 Mrd.) wider, wie in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Gemäß dem Vergleich nahm der SIPA-Insolvenzverwalter am 2. Juli 2015 eine Zahlung von ca. USD 1,3 Mrd. (GBP 0,9 Mrd.) an die Bank vor; dieser Betrag entspricht dem Wert der vom SIPA-Insolvenzverwalter gehaltenen ETD-Marge abzüglich der USD 80 Mio. an ETD-Marge, die er nach den Bestimmungen des Vergleichs behalten darf. Damit hat der SIPA-Insolvenzverwalter seine in Bezug auf die ETD-Marge oder in sonstiger Weise aufgrund des Verkaufs bestehenden Zahlungsverpflichtungen vollständig erfüllt. Nach Einbeziehung dieser Zahlung des Insolvenzverwalters hat die Bank einen finanziellen Vermögenswert in Höhe von ca. USD 0,3 Mrd. in ihrer Bilanz, der der ETD-Marge entspricht, die der Bank noch geschuldet wird, deren Zahlung von dritter Seite man aber erwartet.

American Depositary Shares

Gegen BPLC, die Bank und verschiedene ehemalige Mitglieder des *Board of Directors* von BPLC wurde eine Wertpapier-Sammelklage gebündelt vor dem SDNY anhängig gemacht, in der Unrichtigkeiten und Auslassungen in den Angebotsdokumenten für bestimmte von der Bank angebotene *American Depositary Shares*, die von der Bank im April 2008 mit einem ursprünglichen Nennbetrag von USD 2,5 Mrd. begeben wurden (das Angebot aus dem April 2008) geltend gemacht werden.

Hintergrundinformationen

Die Kläger machen Ansprüche gemäß dem *Securities Act of 1933* geltend, wobei der Vorwurf erhoben wird, die Angebotsdokumente für das Angebot aus dem April 2008 hätten Unrichtigkeiten und Auslassungen (unter anderem) in Bezug auf das Portfolio der Bank aus hypotheckenbezogenen Wertpapieren (darunter US-subprime-bezogene Positionen), die Risikopositionen der Bank im Hypotheken- und Kreditmarkt und die Finanzlage der Bank aufgewiesen. Die Kläger haben die Höhe ihres ersuchten Schadensersatzes nicht spezifiziert.

Im Juni 2014 wies das SDNY den Antrag der Beklagten auf Abweisung der Klagen zurück. Der Prozess befindet sich im Stadium der Beweisaufnahme.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

BDC Finance L.L.C.

BDC Finance L.L.C. (BDC) reichte beim *NY Supreme Court* eine Klage gegen die Bank ein, in deren Rahmen BDC die Verletzung eines Vertrags im Zusammenhang mit einem Portfolio aus *Total Return Swap*-Transaktionen, für die ein ISDA-Rahmenvertrag galt, bezogen (zusammen der "**Vertrag**"). Zwar erging in der Sache eine Entscheidung zu Ungunsten der Bank, doch das Berufungsgericht des Bundesstaates New York (*New York Court of Appeals*) hat dieses Urteil aufgehoben. Außerdem reichten Parteien, die BDC nahe stehen, im Zusammenhang mit dem Verhalten der Bank bezüglich des Vertrages Klage gegen die Bank und BCI beim Gericht des Staates Connecticut ein.

Hintergrundinformationen

Im Oktober 2008 reichte BDC beim *NY Supreme Court* eine Klage gegen die Bank ein, in der geltend gemacht wurde, die Bank habe gegen den Vertrag verstoßen, als sie im Oktober 2008 der Forderung von BDC nach Übertragung angeblicher überschüssiger Sicherheiten in Höhe von ca. USD 40 Mio. (Forderung) nicht nachkam.

BDC macht geltend, die Bank sei nach dem Vertrag nicht berechtigt gewesen, die Forderung vor der Übertragung der angeblichen überschüssigen Sicherheiten zu bestreiten, und selbst wenn die Bank nach dem Vertrag dazu berechtigt gewesen wäre, die Forderung vor der Übertragung zu bestreiten, habe es die Bank versäumt, die Forderung zu bestreiten.

BDC verlangt Schadensersatz in einer Gesamthöhe von USD 298 Mio. nebst Rechtsanwaltskosten und vorprozessualen Zinsen.

Im August 2012 erging ein Teilurteil im abgekürzten Verfahren (*partial summary judgement*) des *NY Supreme Court* zugunsten der Bank, in dem entschieden wurde, dass die Bank berechtigt war, die Forderung vor der Übertragung der angeblichen überschüssigen Sicherheiten zu bestreiten, jedoch auch festgestellt wurde, dass im Rahmen einer Verhandlung ermittelt werden müsse, ob die Bank diese auch tatsächlich bestritten hatte. Die Parteien legten bei der Berufungskammer, der sog. *Appellate Division* des *NY Supreme Court* (*NY Appellate Division*) Anschlussberufung ein.

Im September 2011 wurden die Bank und BCI auch von der Anlageberaterin von BDC, BDCM Fund Adviser, L.L.C. und deren Mutterunternehmen, Black Diamond Capital Holdings, L.L.C. beim zuständigen Gericht von Connecticut (*Connecticut State Court*) auf Schadensersatz in unbestimmter Höhe verklagt, der angeblich durch das Verhalten der Bank im Zusammenhang mit dem Vertrag begründet sei; dabei wurden Ansprüche aufgrund der Verletzung von Vorschriften gegen unlautere Handelspraktiken gemäß dem *Connecticut Unfair Trade Practices Act* sowie Ansprüche aus unerlaubter Handlung im Zusammenhang mit dem Eingriff in Geschäftsbeziehungen und potenzielle Geschäftsbeziehungen geltend gemacht. Die Parteien haben einer Aussetzung des Verfahrens zugestimmt.

Im Oktober 2013 hob die *NY Appellate Division* das Teilurteil im abgekürzten Verfahren des *NY Supreme Court* zugunsten der Bank auf und gab stattdessen dem Antrag von BDC auf ein Teilurteil im abgekürzten Verfahren statt, da sie die Ansicht vertrat, die Bank habe gegen den Vertrag verstoßen. Die *NY Appellate Division* traf keine Entscheidung hinsichtlich der Höhe des Schadensersatzes für BDC, die vom *NY Supreme Court* bislang noch nicht festgelegt wurde.

Jüngste Entwicklungen

Im Februar 2015 hat der *New York Court of Appeals* im Zusammenhang mit der Berufung der Bank gegen die Entscheidung von Oktober 2013 das im abgekürzten Verfahren zu Gunsten von BDC ergangene Teilurteil der *NY Appellate Division* modifiziert und entschieden, eine Entscheidung im abgekürzten Verfahren sei zu Gunsten keiner der Parteien möglich, da die wesentliche tatsächliche Frage, ob die Bank tatsächlich gegen den Vertrag

verstoßen habe, weiterhin ungeklärt sei. Der *New York Court of Appeals* ordnete die Rückverweisung der Angelegenheit an den *NY Supreme Court* zu Durchführung des weiteren Verfahrens an.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkung

BDC hat Ansprüche in Höhe von insgesamt USD 298 Mio. nebst Rechtsanwaltskosten und vorprozessualen Zinsen gegen die Gruppe geltend gemacht. Dieser Betrag entspricht nicht zwangsläufig dem potenziellen finanziellen Risiko, dem die Gruppe im Falle einer Entscheidung zu ihren Ungunsten ausgesetzt wäre.

Zivilklagen in Bezug auf den U.S. Anti-Terrorism Act

Im April 2015 wurde eine abgeänderte Sammelklage von ca. 250 Klägern anhängig gemacht. Gegenstand dieser Klage ist die Behauptung, dass die Gruppe sowie weitere Banken sich der versuchten Beteiligung schuldig gemacht und den *U.S. Anti-Terrorism Act* ("**ATA**") verletzt zu haben, indem sie der Regierung des Iran sowie einiger iranischer Banken bei der Durchführung von Transaktionen in Dollar behilflich gewesen sein sollen. Die Erlöse dieser Transaktionen sollen wiederum zur Finanzierung von Angriffen der Hisbollah gedient haben, durch die Familienmitglieder der Kläger zu Schaden gekommen sein sollen. Gemäß den Bestimmungen des ATA, laut derer alle nachgewiesenen Schäden dreifach entschädigt werden müssen, machen die Kläger Entschädigungsansprüche für physische Schmerzen, Leid und seelische Qualen geltend.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Kartellrechtliche Ermittlungen und Zivilklagen in Bezug auf den Credit Default Swap (CDS)-Markt

Die Kommission und die DOJ-AD haben Ermittlungen am CDS-Markt eingeleitet (im Jahr 2011 bzw. 2009). Im Juli 2013 hat die Kommission eine Mitteilung der Beschwerdepunkte an die Bank sowie 12 weitere Banken, die Markit Ltd. und die ISDA gerichtet. In dem betreffenden Fall geht es um Bedenken, dass bestimmte Banken kollektiv darauf hingewirkt haben könnten, den Eintritt von Börsen in den Kreditderivatemarkt zu verzögern und zu verhindern.

Hinsichtlich einer möglichen Entscheidung der Europäischen Kommission hat diese angedeutet, dass sie beabsichtigt, Sanktionen aufzuerlegen. Zu den möglichen von der Europäischen Kommission aufzuerlegenden Sanktionen gehören Bußgelder. Bei den Ermittlungen der DOJ-AD handelt es sich um zivilrechtliche Ermittlungen, die sich auf ähnliche Angelegenheiten beziehen. Gegen die Bank wird außerdem in den USA eine (zusammengefasste) Sammelklage angestrengt, in der ähnliche Sachverhalte geltend gemacht werden sollen. Das Verfahren befindet sich im Stadium der Beweisaufnahme.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen der beschriebenen Klagen auf die Gruppe abzugeben oder einzuschätzen, wie sie sich gegebenenfalls auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Ermittlungen der Portugiesischen Wettbewerbsbehörde

Die Portugiesische Wettbewerbsbehörde untersucht, ob es durch den Austausch von Informationen über Kreditprodukte für Kleinanleger, der über einen Zeitraum von 11 Jahren, unter besonderer Bezugnahme auf Hypotheken, Kundenkreditgewährung sowie Kreditgewährung an kleine und mittlere Unternehmen, zwischen 15 Banken in Portugal -darunter auch die Gruppe- stattfand, zu Verletzungen des Wettbewerbsrechts gekommen ist. Die Gruppe kooperiert im Rahmen dieser Ermittlungen.

Eingeklagte Beträge/Finanzielle Auswirkungen

Es ist derzeit nicht praktikabel, eine Schätzung hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen dieser Angelegenheiten abzugeben oder einzuschätzen, wie sich diese Angelegenheiten gegebenenfalls auf die

Ergebnisse der Geschäftstätigkeit, die Cashflows oder die Finanzlage der Gruppe in einem bestimmten Zeitraum auswirken könnten.

Rückstellungen für Entschädigung von Kunden

Entschädigungen für Restschuldversicherung

Mit Stand zum 30. Juni 2015 hat die Gruppe kumulative Rückstellungen in Höhe von insgesamt GBP 6,0 Mrd. für die Kosten der Entschädigung für Restschuldversicherungen (*Payment Protection Insurance (PPI)*) und zugehörige Bearbeitungskosten erfasst; bei einer Verwendung von GBP 4,7 Mrd. verbleibt eine restliche Rückstellung in Höhe von GBP 1,3 Mrd.

Bis zum 30. Juni 2015 gingen 1,4 Mio. von Kunden initiierte Forderungen ein und wurden bearbeitet (31. Dezember 2014: 1,3 Mio.). Das Volumen der im Zeitraum H115 eingegangenen Forderungen ist gegenüber dem Zeitraum H214 um 14% zurückgegangen. Dieser Rückgang vollzieht sich jedoch langsamer als zuvor erwartet, insbesondere da von den Forderungsmanagement-Gesellschaften eine gleichmäßige Menge an Forderungen eingeht.

Die aktuelle Rückstellung entspricht der überprüften Erwartungswert-Rückstellung der Gruppe für alle zukünftig erwarteten Kosten der PPI-Entschädigungen. Dennoch ist es möglich, dass das letztendliche Ergebnis von der aktuellen Schätzung abweicht. Sollte diese Abweichung erheblich ausfallen, wird die Rückstellung entsprechend angehoben oder verringert.

Entschädigungen für Packaged Bank Accounts

Mit Stand zum 30. Juni 2015 hielt die Gruppe eine Rückstellung in Höhe von GBP 250 Mio. für die Entschädigung von Kunden und zugehörige betriebliche Kosten, die bei der Bearbeitung von Beschwerden hinsichtlich der Girokonten mit Zusatzfunktionen (*Packaged Bank Accounts*) anfallen.

Entschädigung bei Zinssicherungsprodukten

In Jahr 2012 vereinbarten einige Banken im Vereinigten Königreich, unter ihnen auch die Gruppe, mit der FSA die Durchführung einer Überprüfung der Entschädigungen für Zinssicherungsprodukte, die am oder nach dem 1. Dezember 2001 an Kleinanleger oder als „unerfahren“ eingestufte Privatkunden verkauft worden waren. Zum 31. Dezember 2014 errichtete die Gruppe kumulative Rückstellungen in Höhe von insgesamt GBP 1,500 Mio. für die damit verbundenen Kosten. Mit Stand zum 30. Juni 2015 sind GBP 1,392 Mio. verbraucht oder freigegeben worden, so dass eine restliche Rückstellung in Höhe von GBP 108 Mio. verbleibt.

Allgemeines

Die Gruppe ist an verschiedenen anderen, im Vereinigten Königreich und einigen anderen Jurisdiktionen geführten Gerichts-, wettbewerbs- und aufsichtsrechtlichen Verfahren beteiligt. Sie ist Gegenstand von durch die Gruppe oder gegen die Gruppe eingeleiteten Verfahren, die sich von Zeit zu Zeit aus dem gewöhnlichen Geschäftsbetrieb ergeben (u. a. beispielsweise bei Streitigkeiten im Zusammenhang mit Verträgen, Wertpapieren, der Eintreibung von Schulden, Verbraucherkrediten, Betrugsfällen, Treuhandverhältnissen, Kundenvermögen, Wettbewerbs-, Datenschutz-, Geldwäsche-, Arbeits-, Umwelt- und sonstigen Fragen des *Statute Law* oder des *Common Law*).

In Bezug auf die Gruppe laufen außerdem Ermittlungs- und Untersuchungsverfahren, Auskunftersuchen, Prüfungen, Gerichts- und sonstige Verfahren von Aufsichtsbehörden sowie staatlichen und sonstigen öffentlichen Stellen im Zusammenhang mit (u. a.) Verbraucherschutzmaßnahmen, der Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften, Großhandelsaktivitäten und anderen Bank- und Geschäftsaktivitäten, denen die Gruppe nachgeht oder nachgegangen ist.

Derzeit geht die Gruppe nicht davon aus, dass das endgültige Ergebnis dieser anderen Verfahren sich wesentlich nachteilig auf ihre Finanzlage auswirkt. In Anbetracht der im Zusammenhang mit diesen Verfahren sowie den speziell in diesem Abschnitt beschriebenen Verfahren bestehenden Ungewissheiten kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich der Ausgang eines bestimmten Verfahrens oder bestimmter Verfahren in einem bestimmten Zeitraum wesentlich auf die Ergebnisse der Geschäftstätigkeit oder den Cashflow der Gruppe auswirkt, was u. a. von der Höhe des aus dem bzw. den Verfahren resultierenden Verlusts und der Höhe des anderweitig für den jeweiligen Berichtszeitraum ausgewiesenen Ertrags abhängt.

Directors

Der folgenden Übersicht sind folgende Informationen zu entnehmen: die Directors der Bank, ihre jeweilige Position innerhalb der Bank sowie ggf. die wichtigsten von ihnen außerhalb der Bank ausgeübten Tätigkeiten, soweit diese für die Bank von Bedeutung sind. Alle als Directors aufgeführten Personen haben jeweils die Geschäftsanschrift 1 Churchill Place, London E14 5HP, Vereinigtes Königreich.

Name	Funktion(en) innerhalb der Bank	Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der Bank
John McFarlane ¹	Executive Chairman	Executive Chairman, Barclays PLC; Non-Executive Director, Westfield Group; Director Old Oak Holdings Ltd
Tushar Morzaria	Finance Director	Finance Director der Barclays PLC
Tim Breedon CBE	Non-Executive Director	Non-Executive Director der Barclays PLC; Advisor, Blackstone Group L.P.; Chairman Apax Global Alpha
Crawford Gillies	Non-Executive Director	Non-Executive Director der Barclays PLC; Non-Executive Director Standard Life plc; Chairman, Control Risks Group Limited; Chairman, Scottish Enterprise
Reuben Jeffery III	Non-Executive Director	Non-Executive Director der Barclays PLC; Chief Executive Officer, President und Director, Rockefeller & Co., Inc. und Rockefeller Financial Services Inc.; Member International Advisory Council der China Securities Regulatory Commission; Member, Advisory Board der Towerbrook Capital Partners LP; Director, Financial Services Volunteer Corps; International Advisory Committee, J. Rothschild Capital management
Dambisa Moyo	Non-Executive Director	Non-Executive Director der Barclays PLC; Non-Executive Director, SABMiller PLC; Non-Executive Director, Barrick Gold Corporation
Sir Michael Rake	Deputy Chairman und Senior Independent Director	Deputy Chairman und Senior Independent Director der Barclays PLC; Chairman, BT Group PLC; Director, McGraw-Hill Financial Inc.
Diane de Saint Victor	Non-Executive Director	Non-Executive Director der Barclays PLC; General Counsel, Company Secretary und ein Mitglied des Group Executive Committee of ABB Limited; Member, Advisory Board der World Economic Forum's Davos Open Forum
Frits van Paasschen	Non-Executive Director	Non-Executive Director der Barclays PLC
Mike Ashley	Non-Executive Director	Non-Executive Director der Barclays PLC; Member, HM Treasury Audit Committee; Member, Institute of Chartered Accountants in England & Wales' Ethics Standards Committee; Vice-Chair, European Financial Reporting Advisory Group's Technical Expert Group; Chairman, Government Internal Audit Agency; Member,

¹ John McFarlane hat Sir David Walker als *Chairman* der Bank und der Barclays PLC mit Wirkung des Beschlusses der ordentlichen Hauptversammlung vom 23. April 2015 der Barclays PLC abgelöst. Am 8. Juli 2015, haben Barclays PLC und die Bank das vollständige Ausscheiden von Antony Jenkins als *Chief Executive Officer* und, vorbehaltlich der aufsichtsrechtlichen Genehmigung, die Berufung von John McFarlane als *Executive Chairman* bis zur ausstehenden Berufung eines neuen *Chief Executive Officer* bekanntgegeben.

		Board of The Charity Commission
Wendy Lucas-Bull	Non-Executive Director;	Non-Executive Director der Barclays PLC; Chairman, Barclays Africa Group Limited; Director, Afrika Tikkun NPC; Director, Peotona Group Holdings (Pty) Limited
Stephen Thieke	Non-Executive Director	Non-Executive Director der Barclays PLC
Diane Schuenemann	Non-Executive Director	Non-Executive Director der Barclays PLC; Non-Executive Director, ICAP Plc.

Die Barclays Africa Group Limited (BAGL) steht mehrheitlich im Eigentum der Gruppe und die Minderheit des stimmberechtigten Kapitals wird von einer konzernfremden Drittpartei gehalten. Daher wurden Verfahren etabliert, um auf potenzielle Interessenkonflikte, die *Wendy Lucas-Bulls Pflichten* als nicht-exekutives Mitglied der Bank und als Vorstandsvorsitzender von BAGL begründen könnten, zu reagieren. Abgesehen von den obigen Ausführungen in Bezug auf Wendy Lucas-Bull gibt es keine potenziellen Interessenkonflikte der oben aufgelisteten Geschäftsführer zwischen deren Verpflichtung gegenüber der Bank und ihren privaten Interessen oder anderen Pflichten.

Potenzielle Interessenkonflikte

Die *Directors* der Emittentin haben im Hinblick auf ihre privaten Interessen und sonstigen Verpflichtungen keine potentiellen Interessenkonflikte in Bezug auf Verpflichtungen gegenüber der Emittentin.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2014 belief sich die Gesamtzahl der von der Gruppe beschäftigten Personen (Vollzeitäquivalent) auf ca. 132.300 (31. Dezember 2013: 139.600).

Abschlussprüfer

Der Abschluss und der Gruppenabschluss der Emittentin für die am 31. Dezember 2014 und 31. Dezember 2013 zu Ende gegangenen Geschäftsjahre wurden von PricewaterhouseCoopers, Southwark Towers, 32 London Bridge Street, London SE1 9SY, Vereinigtes Königreich, zugelassene Wirtschafts- und Abschlussprüfer (*chartered accounts and registered auditors*) (für das Ausführen des bestimmten Anlagegeschäfts von der *Financial Conduct Authority* im Vereinigten Königreich zugelassen und deren Aufsicht unterstehend) geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. PricewaterhouseCoopers im Vereinigten Königreich ist kein Mitglied einer Berufsvereinigung, jedoch registriert bei dem Institut der Wirtschaftsprüfer in England und Wales (*Institute of Chartered Accountants in England and Wales (ICAEW)*) und der Aufsichtsbehörde für Wirtschaftsprüfer (*Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB)*).

London, 18. August 2015

Barclays Bank PLC, London

Durch:

Stephanie Knoop

Zeichnungsberechtigte

The following non-binding English language translation of the foregoing German language content of the supplement dated 18 August 2015 to the Prosper Base Prospectus A dated 27 October 2014, RSSP Base Prospectus A dated 15 June 2015, RSSP Base Prospectus B dated 10 July 2015 and RSSP Base Prospectus D dated 10 July 2015 (the "**Base Prospectuses**") is not a supplement in accordance with Section 16(1) of the German Securities Prospectus Act (*Wertpapierprospektgesetz*) and was not approved by the German Federal Financial Supervisory Authority (*Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht*).

Die nachfolgende unverbindliche englischsprachige Übersetzung des vorstehenden deutsch-sprachigen Inhalts des Nachtrags vom 18. August 2015 zum Prosper Basisprospekt A vom 27. Oktober 2014, RSSP Basisprospekt A vom 15. Juni 2015, RSSP Basisprospekt B vom 10. Juli 2015 und RSSP Basisprospekt D vom 10. Juli 2015 (die "**Basisprospekte**") stellt keinen Nachtrag gemäß § 16 Abs. 1 Wertpapierprospektgesetz dar und wurde nicht von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gebilligt.



18 August 2015

BARCLAYS BANK PLC

(Incorporated with limited liability in England and Wales)

SUPPLEMENT

PURSUANT TO § 16 PARA. 1 GERMAN SECURITIES PROSPECTUS ACT ("**WPPG**")

TO THE FOLLOWING **BASE PROSPECTUSES**

(THE "**BASE PROSPECTUSES**"):

PROSPER **BASE PROSPECTUS A** DATED 27 OCTOBER 2014 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENTS DATED 17 NOVEMBER 2014, 28 NOVEMBER 2014, 27 APRIL 2015, 15 JUNE 2015
AND 23 JULY 2015

(THE "**PROSPER BASE PROSPECTUS A**")

RELATING TO

NOTIONAL PORTFOLIO LINKED SECURITIES (THE "**PROSPER A SECURITIES**")

(SIXTH SUPPLEMENT)

RSSP **BASE PROSPECTUS A** DATED 15 JUNE 2015 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENT DATED 23 JULY 2015

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS A**")

RELATING TO

EQUITY LINKED AUTOCALL SECURITIES (THE "**RSSP A SECURITIES**")

(SECOND SUPPLEMENT)

RSSP **BASE PROSPECTUS B** DATED 10 JULY 2015 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENT DATED 23 JULY 2015

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS B**")

RELATING TO

EQUITY LINKED NON LINEAR SECURITIES (THE "**RSSP B SECURITIES**")

(SECOND SUPPLEMENT)

RSSP BASE PROSPECTUS D DATED 10 JULY 2015 AS SUPPLEMENTED BY PREVIOUS
SUPPLEMENT DATED 23 JULY 2015

(THE "**RSSP BASE PROSPECTUS D**")

RELATING TO

EQUITY LINKED SECURITIES (THE "**RSSP D SECURITIES**")

(SECOND SUPPLEMENT)

(THE PROSPER A SECURITIES, THE RSSP A SECURITIES, THE RSSP B SECURITIES, THE RSSP D
SECURITIES, THE "**SECURITIES**")

If, before this Supplement is published, investors have already agreed to purchase or subscribe for Securities issued under the Final Terms to the Base Prospectuses, such investors shall have the right to withdraw their declaration of purchase or subscription in accordance with Section 16(3) WpPG within a period of two working days from the date of publication of this Supplement, provided that the new factor, mistake or inaccuracy referred to in Section 16(1) WpPG arose before the final closing of the offer to the public and the delivery of the securities.

The withdrawal (for which no reasons need to be given) must be declared by written notice to that entity to which the relevant investor addressed the declaration of purchase or subscription. Timely dispatch of notice is sufficient to comply with the notice period.

During the validity of the Base Prospectuses and as long as any Securities issued in connection with the Base Prospectuses are listed on any stock exchange or offered to the public, copies of this Supplement and of the Base Prospectuses, as supplemented, will be available free of charge upon request from Barclays Bank PLC, 1 Churchill Place, London, E14 5HP, United Kingdom and on the website of the Issuer www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors (or any successor website).

The circumstance giving rise to this Supplement is to update the information relating to Barclays Bank PLC (the "**Issuer**") to reflect the 2015 Interim Results Announcement, announced on 3 August 2015 (items of the supplement 1. – 7.).

Table of contents

<u>Base Prospectus</u>	<u>Section of the Base Prospectus</u>	<u>Items of the Supplement</u>	<u>Page</u>
Prosper Base Prospectus A	Risk Factors	1.	7
	Important Information	3.	9
	Information Incorporated by Reference	5.	11
	General Information	6.	12
	Information Relating to the Issuer	7.	13 ff.
RSSP Base Prospectus A,	Risk Factors	2.	8
RSSP Base Prospectus B and	Important Information	4.	10
RSSP Base Prospectus D	Information Incorporated by Reference	5.	11
	General Information	6.	12
	Information Relating to the Issuer	7.	13 ff.

1. In the non-binding English language translation of the Prosper Base Prospectuses A in the section "**RISK FACTORS**" in item "**6.3.2 Risks by Principal Risk**" in item "**iv) Operational Risk**" the item "**Legal, competition and regulatory matters**" shall be replaced as follows:

Legal, competition and regulatory matters

Legal disputes, regulatory investigations, fines and other sanctions relating to conduct of business and financial crime may negatively affect the Group's results, reputation and ability to conduct its business.

The Group conducts diverse activities in a highly regulated global market and therefore is exposed to the risk of fines and other sanctions relating to the conduct of its business. In recent years there has been an increased willingness on the part of authorities to investigate past practices, vigorously pursue alleged breaches and impose heavy penalties on financial services firms; this trend is expected to continue. In relation to financial crime, a breach of applicable legislation and/or regulations could result in the Group or its staff being subject to criminal prosecution, regulatory censure and other sanctions in the jurisdictions in which it operates, particularly in the UK and US. Where clients, customers or other third parties are harmed by the Group's conduct this may also give rise to legal proceedings, including class actions, particularly in the US. Other legal disputes may also arise between the Group and third parties relating to matters such as breaches, enforcement of legal rights or obligations arising under contracts, statutes or common law. Adverse findings in any such matters may result in the Group being liable to third parties seeking damages, or may result in the Group's rights not being enforced as intended.

Details of material legal, competition, and regulatory matters to which the Group is currently exposed are set out in Note 17 (Legal, competition and regulatory matters) to the financial statements of BPLC contained in the 2015 Interim Results Announcement. In addition to those material ongoing matters, the Group is engaged in numerous other legal proceedings in various jurisdictions which arise in the ordinary course of business, as well as being subject to requests for information, investigations and other reviews by regulators and other authorities in connection with business activities in which the Group is or has been engaged. In light of the uncertainties involved in legal, competition and regulatory matters, there can be no assurance that the outcome of a particular matter or matters will not be material to the Group's results of operations or cash flow for a particular period, depending on, among other things, the amount of the loss resulting from the matter(s) and the amount of income otherwise reported for the period.

The outcome of material legal, competition and regulatory matters, both those to which the Group is currently exposed and any others which may arise in the future, is difficult to predict. However, it is likely that in connection with any such matters the Group will incur significant expense, regardless of the ultimate outcome, and one or more of such matters could expose the Group to any of the following: substantial monetary damages and/or fines; remediation of affected customers and clients; other penalties and injunctive relief; additional litigation; criminal prosecution in certain circumstances; the loss of any existing agreed protection from prosecution; regulatory restrictions on the Group's business including the withdrawal of authorisations; increased regulatory compliance requirements; suspension of operations; public reprimands; loss of significant assets or business; a negative effect on the Group's reputation; loss of investor confidence; and/or dismissal/resignation of key individuals.

There is also a risk that the outcome of any legal, competition or regulatory matters in which the Group is involved may give rise to changes in law or regulation as part of a wider response by relevant law makers and regulators. An adverse decision in any one matter, either against the Group or another financial institution facing similar claims, could lead to further claims against the Group.

2. In the non-binding English language translation of all Base Prospectuses, except for the Prosper Base Prospectus A, in the section "**RISK FACTORS**" in item "**1.2.2 Risks by Principal Risk**" in item "**(4) Operational Risk**" the item "*Legal, competition and regulatory matters*" shall be replaced as follows:

Legal, competition and regulatory matters

Legal disputes, regulatory investigations, fines and other sanctions relating to conduct of business and financial crime may negatively affect the Group's results, reputation and ability to conduct its business.

The Group conducts diverse activities in a highly regulated global market and therefore is exposed to the risk of fines and other sanctions relating to the conduct of its business. In recent years there has been an increased willingness on the part of authorities to investigate past practices, vigorously pursue alleged breaches and impose heavy penalties on financial services firms; this trend is expected to continue. In relation to financial crime, a breach of applicable legislation and/or regulations could result in the Group or its staff being subject to criminal prosecution, regulatory censure and other sanctions in the jurisdictions in which it operates, particularly in the UK and US. Where clients, customers or other third parties are harmed by the Group's conduct this may also give rise to legal proceedings, including class actions, particularly in the US. Other legal disputes may also arise between the Group and third parties relating to matters such as breaches, enforcement of legal rights or obligations arising under contracts, statutes or common law. Adverse findings in any such matters may result in the Group being liable to third parties seeking damages, or may result in the Group's rights not being enforced as intended.

Details of material legal, competition, and regulatory matters to which the Group is currently exposed are set out in Note 17 (Legal, competition and regulatory matters) to the financial statements of BPLC contained in the 2015 Interim Results Announcement. In addition to those material ongoing matters, the Group is engaged in numerous other legal proceedings in various jurisdictions which arise in the ordinary course of business, as well as being subject to requests for information, investigations and other reviews by regulators and other authorities in connection with business activities in which the Group is or has been engaged. In light of the uncertainties involved in legal, competition and regulatory matters, there can be no assurance that the outcome of a particular matter or matters will not be material to the Group's results of operations or cash flow for a particular period, depending on, among other things, the amount of the loss resulting from the matter(s) and the amount of income otherwise reported for the period.

The outcome of material legal, competition and regulatory matters, both those to which the Group is currently exposed and any others which may arise in the future, is difficult to predict. However, it is likely that in connection with any such matters the Group will incur significant expense, regardless of the ultimate outcome, and one or more of such matters could expose the Group to any of the following: substantial monetary damages and/or fines; remediation of affected customers and clients; other penalties and injunctive relief; additional litigation; criminal prosecution in certain circumstances; the loss of any existing agreed protection from prosecution; regulatory restrictions on the Group's business including the withdrawal of authorisations; increased regulatory compliance requirements; suspension of operations; public reprimands; loss of significant assets or business; a negative effect on the Group's reputation; loss of investor confidence; and/or dismissal resignation of key individuals.

There is also a risk that the outcome of any legal, competition or regulatory matters in which the Group is involved may give rise to changes in law or regulation as part of a wider response by relevant law makers and regulators. An adverse decision in any one matter, either against the Group or another financial institution facing similar claims, could lead to further claims against the Group.

3. In the non-binding English language translation of Prosper Base Prospectus A, in the section "**IMPORTANT INFORMATION**" within subtitle "**Responsibility and Consent**" the fifth paragraph shall be replaced as follows:

The Issuer may give consent to one or more additional Authorised Offerors in respect of a Public Offer after the filing date of the Final Terms, discontinue or change the Offer Period, and/or remove or add conditions to consent and, if it does so, such information will be published at www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors and/or <https://barxis.barcap.com/privateinvestorgermany>. Any new information with respect to Authorised Offerors unknown at the time of the approval of this Base Prospectus or the filing of the Final Terms will be published and can be found at www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors and/or <https://barxis.barcap.com/privateinvestorgermany>.

4. In the non-binding English language translation of all Base Prospectuses, except for Prosper Base Prospectus A, in the section "**IMPORTANT INFORMATION**" within subtitle "**Responsibility and Consent**" the fourth paragraph (directly following after the enumeration) shall be replaced as follows:

The Issuer may give consent to one or more additional Authorised Offerors in respect of a Public Offer after the filing date of the Final Terms, discontinue or change the Offer Period, and/or remove or add conditions to consent and, if it does so, such information will be published at www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors and/or <https://barxis.barcap.com/privateinvestorgermany>. Any new information with respect to Authorised Offerors unknown at the time of the approval of this Base Prospectus or the filing of the Final Terms will be published and can be found at www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors and/or <https://barxis.barcap.com/privateinvestorgermany>.

5. In the non-binding English language translation of all Base Prospectuses in the section "**INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE**" the first paragraph and the bullet points following thereafter shall be replaced as follows:

INFORMATION INCORPORATED BY REFERENCE

The following information has been deposited with the Financial Conduct Authority ("FCA") and shall be deemed to be incorporated in, and to form part of, this Prospectus pursuant to section 11 paragraph 1 sentence 2 of *WpPG*:

- the joint Annual Report of Barclays PLC and Barclays Bank PLC ("**Issuer**"), as filed with the U.S. Securities and Exchange Commission ("**SEC**") on Form 20 F on 3 March 2015 in respect of the years ended 31 December 2013 and 31 December 2014 ("**Joint Annual Report**"), with the exception of the information incorporated by reference in the Joint Annual Report referred to in the Exhibit Index of the Joint Annual Report, which shall not be deemed to be incorporated in this Base Prospectus;
- the Annual Reports of the Issuer containing the audited consolidated financial statements of the Issuer in respect of the years ended 31 December 2013 ("**2013 Issuer Annual Report**") and 31 December 2014 ("**2014 Issuer Annual Report**"), respectively; and
- the joint unaudited Interim Results Announcement of Barclays PLC and the Bank as filed with the SEC on Form 6-K on 29 July 2015 in respect of the six months ended 30 June 2015 (the "**2015 Interim Results Announcement**").

6. In the non-binding English language translation of all Base Prospectuses in the section "**GENERAL INFORMATION**" the section "**Documents Available**" and the last three paragraphs "**Significant Change Statement**", "**Material Adverse Change Statement**", "**Legal Proceedings**" shall be replaced as follows:

Documents Available

For as long as this Base Prospectus remains in effect or any Securities remain outstanding, copies of the following documents will be made available during usual business hours on a weekday (Saturdays, Sundays and public holidays excepted) for inspection and, in the case of (b), (c), (e) and (f) below, shall be available for collection free of charge at the registered office of the Issuer and at the specified office of the Paying Agent and in the case of (a) to (d) and (f) below at <http://www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors> and in the case of (e) below at <http://www.bmarkets.de> or at <https://barxis.barcap.com/privateinvestorgermany> or at <http://www.barclays.com/investorrelations/debtinvestors>.

- (a) the constitutional documents of the Issuer;
- (b) the Annual Reports of the Issuer containing the audited consolidated financial statements of the Issuer in respect of the years ended 31 December 2012 and 31 December 2013, respectively and the other documents set out under "**Information Incorporated by Reference**" in this Prospectus;
- (c) all future annual reports and semi-annual financial statements of the Bank;
- (d) the current Base Prospectus in respect of the Programme and any future supplements thereto;
- (e) any Final Terms issued in respect of Securities which are publicly offered and/or admitted to listing, trading and/or quotation by any listing authority, stock exchange, and/or quotation system since the most recent base prospectus was published; and
- (f) any other future documents and/or announcements issued by the Issuer.

Significant Change Statement

There has been no significant negative change in the financial or trading position of the Group since 30 June 2015.

Material Adverse Change Statement

There has been no material adverse change in the prospects of the Issuer since 31 December 2014.

Legal Proceedings

Save as disclosed under "**The Bank and the Bank Group — Legal Proceedings**" (other than under the heading "**General**") there are no governmental, legal or arbitration proceedings (including any such proceedings which are pending or threatened of which the Bank is aware), which may have or have had during the 12 months preceding the date of this Prospectus, a significant effect on the financial position or profitability of the Bank and/or the Bank Group.

7. In the non-binding English language translation of all Base Prospectuses the section "**INFORMATION RELATING TO THE ISSUER**" shall be replaced as follows:

INFORMATION RELATING TO THE ISSUER

The Bank and the Group

The Bank (together with its subsidiary undertakings (Bank Group)) is a public limited company registered in England and Wales under number 1026167. The liability of the members of the Bank is limited. It has its registered and head office at 1 Churchill Place, London, E14 5HP, United Kingdom (telephone number +44 (0)20 7116 1000). The Bank was incorporated on 7 August 1925 under the Colonial Bank Act 1925 and on 4 October 1971 was registered as a company limited by shares under the Companies Acts 1948 to 1967. Pursuant to The Barclays Bank Act 1984, on 1 January 1985, the Bank was re-registered as a public limited company and its name was changed from 'Barclays Bank International Limited' to 'Barclays Bank PLC'. The whole of the issued ordinary share capital of the Bank is beneficially owned by Barclays PLC. Barclays PLC (together with its subsidiary undertakings (Group)) is the ultimate holding company of the Group and is one of the largest financial services companies in the world by market capitalisation.

The Group is engaged in personal banking, credit cards, corporate and investment banking, wealth and investment management services with an extensive international presence in Europe, United States, Africa and Asia. The Bank Group is structured around four core businesses: Personal and Corporate Banking, Barclaycard, Africa Banking and the Investment Bank. Businesses and assets which no longer fit the Bank Group's strategic objectives, are not expected to meet certain returns criteria and/or offer limited growth opportunities to the Group, have been reorganised into Barclays Non-Core. Together with its predecessor companies, the Bank Group has over 300 years of history and expertise in banking. Today the Bank Group operates in over 50 countries. The Bank Group moves, lends, invests and protects money for customers and clients internationally.

The short term unsecured obligations of the Bank are rated A-2 by Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited, P-1 by Moody's Investors Service Ltd. and F1 by Fitch Ratings Limited and the unsecured unsubordinated long-term obligations of the Bank are rated A- by Standard & Poor's Credit Market Services Europe Limited, A2 by Moody's Investors Service Ltd. and A by Fitch Ratings Limited.

The following financial information is extracted from the audited consolidated financial statements of the Issuer for the year ended 31 December 2014 and 31 December 2013, respectively.

	As at 31.12.2014	As at 31.12.2013
	£m	£m
Total Assets	1,358,693	1,344,201
Loans and advances to banks and customers	470,424	474,059
Deposits from banks and customer accounts	486,258	487,647
Total Shareholders' equity	66,045	63,220
Non-controlling interests	2,251	2,211

	Year ended 31.12.2014	Year ended 31.12.2013
Profit before tax from continuing operations	2,309	2,885
Credit impairment charges	(2,168)	(3,071)

Based on the Bank Group's audited financial information for the year ended 31 December 2014¹, the Bank Group had total assets of £1,358,693m (2013: £1,344,201m), total net loans and advances² of £470,424m (2013: £474,059m), total deposits³ of £486,258m (2013: £ 487,647m), and total shareholders' equity of £66,045m (2013: £63,220m) (including non-controlling interests of £2,251m (2013: £2,211m)). The profit before tax from continuing operations of the Bank Group for the year ended 31 December 2014 was £2,309m (2013: £2,885m) after credit impairment charges and other provisions of £2,168m (2013: £3,071m). The financial information in this paragraph is extracted from the audited consolidated financial statements of the Bank for the year ended 31 December 2014.

The following financial information is extracted from the unaudited interim financial statements of the Issuer for the half years ended 30 June 2015 and 30 June 2014, respectively:

	As at 30.06.2015 GBP Mio. (unaudited)	As at 30.06.2014 GBP Mio. (unaudited)
Total Assets	1,197,555	1,315,492
Total net loans and advances	475,826	486,385
Total deposits	494,423	505,873
Total Shareholders' equity	65,710	65,119
Non-controlling interests	2,153	2,130

	Half year ended 30.06.2015	Half year ended 30.06.2014
Profit before tax from continuing operations	3,147	2,504
Credit impairment charges	(973)	(1,086)

Based on the Bank Group's unaudited financial information for the six months ended 30 June 2015, the Bank Group had total assets of £1,197,555m (30 June 2014: £1,315,492m), total net loans and advances⁴ of £475,826m (30 June 2014: £486,385m), total deposits⁵ of £494,423m (30 June 2014: £505,873m), and total shareholders' equity of £65,710m (30 June 2014: £65,119m) (including non-controlling interests of £2,153m (30 June 2014: £2,130m)). The profit before tax from continuing operations of the Bank Group for the six months ended 30 June 2015 was £3,147m (30 June 2014: £2,504m) after credit impairment charges and other provisions of £973m (30 June 2014: £1,086m). The financial information in this paragraph is extracted from the unaudited consolidated financial statements of the Bank for the six months ended 30 June 2015.

Acquisitions, Disposals and Recent Developments

Sale of Spanish Businesses to CaixaBank

On 2 January 2015, the Bank completed the sale of its Retail Banking, Wealth and Investment Management and Corporate Banking businesses in Spain to CaixaBank S.A.

¹ As noted in the financial statements of the Bank for the year ended 31 December 2014, the prior year (2013) has been restated to reflect the IAS 32 (revised) standard.

² Total net loans and advances include balances relating to both bank and customer accounts.

³ Total deposits include deposits from bank and customer accounts.

⁴ Total net loans and advances include balances relating to both bank and customer accounts.

⁵ Total deposits include deposits from bank and customer accounts.

The sale represented total assets of £13,446mn and liabilities of £12,840mn as at 31 December 2014. The Bank reported a £446mn loss as at 31 December 2014 in connection with the sale. A further £118mn loss was recognised in the period to 31 March 2015 primarily relating to accumulated currency translation reserves recycled upon the completion of the Spanish business sale.

Legal Proceedings

Barclays PLC (BPLC), the Bank and the Group face legal, competition and regulatory challenges, many of which are beyond the Group's control. The extent of the impact on BPLC, the Bank and the Group of these matters cannot always be predicted but may materially impact the Group's operations, financial results, condition and prospects. Matters arising from a set of similar circumstances can give rise to either a contingent liability or a provision, or both, depending on the relevant facts and circumstances. The Group has not disclosed an estimate of the potential financial effect on the Group of contingent liabilities where it is not currently practicable to do so.

Investigations into certain agreements

The Financial Conduct Authority (FCA) has alleged that BPLC and the Bank breached their disclosure obligations in connection with two advisory services agreements entered into by the Bank. The FCA has imposed a £50m fine. BPLC and the Bank are contesting the findings. The United Kingdom (UK) Serious Fraud Office (SFO) is also investigating these agreements. The U.S. Department of Justice (DOJ) and U.S. Securities and Exchange Commission (SEC) are investigating whether the Group's relationships with third parties who help it to win or retain business are compliant with the U.S. Foreign Corrupt Practices Act.

Background Information

The FCA has investigated certain agreements, including two advisory services agreements entered into by the Bank with Qatar Holding LLC (Qatar Holding) in June and October 2008 respectively, and whether these may have related to BPLC's capital raisings in June and November 2008.

The FCA issued warning notices (Warning Notices) against BPLC and the Bank in September 2013.

The existence of the advisory services agreement entered into in June 2008 was disclosed but the entry into the advisory services agreement in October 2008 and the fees payable under both agreements, which amount to a total of £322m payable over a period of five years, were not disclosed in the announcements or public documents relating to the capital raisings in June and November 2008. While the Warning Notices consider that BPLC and the Bank believed at the time that there should be at least some unspecified and undetermined value to be derived from the agreements, they state that the primary purpose of the agreements was not to obtain advisory services but to make additional payments, which would not be disclosed, for the Qatari participation in the capital raisings.

The Warning Notices conclude that BPLC and the Bank were in breach of certain disclosure-related listing rules and BPLC was also in breach of Listing Principle 3 (the requirement to act with integrity towards holders and potential holders of the company's shares). In this regard, the FCA considers that BPLC and the Bank acted recklessly. The financial penalty in the Warning Notices against the Group is £50m. BPLC and the Bank continue to contest the findings.

Other Investigations and Litigation

The FCA has agreed that the FCA enforcement process be temporarily stayed pending progress in the SFO's investigation into the agreements referred to above, including the advisory services agreements, in respect of which the Group has received and has continued to respond to requests for further information. The DOJ and SEC are investigating these same agreements and are also undertaking an investigation into whether the Group's relationships with third parties who assist BPLC to win or retain business are compliant with the U.S. Foreign Corrupt Practices Act. Certain regulators in other jurisdictions have also been briefed on the investigations into certain of the Group's relationships with third parties. It is possible that civil litigation relating to certain of these matters may be brought in the future against BPLC and/or its affiliates.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Alternative Trading Systems and High-Frequency Trading

The SEC, the New York State Attorney General (NYAG), the FCA and regulators in certain other jurisdictions have been investigating a range of issues associated with alternative trading systems (ATs), including dark pools, and the activities of high-frequency traders. Barclays Capital Inc. (BCI) has been providing information to the relevant regulatory authorities in response to their enquiries. Various parties, including the NYAG, have filed complaints against BPLC and BCI and certain of the Group's current and former officers in connection with ATs related activities. BPLC and BCI continue to defend against these actions.

Background Information

Civil complaints have been filed in the New York Federal Court on behalf of a putative class of plaintiffs against BPLC and BCI and others generally alleging that the defendants violated the federal securities laws by participating in a scheme in which high-frequency trading firms were given informational and other advantages so that they could manipulate the U.S. securities market to the plaintiffs' detriment. These complaints have been consolidated and BPLC has filed a motion to dismiss this action.

In June 2014, the NYAG filed a complaint (NYAG Complaint) against BPLC and BCI in the Supreme Court of the State of New York (NY Supreme Court) alleging, amongst other things, that BPLC and BCI engaged in fraud and deceptive practices in connection with LX Liquidity Cross, the Group's SEC-registered ATs. BPLC and BCI filed a motion to dismiss the Complaint in July 2014.

BPLC and BCI have also been named in a class action by an institutional investor client under California law based on allegations similar to those in the Complaint. This California class action has been consolidated with the class action filed in the New York Federal Court described above.

Also, following the filing of the NYAG Complaint, BPLC and BCI were named in a shareholder securities class action along with its current and certain of its former CEOs and CFOs and an employee in Equities Electronic Trading on the basis that investors suffered damages when their investments in Barclays American Depository Receipts declined in value as a result of the allegations in the NYAG Complaint. BPLC and BCI have filed a motion to dismiss the complaint, which the court granted in part and denied in part.

It is possible that additional complaints relating to these or similar matters may be brought in the future against BPLC and/or its affiliates.

Recent Developments

In February 2015, the NYAG filed an amended complaint and the NY Supreme Court subsequently granted in part and denied in part BPLC and BCI's motion to dismiss the NYAG Complaint. Proceedings in this matter are continuing.

Claimed Amounts/Financial Impact

The complaints seek unspecified monetary damages and injunctive relief. It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the matters in this section or what effect that these matters might have upon operating results, cash flows or the Group's financial position in any particular period.

FERC

The U.S. Federal Energy Regulatory Commission (FERC) has filed a civil action against the Bank and certain of its former traders in the U.S. District Court in California seeking to collect on an order assessing a \$435m civil penalty and the disgorgement of \$34.9m of profits, plus interest, in connection with allegations that the Bank manipulated the electricity markets in and around California. The U.S. Attorney's Office in the SDNY has informed the Bank that it is looking into the same conduct at issue in the FERC matter and a civil class action complaint was filed in the U.S. District Court for the SDNY against the Bank asserting antitrust allegations that mirror those raised in the civil suit filed by FERC.

Background Information

In October 2012, FERC issued an Order to Show Cause and Notice of Proposed Penalties (Order and Notice) against the Bank and four of its former traders in relation to their power trading in the western U.S.. In the Order and Notice, FERC asserted that the Bank and its former traders violated FERC's Anti-Manipulation Rule by manipulating the electricity markets in and around California from November 2006 to December 2008, and proposed civil penalties and profit disgorgement to be paid by the Bank.

In July 2013, FERC issued an Order Assessing Civil Penalties in which it assessed a \$435m civil penalty against the Bank and ordered the Bank to disgorge an additional \$34.9m of profits plus interest (both of which are consistent with the amounts proposed in the Order and Notice).

In October 2013, FERC filed a civil action against the Bank and its former traders in the U.S. District Court in California seeking to collect the penalty and disgorgement amount. FERC's complaint in the civil action reiterates the allegations previously made by FERC in its October 2012 Order and Notice and its July 2013 Order Assessing Civil Penalties.

In September 2013, the Bank was contacted by the criminal division of the U.S. Attorney's Office in SDNY and advised that such office is looking at the same conduct at issue in the FERC matter.

In December 2013, the Bank and its former traders filed a motion to dismiss the action for improper venue or, in the alternative, to transfer it to the SDNY, and a motion to dismiss the complaint for failure to state a claim.

Recent Developments

In May 2015, the U.S. District Court in California denied a motion filed by the Bank and the former traders to dismiss the action for improper venue or, in the alternative, to transfer it to the SDNY, and a motion to dismiss the complaint for failure to state a claim.

In June 2015, a civil class action complaint was filed in the U.S. District Court for the SDNY against the Bank by Merced Irrigation District, a California utility company, asserting antitrust allegations in connection with the Bank's purported manipulation of the electricity markets in and around California. The allegations mirror those raised in the civil suit filed by FERC against the Bank currently pending in the U.S. District Court in California.

Claimed Amounts/Financial Impact

FERC has made claims against the Bank and certain of its former traders totalling \$469.9m, plus interest, for civil penalties and profit disgorgement. This amount does not necessarily reflect the Bank's potential financial exposure if a ruling were to be made against it. The civil class action complaint refers to damages of \$139.3m.

Investigations into LIBOR, other Benchmarks, ISDAFIX, Foreign Exchange Rates and Precious Metals

Regulators and law enforcement agencies from a number of governments have been conducting investigations relating to the Bank's involvement in manipulating Foreign Exchange rates and financial benchmarks. The Bank, BPLC and BCI have reached settlements with the relevant law enforcement agency or regulator in certain of the investigations, but others, including those set out in more detail below, remain pending.

Background Information

The FCA, the U.S. Commodity Futures Trading Commission (CFTC), the SEC, the DOJ Fraud Section (DOJ-FS) and Antitrust Division (DOJ-AD), the European Commission (Commission), the SFO, the Monetary Authority of Singapore, the Japan Financial Services Agency, the Administrative Council for Economic Defence in Brazil, the South African Competition Commission, the prosecutors' office in Trani, Italy and various U.S. state attorneys general are amongst various authorities that opened investigations in connection with efforts to manipulate Foreign Exchange rates and into submissions made by the Bank and other financial institutions to the bodies that set or compile various financial benchmarks, such as LIBOR and EURIBOR s.

In June 2012, the Bank announced that it had reached settlements with the Financial Services Authority (FSA) (as predecessor to the FCA), the CFTC and the DOJ-FS in relation to their investigations concerning certain benchmark interest rate submissions, and the Bank agreed to pay total penalties of £290m, which were reflected in operating expenses for 2012. The settlements were made by entry into a Settlement Agreement with the FSA, a Settlement Order with the CFTC (CFTC LIBOR Order) and a Non-Prosecution Agreement (NPA) with the DOJ-FS. In addition, the Bank was granted conditional leniency from the DOJ-AD in connection with potential U.S. antitrust law violations with respect to financial instruments that reference EURIBOR. Summaries of the NPA and the CFTC LIBOR Order are set out below. The full text of the CFTC LIBOR Order and the NPA are publicly available on the websites of the CFTC and the DOJ, respectively. The terms of the Settlement Agreement with the FSA are confidential, but the Final Notice of the FSA in relation to LIBOR is available on the FCA's website.

CFTC LIBOR Order

In addition to a \$200m civil monetary penalty, the CFTC LIBOR Order requires the Bank to cease and desist from further violations of specified provisions of the U.S. Commodity Exchange Act (CEA) and take specified steps to ensure the integrity and reliability of its benchmark interest rate submissions, including LIBOR and EURIBOR, and improve related internal controls.

Investigations by the U.S. State Attorneys General

Following the settlements announced in June 2012, 31 U.S. State Attorneys General commenced their own investigations into LIBOR, EURIBOR and the Tokyo Interbank Offered Rate. The NYAG, on behalf of this coalition of Attorneys General, issued a subpoena in July 2012 to the Bank (and subpoenas to a number of other banks) to produce wide-ranging information and has since issued additional information requests to the Bank for both documents and transactional data. The Bank is responding to these requests on a rolling basis.

Investigation by the SFO

In addition, following the settlements announced in June 2012, the SFO announced in July 2012 that it had decided to investigate the LIBOR matter, in respect of which the Bank has received and continues to respond to requests for information.

Investigations by the European Commission

The Commission has also been conducting investigations into the manipulation of, amongst other things, EURIBOR. On 4 December 2013, the Commission announced that it had reached a settlement with the Group and a number of other banks in relation to anti-competitive conduct concerning EURIBOR. The Group had voluntarily reported the EURIBOR conduct to the Commission and cooperated fully with the Commission's investigation. In recognition of this cooperation, the Group was granted full immunity from the financial penalties that would otherwise have applied.

DOJ Non-Prosecution Agreement

As part of the NPA, the Bank agreed to pay a \$160m penalty. In addition, the DOJ agreed not to prosecute the Bank for any crimes (except for criminal tax violations, as to which the DOJ cannot and did not make any agreement) related to the Bank's submissions of benchmark interest rates, including LIBOR and EURIBOR, contingent upon the Bank's satisfaction of specified obligations under the NPA.

In June 2014, the Bank and DOJ-FS entered into a letter agreement which gave DOJ-FS until 27 June 2015 to make a determination under the NPA solely as to whether any of the Bank's trading activities in the Foreign Exchange market during the two-year period from 26 June 2012 constituted the commission of a 'United States crime'.

Recent Developments

The Foreign Exchange settlements described below under 'Foreign Exchange Trading Investigations' include a \$60m penalty imposed by the DOJ as a consequence of certain practices that continued after entry into the NPA; however, the DOJ exercised its discretion not to declare a breach of the NPA. The NPA and the letter agreement have now expired.

Foreign Exchange Trading Investigations

Various regulatory and enforcement authorities, including the FCA, the Commission, the CFTC, the DOJ-FS, the DOJ-AD, the SEC and the New York State Department of Financial Services (NYDFS) have been investigating a range of issues associated with Foreign Exchange sales and trading, including electronic trading. Certain of these investigations involve multiple market participants in various countries.

Recent Developments

On 20 May 2015, the Group announced that it had reached settlements with the CFTC, the NYDFS, the DOJ, the Board of Governors of the Federal Reserve System (Federal Reserve) and the FCA (together, the Resolving Authorities) in relation to investigations into certain sales and trading practices in the Foreign Exchange market, that it had agreed to pay total penalties of approximately \$2.38bn, including a \$60m penalty imposed by the DOJ as a consequence of certain practices continuing after entry into the NPA, and that BPLC had agreed to plead guilty to a violation of U.S. anti-trust law.

Under the plea agreement with the DOJ, BPLC agreed to (i) pay a criminal fine of \$650m and (ii) a term of probation of three years from the date of the final judgment in respect of the plea agreement. During the term of probation, BPLC must, amongst other things:

- Commit no crime whatsoever in violation of the federal laws of the United States;
- Notify the probation officer appointed by the court upon learning of the commencement of any federal criminal investigation in which it is a target, or federal criminal prosecution against it;
- Implement and continue to implement a compliance program designed to prevent and detect the conduct that gave rise to the plea agreement;
- Strengthen its compliance and internal controls as required by the CFTC, the FCA and any other regulatory or enforcement agencies that have addressed the conduct set forth in the plea agreement; and
- Bring to the DOJ's attention (i) all credible information regarding criminal violations by BPLC or any of its employees that relates to U.S. anti-trust laws or fraud laws, including securities or commodities markets fraud, as to which BPLC's Board of Directors, management or legal and compliance personnel is aware (ii) all criminal or regulatory investigations, administrative proceedings or civil actions brought by any governmental authority in the U.S. by or against BPLC or its employees that alleges violations of U.S. anti-trust or fraud laws, or including securities or commodities markets fraud.

Pursuant to the settlement with the CFTC, the Bank consented to the entry of an order requiring it to (i) cease and desist from violating provisions of the U.S. Commodity Exchange Act, (ii) pay a civil monetary penalty of \$400m and (iii) undertake certain remediation efforts to the extent not already undertaken, including:

- Implementing and improving its internal controls and procedures in a manner reasonably designed to ensure the integrity of its participation in the fixing of any Foreign Exchange benchmark rate, including measures to identify and address internal or external conflicts of interest; and
- Implementing additional remediation improvements will include internal controls and procedures relating to, amongst other things: (i) detection and deterrence of improper communications concerning Foreign Exchange benchmark rates and trading or other conduct potentially intended to manipulate Foreign Exchange benchmark rates, (ii) routine and on-going training of all traders, supervisors and others who are involved in the fixing of any Foreign Exchange benchmark rate and (iii) its system for

reporting, handling and investigating any suspected misconduct or questionable, unusual or unlawful activity relating to the fixing of any Foreign Exchange benchmark rate.

Pursuant to its settlement with the Federal Reserve, the Bank and the Bank's New York branch consented to an order imposing a civil monetary penalty of \$342m and ordering the Bank and the Bank's New York branch to submit in writing to the Federal Reserve Bank of New York for its approval (i) an enhanced internal controls and compliance program to comply with applicable U.S. laws and regulations with respect to certain Foreign Exchange activities and certain activities in certain other wholesale markets for commodities and interest rate products, (ii) a plan to improve its compliance risk management program regarding the Bank and the Bank's New York branch's compliance with applicable U.S. laws and regulations with respect to certain Foreign Exchange activities and certain activities in certain other wholesale markets for commodities and interest rate products and (iii) enhanced internal audit program regarding the Bank's and the Bank's New York branch's compliance with applicable U.S. laws and regulations with respect to certain Foreign Exchange activities and certain activities in certain other wholesale markets for commodities and interest rate products. Under the Federal Reserve order, the Bank and its institution-affiliated parties must not in the future directly or indirectly retain any individual as an officer, employee, agent, consultant or contractor of the Bank or of any subsidiary of the Bank who, based on the investigative record compiled by U.S. authorities, has done all of the following: (i) participated in the misconduct underlying the order, (ii) been subject to formal disciplinary action as a result of the Bank's and the Bank's New York branch's internal disciplinary review or performance review in connection with the conduct described in the order, and (iii) either separated from the Bank or any subsidiary thereof or had his or her employment terminated in connection with the conduct described in the order.

Pursuant to the settlement with the NYDFS, the Bank and the Bank's New York branch consented to an order imposing a civil monetary penalty of \$485m and requiring the Bank and the Bank's New York branch to take all steps necessary to terminate four identified employees. The Bank and the Bank's New York branch must also continue to engage the independent monitor previously selected by the NYDFS to conduct, consistent with applicable law, a comprehensive review of compliance programs, policies, and procedures, with respect to the business activities discussed within the order, in place at the Bank that pertain to or affect activities conducted by or through the Bank's New York branch. The monitor will submit to the NYDFS and the Bank's Board of Directors a preliminary written report of findings, including proposed corrective measures and thereafter the Bank and the Bank's New York branch must submit to the NYDFS (i) a written plan designed to improve and enhance current compliance programs that pertain to or affect activities conducted by or through the Bank's New York branch, incorporating any relevant corrective measures identified in the monitor's report and (ii) a written plan to improve and enhance management oversight of compliance programs, policies, and procedures now in place at the Bank that pertain to or affect activities conducted by or through the Bank's New York branch.

The FCA issued a Final Notice and imposed a financial penalty of £284m on the Bank for failing to control business practices in its Foreign Exchange business in London (including G10 and emerging market spot Foreign Exchange trading, Foreign Exchange options and Foreign Exchange sales). As announced in November 2014, the FCA has required an industry-wide remediation programme which Barclays remains committed to completing.

The full text of the DOJ plea agreement, the CFTC, NYDFS and Federal Reserve orders, and the FCA Final Notice referred to above are publicly available on the Resolving Authorities' respective websites.

The settlements reached on 20 May 2015 did not encompass ongoing investigations of electronic trading in the Foreign Exchange market. In addition, certain authorities continue to investigate sales and trading practices of various sales and trading personnel, including Foreign Exchange personnel, among multiple market participants, including the Bank, in various countries. The Group is continuing to review these and certain other practices relating to Foreign Exchange and continues to cooperate with the relevant authorities.

ISDAFIX Investigation

Regulators and law enforcement agencies, including the CFTC, have conducted separate investigations into historical practices with respect to ISDAFIX, amongst other benchmarks.

On 20 May 2015, the CFTC entered into a settlement order with BPLC, the Bank and BCI pursuant to which BPLC, the Bank and BCI agreed to pay a civil monetary penalty of \$115 million in connection with the CFTC's industry-wide investigation into the setting of the U.S. Dollar ISDAFIX benchmark. In addition, the CFTC order

requires BPLC, the Bank and BCI to cease and desist from violating provisions of the U.S. Commodity Exchange Act, fully cooperate with the CFTC in related investigations and litigation and undertake certain remediation efforts to the extent not already undertaken, including, amongst other things:

- Continuing to implement and improve its internal controls and procedures in a manner reasonably designed to ensure the integrity of the fixing of any interest-rate swap benchmark; and
- Implementing additional remediation improvements, including reasonable internal controls and procedures relating to, amongst other things: (i) the detection and deterrence of trading or other conduct potentially intended to manipulate directly or indirectly swap rates, including benchmarks based on interest-rate swaps, routine and on-going training of all swaps and options desk personnel relating to the trading of any product that references a benchmark based on interest-rate swaps and (iii) a system for reporting, handling and investigating any suspected misconduct or questionable, unusual or unlawful activity relating to the fixing of any benchmark based on interest-rate swaps.

The full text of the CFTC order relating to ISDAFIX is publicly available on the CFTC website.

Certain other regulatory and enforcement authorities have requested information regarding the setting of, and trading intended to influence, the U.S. Dollar ISDAFIX benchmark.

Precious Metals Investigation

The Bank has been providing information to the DOJ and other authorities in connection with investigations into precious metals and precious metals-based financial instruments.

For a discussion of litigation arising in connection with these investigations see 'LIBOR and other Benchmarks Civil Actions', 'Civil Actions in Respect of ISDAFIX', 'Civil Actions in Respect of Foreign Exchange Trading' and 'Civil Actions in Respect of the Gold Fix' below.

Claimed Amounts/Financial Impact

The fines in connection with the May 2015 settlements with the Resolving Authorities are covered by the Group's existing provisions of £2.05bn. It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of certain of the other matters in this section, or what effect that these matters might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

LIBOR and other Benchmark Civil Actions

Following the settlements of the investigations referred to above in 'Investigations into LIBOR, other Benchmarks, ISDAFIX, Foreign Exchange Rates and Precious Metals', a number of individuals and corporates in a range of jurisdictions have threatened or brought civil actions against Group in relation to LIBOR and/or other benchmarks.

Background Information

A number of individuals and corporates in a range of jurisdictions have threatened or brought civil actions against the Group and other banks in relation to manipulation of LIBOR and/or other benchmark rates. While several of such cases have been dismissed and one has settled subject to final approval from the court, others remain pending and their ultimate impact is unclear.

USD LIBOR Cases in MDL Court

The majority of the USD LIBOR cases, which have been filed in various U.S. jurisdictions, have been consolidated for pre-trial purposes before a single judge in the SDNY (MDL Court).

The complaints are substantially similar and allege, amongst other things, that the Bank and the other banks individually and collectively violated provisions of the U.S. Sherman Antitrust Act, the CEA, the U.S. Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO) and various state laws by manipulating USD LIBOR rates.

The lawsuits seek unspecified damages with the exception of five lawsuits, in which the plaintiffs are seeking a combined total in excess of \$1.25bn in actual damages against all defendants, including the Bank, plus punitive damages. Some of the lawsuits also seek trebling of damages under the U.S. Sherman Antitrust Act and RICO.

The proposed class actions purport to be brought on behalf of (amongst others) plaintiffs that (i) engaged in USD LIBOR-linked over-the-counter transactions (OTC Class); (ii) purchased USD LIBOR-linked financial instruments on an exchange (Exchange-Based Class); (iii) purchased USD LIBOR-linked debt securities (Debt Securities Class); (iv) purchased adjustable-rate mortgages linked to USD LIBOR (Homeowner Class); or (v) issued loans linked to USD LIBOR (Lender Class).

In August 2012, the MDL Court stayed all newly filed proposed class actions and individual actions (Stayed Actions), so that the MDL Court could address the motions pending in three lead proposed class actions (Lead Class Actions) and three lead individual actions (Lead Individual Actions).

In March 2013, the MDL Court issued a decision dismissing the majority of claims against the Bank and other panel bank defendants in the Lead Class Actions and Lead Individual Actions.

Following the decision, the plaintiffs in the Lead Class Actions sought permission to either file an amended complaint or appeal an aspect of the March 2013 decision. In August 2013 and June 2014, the MDL Court denied the majority of the motions presented in the Lead Class Actions. As a result, the:

- Debt Securities Class has been dismissed entirely;
- The claims of the Exchange-Based Class have been limited to claims under the CEA; and
- The claims of the OTC Class have been limited to claims for unjust enrichment and breach of the implied covenant of good faith and fair dealing.

Subsequent to the MDL Court's March 2013 decision, the plaintiffs in the Lead Individual Actions filed a new action in California state court (since moved to the MDL Court) based on the same allegations as those initially alleged in the proposed class action cases discussed above. The Debt Securities Class attempted to appeal the dismissal of their action to the U.S. Court of Appeals for the Second Circuit (Second Circuit), but the Second Circuit dismissed the appeal as untimely on the grounds that the MDL Court had not reached a decision resolving all of the claims in the consolidated actions. In January 2015, the U.S. Supreme Court reversed the Second Circuit's decision, ruling that the Second Circuit must hear the Debt Securities Class' appeal. The OTC Class and the Exchange-Based Class have received permission to join this appeal. Certain other proposed class actions that had previously been stayed by the MDL Court have also received permission to join the appeal as to the dismissal of their antitrust claims.

In December 2014, the MDL Court granted preliminary approval for the settlement of the remaining Exchange-Based Class claims for \$19.98m and requested that the plaintiffs present a plan for allocation of the settlement proceeds. In January 2015, plaintiffs filed a motion for an order approving their proposed process of allocation and class notice for the settlement, and that motion is pending before the MDL Court.

Additionally, the MDL Court has begun to address the claims in the Stayed Actions, many of which, including state law fraud and tortious interference claims, were not asserted in the Lead Class Actions. As a result, in October 2014, the direct action plaintiffs (those who have opted out of the class actions) filed their amended complaints and in November 2014, the defendants filed their motions to dismiss. In November 2014, the plaintiffs in the Lender Class and Homeowner Class actions filed their amended complaints. In January 2015, the defendants filed their motions to dismiss.

Until there are further decisions, the ultimate impact of the MDL Court's decisions will be unclear, although it is possible that the decisions will be interpreted by courts to affect other litigation, including the actions described below, some of which concern different benchmark interest rates.

Additional USD LIBOR Case in the SDNY

An additional individual action was commenced in February 2013 in the SDNY against the Bank and other panel bank defendants. The plaintiff alleged that the panel bank defendants conspired to increase USD LIBOR, which caused the value of bonds pledged as collateral for a loan to decrease, ultimately resulting in the sale of the bonds at a low point in the market. This action is not assigned to the MDL Court; it is proceeding on a different schedule before a different judge in the SDNY. The panel bank defendants moved to dismiss the

action, and the motion was granted in April 2015. In June 2015, plaintiff sought leave to file a further amended complaint; that motion is pending.

Sterling LIBOR Case in SDNY

An additional class action was commenced in May 2015 in the SDNY against the Bank and other Sterling LIBOR panel banks by a plaintiff involved in exchange-traded and over-the-counter derivatives that were linked to Sterling LIBOR. The complaint alleges, among other things, that the Bank and other panel banks manipulated the Sterling LIBOR rate between 2005 and 2010 and, in so doing, committed CEA, antitrust, and RICO violations.

Securities Fraud Case in the SDNY

BPLC, the Bank and BCI have also been named as defendants along with four former officers and directors of the Bank in a proposed securities class action pending in the SDNY in connection with the Bank's role as a contributor panel bank to LIBOR. The complaint asserted claims under the U.S. Securities Exchange Act of 1934, principally alleging that the Bank's Annual Reports for the years 2006 to 2011 contained misstatements and omissions concerning (amongst other things) the Bank's compliance with its operational risk management processes and certain laws and regulations. The complaint also alleged that the Bank's daily USD LIBOR submissions constituted false statements in violation of U.S. securities law. The complaint was brought on behalf of a proposed class consisting of all persons or entities that purchased BPLC-sponsored American Depositary Receipts on a U.S. securities exchange between 10 July 2007 and 27 June 2012. In May 2013, the district court granted the Bank's motion to dismiss the complaint in its entirety. The plaintiffs appealed, and, in April 2014, the Second Circuit issued an order upholding the dismissal of certain of the plaintiffs' claims, but reversing the dismissal of the plaintiffs' claims that the Bank's daily USD LIBOR submissions constituted false statements in violation of U.S. securities law. The action has been remanded back to the district court for further proceedings, and discovery is expected to be substantially complete by the end of 2015. In April 2015, plaintiffs filed a motion to certify the class, and that motion is pending.

Complaint in the U.S. District Court for the Central District of California

In July 2012, a purported class action complaint in the U.S. District Court for the Central District of California was amended to include allegations related to USD LIBOR and name the Bank as a defendant. The amended complaint was filed on behalf of a purported class that includes holders of adjustable rate mortgages linked to USD LIBOR. In January 2015, the court granted the Bank's motion for summary judgement and dismissed all of the remaining claims against the Bank. The plaintiff has appealed the court's decision to the U.S. Court of Appeals for the Ninth Circuit.

Japanese Yen LIBOR Case in SDNY

An additional class action was commenced in April 2012 in the SDNY against the Bank and other Japanese Yen LIBOR panel banks by a plaintiff involved in exchange-traded derivatives. The complaint also names members of the Japanese Bankers Association's Euroyen Tokyo Interbank Offered Rate (Euroyen TIBOR) panel, of which the Bank is not a member. The complaint alleges, amongst other things, manipulation of the Euroyen TIBOR and Yen LIBOR rates and breaches of the CEA and U.S. Sherman Antitrust Act between 2006 and 2010. The defendants filed a motion to dismiss and, in March 2014, the Court issued a decision granting in part and denying in part that motion. Specifically, the court dismissed the plaintiff's antitrust claims in full, but sustained the plaintiff's CEA claims. The defendants' motion for reconsideration of the decision concerning the CEA claims was denied by the Court in October 2014. The plaintiff moved for leave to file a third amended complaint adding additional claims, including a RICO claim, which was denied in March 2015. Plaintiff sought an immediate appeal of that decision, and that request is pending. Discovery commenced in May 2015.

EURIBOR Cases

In February 2013, a Euribor-related class action was filed against BPLC, the Bank, BCI and other Euribor panel banks. The plaintiffs assert antitrust, CEA, RICO, and unjust enrichment claims. In particular, the Bank is alleged to have conspired with other Euribor panel banks to manipulate EURIBOR. The lawsuit is brought on behalf of purchasers and sellers of NYSE LIFFE EURIBOR futures contracts, purchasers of Euro currency-related futures contracts and purchasers of other derivative contracts (such as interest rate swaps and forward rate agreements that are linked to EURIBOR) during the period 1 June 2005 through 31 March 2011. All

proceedings were stayed until May 2015, when the court modified the stay to permit document discovery to proceed.

In addition, the Bank has been granted conditional leniency from the DOJ-AD in connection with potential U.S. antitrust law violations with respect to financial instruments that reference EURIBOR. As a result of that grant of conditional leniency, the Bank is eligible for (i) a limit on liability to actual rather than treble damages if damages were to be awarded in any civil antitrust action under U.S. antitrust law based on conduct covered by the conditional leniency and (ii) relief from potential joint-and-several liability in connection with such civil antitrust action, subject to the Bank satisfying the DOJ-AD and the court presiding over the civil litigation of fulfilment of its cooperation obligations.

Non-U.S. Benchmarks Cases

In addition to U.S. actions, legal proceedings have been brought or threatened against the Group in connection with alleged manipulation of LIBOR and EURIBOR in a number of jurisdictions. The number of such proceedings in non-U.S. jurisdictions, the benchmarks to which they relate, and the jurisdictions in which they may be brought have increased over time.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Civil Actions in respect of ISDAFIX

Since September 2014, a number of ISDAFIX related civil actions have been filed in the SDNY on behalf of a proposed class of plaintiffs, alleging that the Bank, a number of other banks and one broker, violated the U.S. Sherman Antitrust Act and several state laws by engaging in a conspiracy to manipulate the USD ISDAFIX. A consolidated amended complaint was filed in February 2015.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Civil Actions in respect of Foreign Exchange Trading

Since November 2013, a number of civil actions have been filed in the SDNY on behalf of proposed classes of plaintiffs alleging manipulation of Foreign Exchange markets under the U.S. Sherman Antitrust Act and New York state law and naming several international banks as defendants, including the Bank. In February 2014, the SDNY combined all then-pending actions alleging a class of U.S. persons in a single consolidated action.

Recent Developments

In January 2015, the SDNY denied the motion to dismiss the consolidated action but dismissed two actions alleging classes of non-U.S. persons.

Since February 2015, several additional civil actions have been filed in the SDNY, and one civil action has been filed in the Northern District of California, on behalf of proposed classes of plaintiffs alleging injuries related to Barclays' alleged manipulation of Foreign Exchange rates and naming several international banks as defendants, including BPLC, the Bank and BCI. One of the newly filed actions asserts claims under the U.S. Employee Retirement Income Security Act (ERISA) statute and includes allegations that are duplicative of allegations in the other cases, as well as additional allegations about Foreign Exchange sales practices and ERISA plans. All of the other newly filed actions assert claims under the U.S. Sherman Antitrust Act and/or the U.S. Commodity Exchange Act.

Claimed Amounts/Financial Impact

The financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period is currently uncertain.

Civil Actions in respect of the Gold Fix

Since March 2014, a number of civil complaints have been filed in U.S. federal courts, each on behalf of a proposed class of plaintiffs, alleging that the Bank and other members of The London Gold Market Fixing Ltd. manipulated the prices of gold and gold derivative contracts in violation of the CEA, the U.S. Sherman Antitrust Act, and state antitrust and consumer protection laws. All of the complaints have been transferred to the SDNY and consolidated for pretrial purposes.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the potential exposure of the actions described or what effect that they might have upon operating results, cash flows or the Group's financial position in any particular period.

U.S. Residential and Commercial Mortgage-related Activity and Litigation

The Group's activities within the U.S. residential mortgage sector during the period from 2005 through 2008 included:

- Sponsoring and underwriting of approximately \$39bn of private-label securitisations;
- Economic underwriting exposure of approximately \$34bn for other private-label securitisations;
- Sales of approximately \$0.2bn of loans to government sponsored enterprises (GSEs);
- Sales of approximately \$3bn of loans to others; and
- Sales of approximately \$19.4bn of loans (net of approximately \$500m of loans sold during this period and subsequently repurchased) that were originated and sold to third parties by mortgage originator affiliates of an entity that the Group acquired in 2007 (Acquired Subsidiary).

Throughout this time period affiliates of the Group engaged in secondary market trading of U.S. residential mortgaged-backed securities (RMBS) and U.S. commercial mortgage backed securities (CMBS), and such trading activity continues today.

In connection with its loan sales and certain private-label securitisations, on 30 June 2015, the Group had unresolved repurchase requests relating to loans with a principal balance of approximately \$2.6bn at the time they were sold, and civil actions have been commenced by various parties alleging that the Group must repurchase a substantial number of such loans.

In addition, the Group is party to a number of lawsuits filed by purchasers of RMBS asserting statutory and/or common law claims. The current outstanding face amount of RMBS related to these pending claims against the Group as of 30 June 2015 was approximately \$0.8bn.

Regulatory and governmental authorities, including amongst others, the DOJ, SEC, Special Inspector General for the U.S. Troubled Asset Relief Program, the U.S. Attorney's Office for the District of Connecticut and the U.S. Attorney's Office for the Eastern District of New York have initiated wide-ranging investigations into market practices involving mortgage-backed securities, and the Group is co-operating with several of those investigations.

RMBS Repurchase Requests

Background

The Group was the sole provider of various loan-level representations and warranties (R&Ws) with respect to:

- Approximately \$5bn of Group sponsored securitisations;
- Approximately \$0.2bn of sales of loans to GSEs; and

- Approximately \$3bn of loans sold to others.

In addition, the Acquired Subsidiary provided R&Ws on all of the \$19.4bn of loans it sold to third parties.

R&Ws on the remaining Group sponsored securitisations were primarily provided by third-party originators directly to the securitisation trusts with a Group subsidiary, such as the depositor for the securitisation, providing more limited R&Ws. There are no stated expiration provisions applicable to most R&Ws made by the Group, the Acquired Subsidiary or these third parties.

Under certain circumstances, the Group and/or the Acquired Subsidiary may be required to repurchase the related loans or make other payments related to such loans if the R&Ws are breached.

The unresolved repurchase requests received on or before 30 June 2015 associated with all R&Ws made by the Group or the Acquired Subsidiary on loans sold to GSEs and others and private-label activities had an original unpaid principal balance of approximately \$2.6bn at the time of such sale.

A substantial number (approximately \$2.2 billion) of the unresolved repurchase requests discussed above relate to civil actions that have been commenced by the trustees for certain RMBS securitisations in which the trustees allege that the Group and/or the Acquired Subsidiary must repurchase loans that violated the operative R&Ws. Such trustees and other parties making repurchase requests have also alleged that the operative R&Ws may have been violated with respect to a greater (but unspecified) amount of loans than the amount of loans previously stated in specific repurchase requests made by such trustees. All of the litigation involving repurchase requests remain at early stages.

In addition, the Acquired Subsidiary is subject to a civil action seeking, among other things, indemnification for losses allegedly suffered by a loan purchaser as a result of alleged breaches of R&Ws provided by the Acquired Subsidiary in connection with loan sales to the purchaser during the period 1997-2007. This litigation is in early stages.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

RMBS Securities Claims

Background

As a result of some of the RMBS activities described above, the Group is party to a number of lawsuits filed by purchasers of RMBS sponsored and/or underwritten by the Group between 2005 and 2008. As a general matter, these lawsuits allege, among other things, that the RMBS offering materials allegedly relied on by such purchasers contained materially false and misleading statements and/or omissions and generally demand rescission and recovery of the consideration paid for the RMBS and recovery of monetary losses arising out of their ownership.

The original face amount of RMBS related to the pending civil actions against the Group total approximately \$2.3bn, of which approximately \$0.8bn was outstanding as at 30 June 2015.

Cumulative realised losses reported on these RMBS as at 30 June 2015 were approximately \$0.2bn.

Claimed Amounts/Financial Impact

If the Group were to lose the pending actions the Group believes it could incur a loss of up to the outstanding amount of the RMBS at the time of judgement (taking into account further principal payments after 30 June 2015), plus any cumulative losses on the RMBS at such time and any interest, fees and costs, less the market value of the RMBS at such time and less any provisions taken to date.

Although the purchasers in these securities actions have generally not identified a specific amount of alleged damages, the Group has estimated the total market value of these RMBS as at 30 June 2015 to be approximately \$0.4bn. The Group may be entitled to indemnification for a portion of such losses.

Other Mortgage-related Investigations

In addition to the RMBS Repurchase Requests and RMBS Securities Claims, numerous regulatory and governmental authorities, amongst them the DOJ, SEC, Special Inspector General for the U.S. Troubled Asset Relief Program, the U.S. Attorney's Office for the District of Connecticut and the U.S. Attorney's Office for the Eastern District of New York have been investigating various aspects of the mortgage-related business, including issuance and underwriting practices in primary offerings of RMBS and trading practices in the secondary market for both RMBS and CMBS. The Group continues to respond to requests relating to the RMBS Working Group of the Financial Fraud Enforcement Task Force (RMBS Working Group), which was formed to investigate pre-financial crisis mortgage-related misconduct. In connection with several of the investigations by members of the RMBS Working Group, a number of financial institutions have entered into settlements involving substantial monetary payments.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Lehman Brothers

Since September 2009, BCI and the Bank have been engaged in litigation with various entities that have sought to challenge certain aspects of the transaction pursuant to which BCI, the Bank and other companies in the Group acquired most of the assets of Lehman Brothers Inc. (LBI) in September 2008, as well as the court order (Order) approving the sale (Sale). In May 2015, BCI and the Bank reached a settlement with the SIPA Trustee for Lehman Brothers Inc. (SIPA Trustee) to resolve outstanding litigation between them relating to the Sale. The settlement was approved by the United States Bankruptcy Court for the SDNY (Bankruptcy Court) on 29 June 2015, thereby bringing the litigation challenging the Sale to an end.

Background Information

In September 2009, motions were filed in the Bankruptcy Court by Lehman Brothers Holdings Inc. (LBHI), the SIPA Trustee and the Official Committee of Unsecured Creditors of Lehman Brothers Holdings Inc. (Committee) challenging certain aspects of the Sale, as well as the Order. The claimants sought an order voiding the transfer of certain assets to BCI, requiring BCI to return to the LBI estate any excess value BCI allegedly received, and declaring that BCI is not entitled to certain assets that it claims pursuant to the Sale documents and the Order (Rule 60 Claims).

In January 2010, BCI filed its response to the motions and also filed a motion seeking delivery of certain assets that LBHI and LBI had failed to deliver as required by the Sale documents and the Order (together with the SIPA Trustee's competing claims to those assets, Contract Claims).

In 2011, the Bankruptcy Court rejected the Rule 60 Claims and decided some of the Contract Claims in the SIPA Trustee's favour and some in favour of BCI. BCI and the SIPA Trustee each appealed the Bankruptcy Court's adverse rulings on the Contract Claims to the SDNY. LBHI and the Committee did not appeal the Bankruptcy Court's ruling on the Rule 60 Claims.

In July 2012, the SDNY issued an opinion on the Contract Claims stating that BCI and the Bank were entitled to receive:

- \$1.1bn (£0.7bn) from the SIPA Trustee in respect of 'clearance box' assets (Clearance Box Assets); and
- Property held at various institutions in respect of the exchange traded derivatives accounts transferred to BCI in the Sale (ETD Margin).

The SIPA Trustee appealed to the Second Circuit. In August 2014, the Second Circuit affirmed the SDNY's decision as to the Clearance Box Assets and the ETD Margin.

In October 2014, the SIPA Trustee filed a motion with the SDNY to confirm the scope of the SDNY's judgement regarding the ETD Margin that BCI and the Bank were entitled to receive. With that motion, the SIPA Trustee challenged the entitlement of BCI and the Bank to approximately \$1.1bn of assets that the SIPA Trustee asserted did not constitute ETD Margin. In April 2015, the SDNY ruled in favour of BCI and the Bank, confirming that they were entitled to all of the ETD Margin.

In October 2014, the SIPA Trustee made a payment to the Bank of \$1.1bn (£0.7bn), fully discharging the SIPA Trustee's obligations in respect of the Clearance Box Assets.

Recent Developments

In December 2014, the SIPA Trustee requested that the U.S. Supreme Court review the rulings of the SDNY and the Second Circuit regarding the ETD margin. In May 2015, the U.S. Supreme Court published its denial of the SIPA Trustee's request.

In May 2015, the parties reached a settlement to resolve outstanding litigation between them relating to the Sale (Settlement). The Settlement was approved by the Bankruptcy Court on 29 June 2015. Pursuant to the Settlement, the Bank has received all of the assets that the SIPA Trustee had asserted did not constitute ETD Margin with the exception of \$80m (£51m) of assets that the SIPA Trustee is entitled to retain and approximately \$0.3bn of ETD Margin still owed to the Bank but expected to be received from third parties.

Financial Impact

As at 30 June 2015, the Bank recognised as a financial asset on its balance sheet approximately \$1.6bn (£1.0bn) in respect of assets to which the Bank is entitled as part of the Sale and the Settlement but which it had not received as of that date. The financial asset reflects an increase of approximately \$0.8bn (£0.5bn) recognised in profit and loss for the six month period ended 30 June 2015 as a result of the Settlement. Pursuant to the Settlement, the SIPA Trustee made a payment to the Bank on 2 July 2015 of approximately \$1.3bn (£0.9bn), representing the value of the ETD Margin held by the SIPA Trustee less the \$80m of ETD Margin that the SIPA Trustee is entitled to retain under the terms of the Settlement, thereby fully discharging the SIPA Trustee's payment in respect of the ETD Margin or otherwise relating to the Sale. After application of this payment from the SIPA Trustee, the Bank has a financial asset of approximately \$0.3bn on its balance sheet in respect of ETD Margin still owed to the Bank but expected to be received from third parties.

American Depositary Shares

BPLC, the Bank and various former members of BPLC's Board of Directors have been named as defendants in a securities class action consolidated in the SDNY, alleging misstatements and omissions in offering documents for certain American Depositary Shares issued by the Bank in April 2008 with an original face amount of approximately \$2.5 billion (the April 2008 Offering).

Background Information

The plaintiffs have asserted claims under the Securities Act of 1933, alleging that the offering documents for the April 2008 Offering contained misstatements and omissions concerning (amongst other things) the Bank's portfolio of mortgage-related (including U.S. subprime-related) securities, the Bank's exposure to mortgage and credit market risk, and the Bank's financial condition. The plaintiffs have not specifically alleged the amount of their damages.

In June 2014, the SDNY denied defendants' motion to dismiss the claims. The case is in discovery.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the action described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

BDC Finance L.L.C.

BDC Finance L.L.C. (BDC) filed a complaint against the Bank in the NY Supreme Court alleging breach of contract in connection with a portfolio of total return swaps governed by an ISDA Master Agreement (collectively, the Agreement). A ruling was made against the Bank, but the New York State Court of Appeals effectively reversed that ruling. Parties related to BDC have also sued the Bank and BCI in Connecticut State Court in connection with the Bank's conduct relating to the Agreement.

Background Information

In October 2008, BDC filed a complaint in the NY Supreme Court alleging that the Bank breached the Agreement when it failed to transfer approximately \$40m of alleged excess collateral in response to BDC's October 2008 demand (Demand).

BDC asserts that under the Agreement the Bank was not entitled to dispute the Demand before transferring the alleged excess collateral and that even if the Agreement entitled the Bank to dispute the Demand before making the transfer, the Bank failed to dispute the Demand.

BDC demands damages totalling \$298m plus attorneys' fees, expenses, and prejudgement interest.

In August 2012, the NY Supreme Court granted partial summary judgement for the Bank, ruling that the Bank was entitled to dispute the Demand before transferring the alleged excess collateral, but determining that a trial was required to determine whether the Bank actually did so. The parties cross-appealed to the Appellate Division of the NY Supreme Court (NY Appellate Division).

In September 2011, BDC's investment advisor, BDCM Fund Adviser, L.L.C. and its parent company, Black Diamond Capital Holdings, L.L.C. also sued the Bank and BCI in Connecticut State Court for unspecified damages allegedly resulting from the Bank's conduct relating to the Agreement, asserting claims for violation of the Connecticut Unfair Trade Practices Act and tortious interference with business and prospective business relations. The parties have agreed to a stay of that case.

In October 2013, the NY Appellate Division reversed the NY Supreme Court's grant of partial summary judgement in favour of the Bank, and instead granted BDC's motion for partial summary judgement, holding that the Bank breached the Agreement. The NY Appellate Division did not rule on the amount of BDC's damages, which has not yet been determined by the NY Supreme Court.

Recent Developments

In February 2015, in connection with the Bank appeal of the October 2013 decision, the New York Court of Appeals modified the NY Appellate Division's grant of partial summary judgement to BDC, holding that summary judgement in either party's favour cannot be granted because a material issue of fact remains as to whether the Bank breached the Agreement. The New York Court of Appeals ordered that the matter be referred back to the NY Supreme Court for further proceedings.

Claimed Amounts/Financial Impact

BDC has made claims against the Group totalling \$298m plus attorneys' fees, expenses, and pre-judgement interest. This amount does not necessarily reflect the Group's potential financial exposure if a ruling were to be made against it.

Civil Actions in respect of the U.S. Anti-Terrorism Act

In April 2015, an amended civil complaint was filed in the U.S. Federal Court in the Eastern District of New York by a group of approximately 250 plaintiffs, alleging that the Group and a number of other banks engaged in a conspiracy and violated the U.S. Anti-Terrorism Act (ATA) by facilitating U.S. dollar denominated transactions for the Government of Iran and various Iranian banks, which in turn funded Hezbollah attacks that injured the plaintiffs' family members. Plaintiffs seek to recover for pain, suffering and mental anguish pursuant to the provisions of the ATA, which allows for the tripling of any proven damages.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the matters in this section or what effect that these matters might have upon operating results, cash flows or the Group's financial position in any particular period.

Credit Default Swap (CDS) Antitrust Investigations and Civil Actions

The Commission and the DOJ-AD commenced investigations in the CDS market, in 2011 and 2009, respectively. In July 2013 the Commission addressed a Statement of Objections to the Bank, 12 other banks, Markit Ltd. and ISDA. The case relates to concerns that certain banks took collective action to delay and prevent the emergence of exchange traded credit derivative products.

If the Commission does reach a decision in this matter it has indicated that it intends to impose sanctions. The Commission's sanctions can include fines. The DOJ-AD's investigation is a civil investigation and relates to similar issues. The Bank is also contesting a proposed, consolidated class action alleging similar issues that has been filed in the U.S. Discovery in the case is ongoing.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of the actions described on the Group or what effect that they might have upon the Group's operating results, cash flows or financial position in any particular period.

Portuguese Competition Authority Investigation

The Portuguese Competition Authority is investigating whether competition law was infringed by the exchange of information about retail credit products amongst 15 banks in Portugal, including the Group, over a period of 11 years with particular reference to mortgages, consumer lending and lending to small and medium enterprises. The Group is co-operating with the investigation.

Claimed Amounts/Financial Impact

It is not currently practicable to provide an estimate of the financial impact of these matters or what effect that they may have upon operating results, cash flows or the Group's financial position in any particular period.

Provisions for Customer Redress

Payment Protection Insurance Redress

As at 30 June 2015, the Group had recognised cumulative provisions totalling £6.0bn against the cost of Payment Protection Insurance (PPI) redress and associated processing costs with utilisation of £4.7bn leaving a residual provision of £1.3bn.

Through to 30 June 2015, 1.4m (31 December 2014: 1.3m) customer initiated claims had been received and processed. The volume of claims received during H115 decreased 14% compared to H214. This rate of decline however was slower than previously expected, due to steady levels of claims from Claims Management Companies in particular.

The current provision represents the Group's revised best estimate of all future expected costs of PPI redress, however, it is possible the eventual outcome may differ from the current estimate. If this were to be material, the provision will be increased or decreased accordingly.

Packaged bank account redress

As at 30 June 2015 the Group held a provision of £250m for customer redress and associated operational costs to be incurred in response to complaints received relating to Packaged Bank Accounts.

Interest Rate Hedging Product Redress

In 2012, a number of UK banks, including the Group, agreed with the FSA that they would conduct a review and redress exercise in respect of interest rate hedging products sold on or after 1 December 2001 to retail clients or private customers categorised as being 'non-sophisticated'. As at 31 December 2014, the Group raised cumulative provisions totalling £1,500m for the related costs. As at 30 June 2015, £1,392m has been utilised or released, leaving a residual provision of £108m.

General

The Group is engaged in various other legal, competition and regulatory matters both in the UK and a number of overseas jurisdictions. It is subject to legal proceedings by and against the Group which arise in the ordinary course of business from time to time, including (but not limited to) disputes in relation to contracts, securities, debt collection, consumer credit, fraud, trusts, client assets, competition, data protection, money laundering, employment, environmental and other statutory and common law issues.

The Group is also subject to enquiries and examinations, requests for information, audits, investigations and legal and other proceedings by regulators, governmental and other public bodies in connection with (but not limited to) consumer protection measures, compliance with legislation and regulation, wholesale trading activity and other areas of banking and business activities in which the Group is or has been engaged.

At the present time, the Group does not expect the ultimate resolution of any of these other matters to have a material adverse effect on its financial position. However, in light of the uncertainties involved in such matters and the matters specifically described in this section, there can be no assurance that the outcome of a particular matter or matters will not be material to the Group's results of operations or cash flow for a particular period, depending on, amongst other things, the amount of the loss resulting from the matter(s) and the amount of income otherwise reported for the reporting period.]

Directors

The Directors of the Bank, each of whose business address is 1 Churchill Place, London E14 5HP, United Kingdom, their functions in relation to the Bank and their principal outside activities (if any) of significance to the Bank are as follows:

<i>Name</i>	<i>Function(s) within the Bank</i>	<i>Principal outside activities</i>
John McFarlane ¹	Executive Chairman	Executive Chairman, Barclays PLC; Director, Westfield Group; Director, Old Oak Holdings Ltd
Tushar Morzaria	Finance Director	Finance Director, Barclays PLC
Tim Breedon CBE	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Barclays PLC; Adviser, Blackstone Group L.P; Chairman, Apax Global Alpha
Crawford Gillies	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Barclays PLC; Non-Executive Director Standard Life plc; Chairman, Control Risks Group Limited; Chairman, Scottish Enterprise
Reuben Jeffery III	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Barclays PLC; Chief Executive Officer, President and Director, Rockefeller & Co., Inc. and Rockefeller Financial Services Inc.; Member International Advisory Council of the China Securities Regulatory Commission; Member, Advisory Board of Towerbrook Capital Partners LP; Director, Financial Services Volunteer Corps; International Advisory Committee, J. Rothschild Capital management
Dambisa Moyo	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Barclays PLC; Non-Executive Director, SABMiller PLC; Non-Executive Director, Barrick Gold Corporation
Sir Michael Rake	Deputy Chairman and Senior Independent Director	Deputy Chairman and Senior Independent Director, Barclays PLC; Chairman, BT Group PLC; Director, McGraw-Hill Financial Inc.
Diane de Saint Victor	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Barclays PLC; General Counsel, Company Secretary and a member of the Group Executive Committee of ABB Limited; Member, Advisory Board of the World Economic

¹ John McFarlane succeeded Sir David Walker as Chairman of the Bank and Barclays PLC with effect from the conclusion of the Barclays PLC AGM on 23 April 2015. On 8 July 2015, Barclays PLC and the Bank announced the departure of Antony Jenkins as Chief Executive Officer and the appointment of John McFarlane as Executive Chairman pending the appointment of a new Chief Executive.

Forum's Davos Open Forum

Frits van Paasschen	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Barclays PLC;
Mike Ashley	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Barclays PLC; Member, HM Treasury Audit Committee; Member, Institute of Chartered Accountants in England & Wales' Ethics Standards Committee; Vice-Chair, European Financial Reporting Advisory Group's Technical Expert Group; Chairman, Government Internal Audit Agency; Member, Board of The Charity Commission
Wendy Lucas-Bull	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Barclays PLC; Chairman, Barclays Africa Group Limited; Director, Afrika Tikkun NPC; Director, Peotona Group Holdings (Pty) Limited
Stephen Thieke	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Barclays PLC;
Diane Schueneman	Non-Executive Director	Non-Executive Director, Barclays PLC; Non-Executive Director, ICAP Plc

Barclays Africa Group Limited (BAGL) is majority-owned by the Group and a minority of the voting capital is held by non-controlling third party interests. As such, procedures are in place to manage any potential conflicts of interest arising from Wendy Lucas-Bull's duties as a Non-Executive Director of the Bank and her duties as Chairman of BAGL. Except as stated above in respect of Wendy Lucas-Bull, no potential conflicts of interest exist between any duties to the Bank of the Directors listed above and their private interests or other duties.]

Management and Supervisory Bodies – Conflict of Interests

As at the date of this Prospectus, the above-mentioned members of the Supervisory Board and of the Board of Management do not have potential conflicts of interests between any duties to DAG and their private interests or their other duties.

Employees

As at 31 December 2014, the total number of persons employed by the Group (full time equivalents) was approximately 132,300 (31 December 2013: 139,200).

Auditors

The annual consolidated and unconsolidated financial statements of the Issuer for the two years ended 31 December 2013 and 31 December 2014 have been audited without qualification by PricewaterhouseCoopers of Southwark Towers, 32 London Bridge Street, London SE1 9SY, United Kingdom, chartered accountants and registered auditors (authorised and regulated by the Financial Conduct Authority for designated investment business). PricewaterhouseCoopers in the United Kingdom is not a member of any professional body. However, PricewaterhouseCoopers are registered with the Institute of Chartered Accountants in England and Wales (ICAEW) and the Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB).